

ifo SCHNELLDIENST

2024

SONDERAUSGABE JUNI

ifo Konjunkturprognose Sommer 2024: Neue Hoffnung, aber (noch) kein Sommermärchen: Deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus der Krise

*Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay,
Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje,
Moritz Schasching, Gerome Wolf und Lara Zarges*



Vorläufige Pressefassung!

Sendesperfrist: Donnerstag, 20. Juni 2024,

10:30 Uhr MESZ

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Annette Marquardt, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Juni 2024

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
1.1. Überblick	3
1.2. Ausblick	5
1.3. Risiken	6
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	8
2.1. Überblick	8
2.2. Ausblick	8
<i>Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2024</i>	11
2.3. Prognoseunsicherheit und Risiken	14
2.4. Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet	14
2.5. Geldpolitik leitet Zinswende ein – Finanzierungsumfeld immer noch schwierig	16
2.6. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	18
2.7. Anzeichen für eine industrielle Erholung mehren sich	19
2.8. Außenhandel im Aufschwung	21
<i>Box: Zur Exportlücke</i>	22
<i>Box: Zur Prognose der Dienstleistungsexporte und den Auswirkungen der Fußball Europameisterschaft 2024</i>	23
2.9. Unternehmensinvestitionen im Abschwung	25
2.10. Gedämpfte Aussichten für die Wohnbauinvestitionen	27
2.11. Öffentliche Investitionen verhindern noch kräftigeren Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen	28
<i>Box: Zu den Auswirkungen von Flutkatastrophen auf die wirtschaftliche Entwicklung</i>	29
2.12. Konsumlaune kehrt nach überraschendem Einbruch allmählich wieder zurück	29
2.13. Staatskonsum legt wieder zu	33
2.14. Konjunkturflaute hemmt Arbeitsmarkt	33
2.15. Tarifverdienste holen spürbar auf	36
2.16. Inflation normalisiert sich allmählich	37
2.17. Defizite der öffentlichen Haushalte gehen allmählich zurück	39
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	41
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland	43
5. Referenzen	44
6. Tabellenanhang	45

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Moritz Schasching, Gerome Wolf und Lara Zarges

Neue Hoffnung, aber (noch) kein Sommermärchen: Deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus der Krise

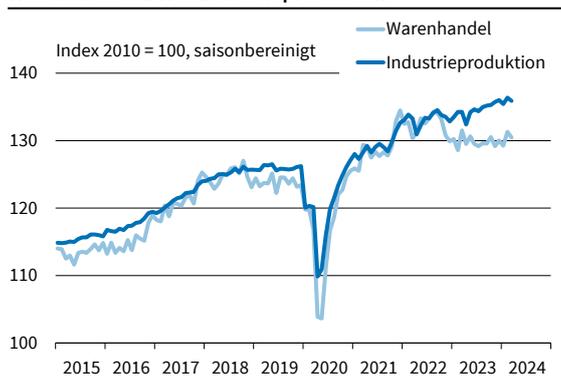
1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1. ÜBERBLICK

Die Weltwirtschaft expandierte zu Beginn des Jahres 2024 moderat. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion in China im ersten Quartal kräftig zulegen und im Euroraum erstmals seit eineinhalb Jahren wieder merklich stieg, verlangsamte sich die Konjunktur in den USA. Die weltweite Nachfrage nach Konsumgütern sowie die Investitionsbereitschaft der Unternehmen waren weiterhin verhalten und bremsen die globale Industrieproduktion. Allerdings nahm der Welthandel mit Waren im Winterhalbjahr bereits wieder zu, nachdem er in den vier Quartalen davor rückläufig war (vgl. Abb. 1.1).

Die Rohstoffpreise haben seit Jahresbeginn merklich angezogen (vgl. Abb. 1.2). Dabei dürfte die Sorge über eine weitere Eskalation der Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine eine wesentliche Rolle gespielt haben. Zudem trug die anhaltende Störung der Transportwege durch den Suezkanal und den Panamakanal zur Verteuerung von Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen bei. Der Rohölpreis hat jedoch im Frühjahr bereits wieder deutlich nachgegeben. Auch globale Lieferkettenprobleme, wie während der Corona-Pandemie, sind trotz der Beeinträchtigung der Handelswege bisher ausgeblieben.

Abb. 1.1
Welthandel und Weltindustrieproduktion



Quelle: Centraal Plan Bureau (CPB).

© ifo Institut

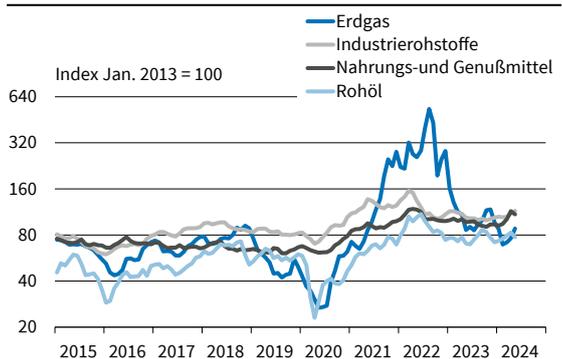
IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus der Krise. Zwar wird die Lage von den meisten Unternehmen nach wie vor schlecht bewertet. Allerdings konnten seit Jahresbeginn in allen Wirtschaftsbereichen die Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung in den kommenden Monaten zulegen. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal mit 0,3% aber nur wenig schneller zulegen als im Vorquartal. Konjunkturstützend ist dabei die Industrie mit ihrem Exportgeschäft, während die Bauwirtschaft ihren Abwärtstrend fortsetzen dürfte. Der private Konsum dürfte den vorliegenden Konjunkturindikatoren zufolge zunächst noch stagnieren. Daran wird auch die hierzulande ausgetragene Fußball Europameisterschaft nichts ändern; sie wird der deutschen Konjunktur kein Sommermärchen beschere. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter an Stärke und die gesamtwirtschaftliche Erholung im Zuge der Normalisierung der Konsumkonjunktur an Tempo gewinnen. Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,4% und im kommenden Jahr um 1,5% zunehmen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2024 wurde damit die Wachstumsrate für das laufende Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben. An der Wachstumsrate für das kommende Jahr wurde festgehalten. Die Inflationsrate wird von 5,9% im Jahr 2023 spürbar auf 2,2% in Jahr 2024 und auf 1,7% im Jahr 2025 zurückgehen.

In den USA war die Konjunktur bisher robust, wengleich sich die Expansionsdynamik zu Jahresbeginn abschwächte. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützten weiterhin die Nachfrage. Zudem stiegen die Wohnbauinvestitionen bereits mehrere Quartale in Folge. Die Zuwachsrate des privaten Konsums fiel im ersten Quartal zwar etwas geringer aus als zuvor. Ein Teil wurde zudem aus dem Rückgang

Abb. 1.2

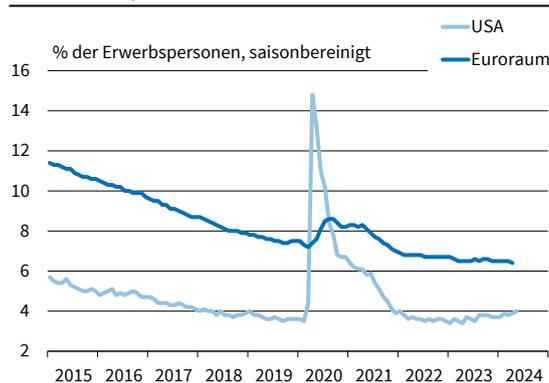
Rohstoffpreise^a



^a HWWI-Index, US-Dollar-Basis, logarithmische Darstellung.
Quelle: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI). © ifo Institut

Abb. 1.3

Arbeitslosenquoten



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); Eurostat. © ifo Institut

der Sparquote finanziert. Die Bedingungen für eine robuste Konsumententwicklung sind jedoch weiterhin gegeben. So hat sich die Arbeitsmarktsituation bislang kaum eingetrübt (vgl. Abb. 1.3) und die Realkommen steigen, wenngleich mit abnehmender Dynamik. Die Inflation betrug im Frühjahr mehr als 3% (vgl. Abb. 1.4) und ist seit Jahresbeginn kaum gesunken. Der Preisaufrtrieb in den USA wird mittlerweile beinahe ausschließlich von den Dienstleistungen bestimmt. Die Verlangsamung des Inflationsrückgangs ist allerdings nicht ungewöhnlich, da Dienstleistungspreise im Allgemeinen weniger oft angepasst werden und daher träger sind als etwa Warenpreise. Zudem sind Dienstleistungen meist lohnintensiver, so dass die Lohnent-

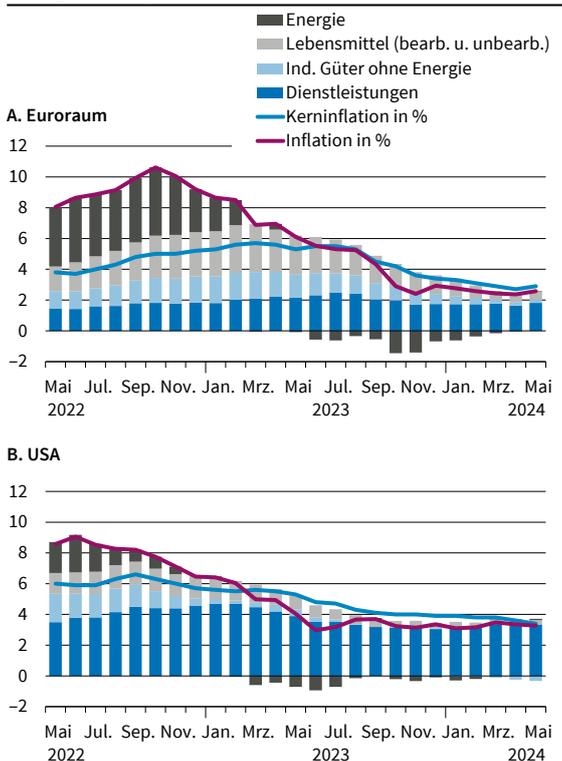
wicklung, die der allgemeinen Preisentwicklung nachläuft, den Preisaufrtrieb von Dienstleistungen länger hochhält. Die Fiskalpolitik, die im vergangenen Jahr stark expansiv gewirkt hatte, dürfte die Expansionsdynamik in den USA gegenwärtig kaum mehr stützen.

Im Euroraum belebte sich die Konjunktur im ersten Quartal merklich. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte legten allerdings nur wenig zu. Hingegen nahmen die Exporte etwas an Fahrt auf, und auch die Industrieproduktion stieg zuletzt wieder, da die gesunkenen Erdgas- und Strompreise die Produktion in den energieintensiven Wirtschaftsbereichen nicht mehr so stark belasten. Die Arbeitsmarktsituation ist allerdings nach wie vor günstig und die Realeinkommen stiegen seit Herbst merklich. Die Inflation ist in den vergangenen Monaten deutlich zurückgegangen und lag im Frühjahr bei etwa 2,5%. Die Abschwächung der Teuerung hat sich in der Tendenz jedoch seit Jahresbeginn verlangsamt. Ebenso wie in den USA ist dies aber ein Charakteristikum der nachlassenden Inflationsdynamik – auch im Euroraum kommt der Preisaufrtrieb mittlerweile überwiegend aus dem Dienstleistungsbereich.

Abb. 1.4

Wachstumsbeiträge zur Inflation

Beitrag in Prozentpunkten

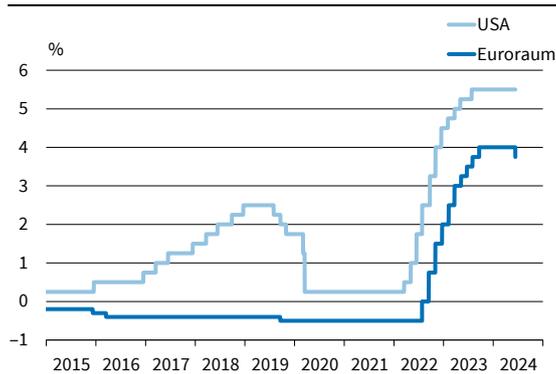


Quelle: Eurostat; U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); WIFO-Berechnungen. © ifo Institut

In China nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal neuerlich kräftig zu. In der Industrie trug der Lageraufbau maßgeblich zur starken Nachfrage bei. Die Konjunktur dürfte sich jedoch im Frühjahr, auch infolge des Lagerzyklus, etwas verlangsamt haben. Die anhaltende Immobilienkrise, hohe Realzinsen und die hohe Jugendarbeitslosigkeit dämpfen weiterhin die Konsumausgaben der privaten Haushalte. In Japan schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal deutlich, nachdem es bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres gesunken war. Ein Teil des Rückgangs der Wirtschaftsleistung ist allerdings dem Automobilsektor geschuldet, in dem es zu Jahresbeginn zu temporären Produktionsstillständen gekommen war. Zudem ist die Inflation infolge der Abwertung des Yen weiterhin erhöht und die realen Einkommen sanken.

Die wichtigsten Notenbanken in den Industrieländern signalisierten aufgrund des verlangsamten Inflationsrückgangs zuletzt eine etwas vorsichtigere Lockerung ihrer Geldpolitik. Zwar leitete die Europäi-

Abb. 1.5
Leitzinssätze



Quelle: Fed; EZB.

© ifo Institut

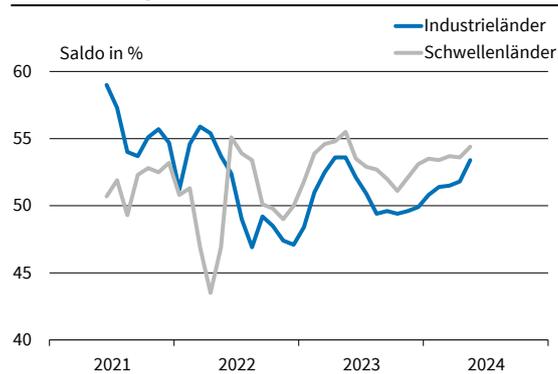
sche Zentralbank (EZB) im Juni mit einer Zinssenkung um 0,25 Prozentpunkte die Zinswende ein (vgl. Abb. 1.5). Bis Jahresende 2024 dürften allerdings nur mehr zwei weitere Zinsschritte folgen. In den USA dürfte die erste Zinssenkung sogar erst im September stattfinden. Bis zum Ende des Prognosezeitraums ist allerdings in beiden Währungsräumen weiterhin von einer deutlichen Reduktion der Leitzinsen auszugehen. In Japan dürfte die Zentralbank ihre Geldpolitik im Prognosezeitraum hingegen straffen, um der Aufwertung der Währung zu entgegnen und die Inflation einzudämmen.

1.2. AUSBLICK

Die Weltkonjunktur dürfte sich im Verlauf des Jahres 2024 beleben. Die Unternehmensstimmung hat sich im Frühjahr merklich verbessert (vgl. Abb. 1.6). Das Nachlassen der Inflation in den Industrieländern und steigende Realeinkommen stützen die Konsumnachfrage. Der weltweite Handel mit Waren und die globale Industrieproduktion dürften sich insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte weiter erholen. Dazu trägt auch eine allmähliche Belebung der Investitionen bei, die von der Lockerung der Geldpolitik in den Industrieländern unterstützt wird. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion der Welt in den Jahren 2024 und 2025 um jeweils 2,5% zulegen (vgl. Tab. 1.1). Der Welthandel, der im Vorjahr zurückgegangen war, dürfte im laufenden Jahr um etwa 1,5% und im kommenden Jahr um knapp 3% steigen.

In den USA wird der private Konsum weiterhin die Nachfrage stützen, wenngleich der Zuwachs weniger kräftig ausfallen wird als im Vorjahr. Die Investitionen dürften zu Jahresende hingegen an Schwung gewinnen. Auch der Wohnungsbau wird im Prognosezeitraum weiter steigen. Es ist allerdings zu erwarten, dass die Finanzpolitik angesichts des hohen Budgetdefizits einen zurückhaltenderen Kurs einschlägt. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA im Jahr 2024 mit 2,2% aber weniger stark expandieren als im Vorjahr. Im Jahr 2025 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,8% zulegen.

Abb. 1.6
Einkaufsmanagerindizes für die Gesamtwirtschaft



Quelle: S&P Global.

© ifo Institut

Im Euroraum dürfte sich die Konjunktur im Sommerhalbjahr merklich beschleunigen. Dazu trägt einerseits bei, dass die Realeinkommen weiter zunehmen. Die Lockerung der Geldpolitik und das Anziehen des Welthandels wird aber ebenso die Nachfrage stützen, wenngleich die Dynamik der Export- und Investitionsnachfrage wohl erst gegen Jahresende an Schwung gewinnt. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum im Jahr 2024 nur um knapp 1% zulegen (vgl. Tab. 1.2). Im Jahr 2025 dürfte sich die anziehende Konjunkturdynamik dann in einem Zuwachs von knapp 2% niederschlagen.

In China dürfte sich die Expansionsdynamik im Sommerhalbjahr etwas abschwächen. Der starke Lageraufbau zu Jahresbeginn wird wohl dazu führen, dass die Nachfrage nach Industriegütern nunmehr geringer ausfällt. Die Konsumnachfrage dürfte aufgrund der anhaltenden Probleme ebenfalls schwach bleiben. Allerdings ist zu erwarten, dass die chinesischen Warenexporte mit dem Wiederanziehen der globalen Industrieproduktion deutlich ausgeweitet werden. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in China im Jahr 2024 um 4,8% und im Jahr 2025 um 4,2% zunehmen. In Japan dürfte die Automobilproduktion im Frühjahr die Ausfälle vom Jahresbeginn kompensieren. Höhere Leitzinsen ab Herbst werden aber die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bremsen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Japan dürfte im laufenden Jahr kaum expandieren und im kommenden Jahr um 1% zunehmen.

Die Inflation wird im Prognosezeitraum sowohl in den USA als auch im Euroraum weiter zurückgehen. Es ist zwar davon auszugehen, dass von den Energiepreisen in einigen Ländern kaum mehr dämpfende Effekte auf die Verbraucherpreise ausgehen werden, insbesondere da die europäischen Erdgaspreise zuletzt gestiegen sind und an den Börsen für das Winterhalbjahr 2024/25 wieder Preise von knapp 40 Euro je Megawattstunde (MWh) erwartet werden. Aufgrund einer nachlassenden Lohndynamik wird sich der Preisauftrieb von Dienstleistungen aber allmählich verringern. Alles in allem dürften die Verbraucherpreise in den USA im Jahr 2024 um 3% und im Jahr 2025

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	65,3	2,5	1,6	1,5	1,8	7,5	4,6	2,7	2,0
USA	31,2	1,9	2,5	2,2	1,8	8,0	4,1	3,1	2,4
Euroraum	17,2	3,5	0,6	0,9	1,8	8,4	5,4	2,3	1,6
Japan	5,2	1,0	1,9	0,3	1,0	2,5	3,2	2,3	1,5
Vereinigtes Königreich	3,8	4,3	0,1	0,8	2,0	9,1	7,3	2,5	2,2
Kanada	2,6	4,1	1,6	0,4	2,1	6,8	3,9	2,7	2,2
Südkorea	2,0	2,7	1,4	1,8	2,0	5,1	3,6	2,6	1,5
Schweiz	1,0	2,6	0,7	1,5	1,5	2,8	2,1	1,5	0,9
Schweden	0,7	1,5	-0,2	1,1	1,8	8,1	5,9	2,3	1,9
Norwegen	0,7	3,0	0,5	1,2	1,2	5,8	5,5	3,5	2,0
Dänemark	0,5	2,7	1,9	0,9	2,6	8,5	3,4	1,4	1,8
Tschechien	0,4	2,4	-0,3	1,1	2,8	14,8	12,0	2,2	1,8
Schwellenländer	34,7	3,3	4,9	4,4	4,0	6,8	3,9	3,8	3,2
China	21,6	3,0	5,2	4,8	4,2	2,0	0,2	0,4	1,5
Indien	4,1	6,7	7,1	6,0	6,8	6,7	5,7	4,7	4,5
Brasilien	2,4	3,0	2,9	0,9	1,8	9,3	4,6	4,0	3,8
Russland	2,8	-1,2	3,6	3,6	1,7	13,8	5,9	6,9	5,3
Mexiko	1,8	3,7	3,2	1,8	2,1	7,9	5,5	4,5	3,5
Türkei	1,1	5,5	4,5	4,3	1,8	72,3	53,9	58,0	26,1
Polen	0,8	5,6	0,2	2,4	3,9	13,2	10,9	4,1	4,2
Ungarn	0,2	4,6	-0,9	2,3	3,0	15,3	17,0	4,2	4,1
Welt	100	2,8	2,8	2,5	2,5	7,3	4,4	3,1	2,5
<i>nachrichtlich:</i> Welthandel, real ^b		2,7	-1,9	1,6	2,9				
Annahmen Ölpreis \$/Barrel (Brent)		98,7	82,0	81,7	77,2				
Wechselkurs \$/€		1,05	1,08	1,08	1,08				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2024

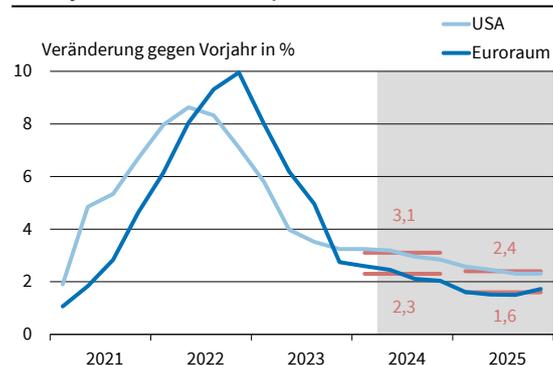
um knapp 2,5% steigen. Im Euroraum ist hingegen zu erwarten, dass die Inflation bereits zu Jahresende 2024 unter 2% sinkt. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürfte sie dann bei 2,3% liegen und im Jahresdurchschnitt 2025 weiter auf 1,6% zurückgehen (vgl. Abb. 1.7).

1.3. RISIKEN

Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten stellen ein erhebliches Risiko für die Konjunktur, insbesondere in den europäischen Ländern, dar. So ist nicht ausgeschlossen, dass die Rohstoffpreise bei einer weiteren Eskalation der Konflikte wieder spürbar steigen. Auch ein kalter Winter würde zu einem erneuten Preisanstieg führen. Dies würde die Inflation im Euroraum neuerlich erhöhen und die Annäherung an das Zentralbankziel unterbrechen. In der Folge könnte die EZB ihre weiteren Zinssenkungen ins kommende Jahr verschieben und sich die erwartete Erholung

der Investitionen verzögern. Ein neuerlicher Preisanstieg würde auch den Zuwachs der Realeinkommen bremsen und somit den privaten Konsum, der eine wesentliche Stütze der Konjunkturbelebung im Prog-

Abb. 1.7
Vierteljährliche Verbraucherpreise



Quelle: BLS; Eurostat; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in % (2022) ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b				Verbraucherpreise ^c			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland ^a	28,7	1,9	0,0	0,4	1,7	8,7	6,0	2,4	1,7
Frankreich	19,5	2,6	1,1	1,0	1,8	5,9	5,7	2,4	1,4
Italien	14,5	4,1	1,0	0,9	1,2	8,7	5,9	1,0	1,5
Spanien	10,0	5,8	2,5	2,2	2,0	8,3	3,4	3,2	2,0
Euroraum	100,0	3,5	0,6	0,9	1,8	8,4	5,4	2,3	1,6

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in Euro. ^b Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2024

nosehorizont darstellt, dämpfen. Wenn die Phase der Nachfrageschwäche länger dauert, als in der Prognose unterstellt, dann könnte dies auch die Arbeitslosigkeit, die im Euroraum bislang niedrig geblieben war, stärker steigen lassen, was wiederum die Nachfrage zusätzlich schwächen dürfte.

Auch von China geht ein erhöhtes Risiko für die Weltwirtschaft aus. Die Immobilienkrise und die ho-

hen Schulden privater Unternehmen und Haushalte belasten dort die Nachfrage. Zudem könnte eine Verlangsamung der Konjunktur zu einem neuerlichen Sinken der Verbraucherpreise führen. Dies könnte nicht zuletzt in eine länger anhaltende Deflation münden, die den Realwert der Schulden erhöht und somit die Nachfrage weiter schwächt.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1. ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus der Krise. Nachdem die Wirtschaftsleistung am Ende des vergangenen Jahres noch um 0,5% im Vergleich zum Vorquartal gesunken ist, konnte sie in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 0,2% zulegen. Dazu hat vor allem das Baugewerbe beigetragen, das aufgrund der milden Witterung mehr als in dieser Jahreszeit üblich produzieren konnte. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe, der Handel und einige Dienstleistungsbereiche konnten ihre Wertschöpfung geringfügig ausweiten. Einem stärkeren Anstieg stand allerdings eine zu geringe Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen entgegen (vgl. Abb. 2.1 A.). Vor allem der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen gingen zu Jahresbeginn zurück. Nur die Auslandsnachfrage, die Wohnbauinvestitionen und die staatlichen Investitionen waren aufwärtsgerichtet. Insgesamt sind die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten immer noch spürbar unterausgelastet und liegen ausweislich der ifo Konjunkturumfragen um knapp 1% unter ihrem langjährigen Mittelwert (vgl. Abb. 2.1 B.).

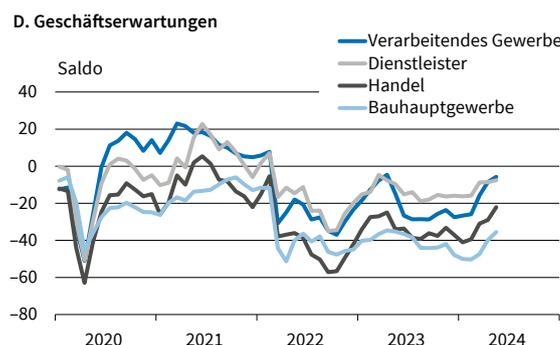
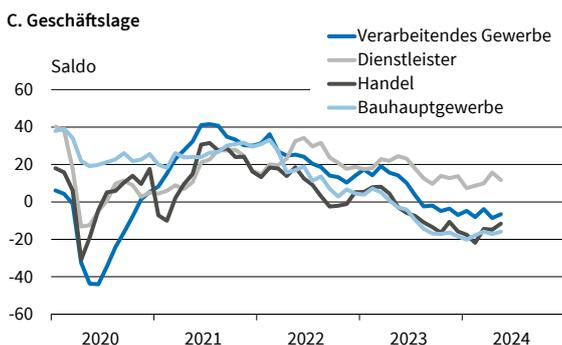
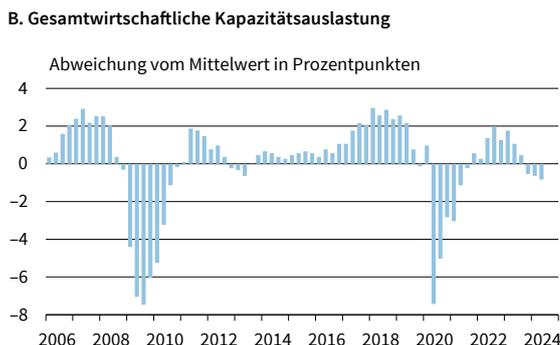
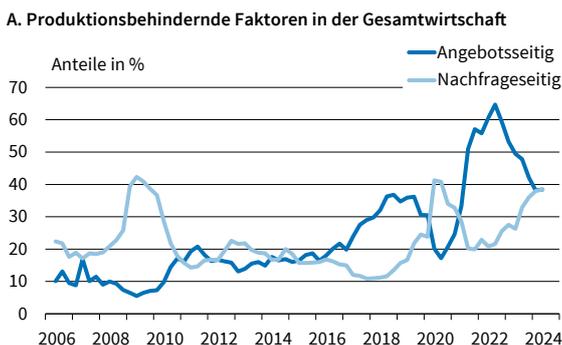
Der Rückgang beim privaten Konsum überraschte. Immerhin stiegen insbesondere die Lohneinkommen zu Jahresbeginn mit außergewöhnlich kräftigen Raten. Dazu hat vor allem die in einer Reihe von Tarifverträgen vereinbarte Auszahlung von steuer- und sozialab-

gabenfreien Inflationsausgleichsprämien beigetragen. Da gleichzeitig die Inflationsrate ihren Rückgang fortsetzte und im März nur noch knapp über 2% lag, kam es bei den privaten Haushalten zu einem spürbaren Kaufkraftplus. Allerdings scheint ein beträchtlicher Teil dieses Einkommenszuwachses zunächst auf den Girokonten liegengeblieben zu sein. So stieg die Sparquote im ersten Quartal um gut einen Prozentpunkt auf 12,4%. Hätte sich das Sparverhalten gegenüber dem Vorquartal nicht verändert, hätte der private Konsum im ersten Quartal um fast 1% zulegen können, anstatt um 0,4% zu schrumpfen.

2.2. AUSBLICK

Für den weiteren Verlauf des Jahres sind die Weichen tendenziell auf Erholung gestellt. Die Stimmung unter den Unternehmen hat sich seit Jahresbeginn aufgehellt. Den ifo Konjunkturumfragen zufolge wird zwar die Lage von den meisten Unternehmen nach wie vor schlecht bewertet (vgl. Abb. 2.1 C.). Allerdings konnten in allen Wirtschaftsbereichen die Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung in den kommenden Monaten zulegen (vgl. Abb. 2.1 D.). Dazu dürften zum einen die allmähliche Verbesserung des Klimas auf den deutschen Absatzmärkten und die damit verbundene Hoffnung auf steigende Neuaufträge im Verarbeitenden Gewerbe beigetragen haben. Zum anderen haben die Energiekosten für Industrieunternehmen ihren Ab-

Abb. 2.1
ifo Indikatoren zur Konjunkturlage

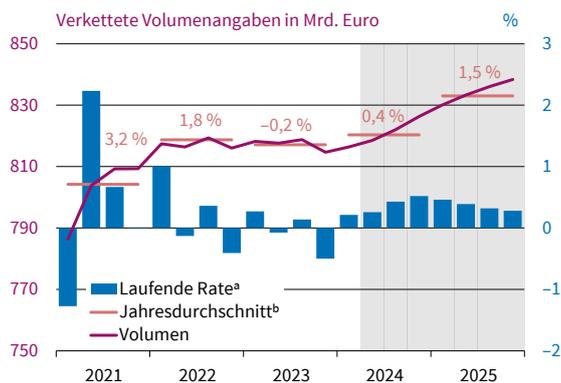


Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

wärtstrend fortgesetzt und mittlerweile den Stand des Jahres 2020 erreicht. Dadurch wird die Produktion in Deutschland wieder profitabler, so dass Unternehmen vermehrt ihre nach wie vor hohen Auftragsbestände abarbeiten und energieintensive Industrien ihre Produktion wieder ausweiten können.

Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal mit 0,3% aber nur wenig schneller zulegen als im Vorquartal. Konjunkturstützend ist dabei die Industrie mit ihrem Exportgeschäft, während die Bauwirtschaft ihren Abwärtstrend mit einem kräftigen Rücksetzer fortsetzen dürfte. Der private Konsum dürfte den vorliegenden Konjunkturindikatoren zufolge zunächst noch stagnieren. Daran wird auch die hierzulande ausgetragene Fußball Europameisterschaft nichts ändern; sie wird der deutschen Konjunktur kein Sommermärchen bescheren. Dies legen zumindest die Erfahrungen mit der Weltmeisterschaft aus dem Jahr 2006 nahe (Dorn et al. 2024). Zwar werden während der Spiele die Umsätze im Gastgewerbe und im Lebensmitteleinzelhandel kurzzeitig anziehen. Jedoch dürften die inländischen Konsumenten ihre Ausgaben an anderer Stelle zurückfahren, so dass der private Konsum insgesamt wohl davon unberührt bleibt. Lediglich der Export von Dienstleistungen wird sichtbar profitieren, da dort die Ausgaben ausländischer Gäste verbucht werden.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird die gesamtwirtschaftliche Erholung im Zuge der Normalisierung der Konsumkonjunktur an Tempo gewinnen (vgl. Tab. 2.2 und Abb. 2.2). Die Kaufkraft der privaten Haushalte dürfte weiter zulegen und sich die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen allmählich erholen. Die Lohndynamik bleibt vorerst kräftig, und die Inflation wird im Sommer erstmals seit März 2021 unter die 2%-Marke sinken. Zwar halten die kräftigen Lohnanstiege vor allem bei den Dienstleistern den Preisdruck hoch. Allerdings begrenzt die Unterauslastung derzeit eine Weitergabe durch die Unternehmen, so dass vor allem ihre Gewinne zurückgehen dürften.

Auf die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank im Juni dürften in diesem Jahr noch zwei weitere Zins-schritte folgen. Die gesunkenen Zinsen, der stabile Arbeitsmarkt und die kräftigen Einkommenszuwächse werden der Konsumkonjunktur einen Schub verleihen und auch der Bauwirtschaft allmählich wieder auf die Beine helfen. Dabei wird unterstellt, dass die Konsumfreude wieder zunimmt und sich die Sparquote allmählich wieder normalisiert. Schließlich dürfte auch die Industriekonjunktur ihre Erholung fortsetzen und von einer steigenden globalen Nachfrage profitieren.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,4% und im kommenden Jahr um 1,5% zunehmen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2024 wurden damit die Wachstumsrate für das laufende Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben (vgl. Tab. 2.1 sowie Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2024«). An der Wachstumsrate für das kommende Jahr wurde festgehalten. Damit dürfte sich bis zum Ende des Prognosezeitraums die Lücke zum Produktionspotenzial allmählich schließen und sich die konjunkturelle Lage normalisieren. Das Wachstum des Produktionspotenzials dürfte aus vorwiegend demografischen Gründen von derzeit 0,8% pro Jahr auf nur noch 0,5% bis zum Ende des Jahrzehnts zurückgehen.

Die Inflationsrate wird von 5,9% im Jahr 2023 spürbar auf 2,2% im Jahr 2024 und auf 1,7% im Jahr 2025 zurückgehen. Die Kerninflationsrate (also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) wird mit 2,7% und 2,2% in diesem bzw. im kommenden Jahr darüber liegen, da die Energiepreise für die Verbraucher noch bis Ende 2025 sinken werden. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 wurde die Inflationsrate für das Jahr 2024 um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Ursächlich dafür ist ein schwächerer Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln und sonstigen Waren. Aufgrund der etwas höheren Energiepreisannahmen wurde die Inflationsprognose für das nächste Jahr leicht um 0,1 Prozentpunkte angehoben.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiter spürbar gehemmt, zeigt sich jedoch im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in robuster Verfassung. Im Sommerhalbjahr dürfte sich der Beschäftigungsaufbau zunächst nur in geringem Tempo fortsetzen. Mit der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Erholung wird die Erwerbstätigkeit im weiteren Prognoseverlauf wahrscheinlich wieder steigen. Die demografische Entwicklung wird jedoch eine substanzielle Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus verhindern. Trotz Zuwanderung und der Integration ukrainischer Flüchtlinge wird das Erwerbspersonenpotenzial im kommenden Jahr aufgrund der Alterung der Bevölkerung voraussichtlich sein Maximum erreichen. Insgesamt wird der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 336 000 im vergangenen Jahr auf 139 000 im laufenden Jahr und 167 000 im Jahr 2025 zurückgehen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im laufenden Jahr um 135 000 steigen. Im Jahr 2025 wird mit einem Rückgang um

Tab. 2.1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a				Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024			
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,2	0,4	1,5	0,0	+0,1	+0,2	0,0
Private Konsumausgaben	3,9	-0,7	0,3	1,8	0,0	0,0	-0,8	0,0
Konsumausgaben des Staates	1,6	-1,0	1,0	1,3	0,0	+0,5	+0,3	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-0,7	-0,9	1,9	0,0	-0,1	+0,3	-0,4
Bauten	-1,8	-2,7	-0,5	0,3	0,0	0,0	+1,9	-0,7
Ausrüstungen	4,0	2,8	-2,1	4,3	0,0	-0,2	-1,2	+0,1
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	0,1	2,6	0,0	0,0	-2,1	+0,2
Inländische Verwendung	3,2	-1,1	-0,5	1,6	0,0	-0,2	-0,8	-0,2
Exporte	3,3	-0,7	1,8	3,1	0,0	+1,5	+2,9	-0,3
Importe	6,6	-2,4	0,0	3,3	0,0	+1,0	+1,0	-0,8
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	45 596	45 932	46 071	46 238	0,0	-1,0	-30,0	+66,0
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 744	2 616	0,0	0,0	+45,0	+44,0
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,3	5,7	5,9	5,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise ^d (Veränderung ggü. Vorjahr in %)								
- Gesamtinflationsrate	6,9	5,9	2,2	1,7	0,0	0,0	-0,1	+0,1
- Kerninflationsrate ^e	4,9	6,0	2,7	2,2	0,0	0,0	-0,1	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ^f								
- in Mrd. EUR	-96,9	-99,1	-72,8	-54,4	0,0	-11,8	+3,2	-9,8
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,5	-2,4	-1,7	-1,2	0,0	-0,3	+0,1	-0,2
Leistungsbilanzsaldo								
- in Mrd. EUR	164,6	257,7	312,4	305,7	-6,3	-22,6	+20,3	+12,7
- in % des Bruttoinlandsprodukts	4,2	6,3	7,3	7,0	-0,2	-0,6	+0,5	+0,3

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2020 = 100). ^e Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe). ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

128 000 gerechnet. Folglich liegt die Arbeitslosenquote in den Jahren 2024 und 2025 bei 5,9% bzw. 5,6%.

Die Finanzpolitik ist in diesem und im kommenden Jahr restriktiv ausgerichtet. Dies wird maßgeblich vom Auslaufen verschiedener Maßnahmen bestimmt,

die während der Energiekrise der vergangenen zwei Jahre und den damit verbundenen hohen Inflationsraten von staatlicher Seite vollzogen wurden. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird von 99 Mrd. Euro bzw. 2,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im

Tab. 2.2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	-0,7	0,3	0,0	0,4	-0,4	0,0	0,4	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4
Konsumausgaben des Staates	-1,3	0,1	1,4	0,6	-0,4	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Bauten	1,5	-0,5	-0,7	-1,9	2,7	-1,3	-0,4	0,1	0,3	0,4	0,5	0,5
Ausrüstungen	1,9	0,7	1,4	-4,0	-0,2	-0,3	0,6	1,7	1,4	1,1	1,0	0,8
Sonstige Anlagen	-1,6	0,0	0,3	0,7	-1,1	0,3	0,4	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ^b	-0,1	0,2	-0,6	-0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,5	0,4	-0,3	-0,8	0,0	-0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4
Außenbeitrag ^b	0,8	-0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,1	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	0,5	-0,7	-0,9	-0,9	1,1	1,6	1,4	1,4	0,7	0,3	0,1	0,1
Importe	-1,1	0,2	-1,8	-1,6	0,6	0,8	1,2	1,3	0,8	0,6	0,4	0,4

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

Jahr 2023 auf 54 Mrd. Euro bzw. 1,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 sinken. Aufgrund der Einführung des Generationenkapitals und den damit verbundenen jährlichen Zuführungen aus Darle-

hen des Bundes geht der Schuldenstand nach den Maastricht-Kriterien nur langsam von 63,6% im Jahr 2023 auf 63,3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr zurück.

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FÜR DAS JAHR 2024

Bei der ifo Konjunkturprognose im Herbst 2023 hatte das ifo Institut eine jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2024 von 1,4% veranschlagt (Wollmershäuser et al. 2023a). Da die Inflation die Kaufkraft der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 2023 milderte und die Baukonjunktur unter den Zinssteigerungen der Europäischen Zentralbank litt, musste auf die wirtschaftliche Erholung weiter gewartet werden. Denn auch die Industriekonjunktur konnte – trotz der Rückgänge bei den angebotsseitigen Engpässen – keine Fahrt aufnehmen. Aufgrund der nachfrageseitigen Schwäche in wichtigen Absatzmärkten im Herbst 2023 erwartete das ifo Institut für das Jahr 2023 keine neuen Impulse von Seiten der Industrie. Der zunehmende Auftragsmangel und die zahlreichen Stornierungen im Bauhauptgewerbe deuteten ebenfalls nicht auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung hin. Lediglich beim privaten Konsum erwartete das ifo Institut angesichts der realen Einkommenszuwächse eine einsetzende Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2023. Die gesamtwirtschaftliche Erholung sollte aber erst im Jahr 2024 einsetzen. Der gesamtwirtschaftliche Rückgang im dritten Quartal 2023 fiel mit –0,1% laut Angaben des Statistischen Bundesamts um 0,1 Prozentpunkte höher aus als in der Herbstprognose angenommen (–0,2%).

Die noch im Herbst prognostizierte Erholung für das Jahr 2024 wurde in der Winterprognose 2023 deutlich abgeschwächt – das ifo Institut ging nunmehr von einer jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate von 0,9% aus (Wollmershäuser et al. 2023b). Zwar hatte die Inflation weiter nachgelassen und die Löhneinkommen stiegen mit kräftigen Raten, dennoch blieb die erwartete Erholung des privaten Konsums in der zweiten Jahreshälfte 2023 aus. Ein Teil des Kaufkraftplus wurde von den privaten Haushalten gespart. Die Bauinvestitionen wurden aufgrund der angespannten Auftragslage, infolge der immer noch hohen Baupreise und Kreditzinsen, im Vergleich zur Herbstprognose deutlich nach unten revidiert. Zudem verzögerte die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit die Erholung weiter, da Investitionen von Unternehmen und privaten Haushalten zurückgestellt wurden und die Sparneigung der Konsumenten erhöht wurde. Die Haushaltslücke aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung von Projekten aus dem Klima- und Transformationsfonds barg ein

zusätzliches Risiko für die konjunkturelle Erholung im Jahr 2024. Die Winterprognose 2023 wurde unter der Annahme erstellt, dass alle bis zum damaligen Zeitpunkt geplanten finanzpolitischen Maßnahmen auch umgesetzt werden. Da absehbar war, dass zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig sein werden, schätzte das ifo Institut in einem Risikoszenario die Auswirkung eines pauschalen Maßnahmenpakets im Umfang von 20 Mrd. Euro auf die Konjunktur in Deutschland. Als im Januar 2024 der Bundeshaushalt mit einer geschätzten Einsparung von circa 19 Mrd. Euro für 2024 vereinbart wurde, korrigierte das ifo Institut seine Wachstumsprognose für 2024 von 0,9% auf 0,7% (ifo Institut 2024b).

Mit der Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigte sich, dass die vom ifo Institut angenommene Stagnation des BIP im vierten Quartal 2023 die Wirtschaftsleistung in Deutschland überschätzte. Das Statistische Bundesamt wies im Februar 2024 für das vierte Quartal 2023 einen Rückgang von 0,3% im preis-, saison- und kalenderbereinigten Vorquartalvergleich aus. Obwohl das ifo Institut in seiner Winterprognose von sinkenden Bau- und Ausrüstungsinvestitionen ausging, wurde der Rückgang quantitativ deutlich unterschätzt. Vor allem der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 3,5% fiel deutlich kräftiger aus, als das ifo Institut dies in der Winterprognose 2023 angenommen hatte. Zudem blieb der prognostizierte Wachstumsbeitrag aus dem Außenhandel aus. Stützend für die Konjunktur war der private Konsum. Die kräftig gestiegenen Löhneinkommen und die weiter sinkende Inflation verhalf den privaten Haushalten zu einem Kaufkraftplus, der zum Teil in den privaten Konsum floss, aber auch gespart wurde.

Die weiter lahrende deutsche Wirtschaft veranlasste das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose 2024 eine weitere Abwärtsrevision an der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate für 2024 vorzunehmen. Das ifo Institut ging nunmehr von einem Wachstum von 0,2% im laufenden Jahr aus (Wollmershäuser et al. 2024). Der anhaltende Auftragsmangel, die hohen Krankenstände, die andauernden Streiks und die geopolitischen Ereignisse belasteten die deutsche Wirtschaft. Doch auch die unmittelbaren Auswirkungen des Haushaltsurteils auf die Ausgaben für Konsum und Investitionen dämpfen die deutsche Erholung. Mit den Beschlüssen aus dem Bundeshaushalt ging

das ifo Institut im März von einer Einsparung von ca. 12 Mrd. Euro – anstelle der im Januar geschätzten 19 Mrd. Euro – aus. Der berechnete Effekt der Einsparung dürfte sich im laufenden Jahr in der Größenordnung von etwa 0,1% des BIP bewegen. Zudem kommt der statistische Unterhang zu tragen, der aufgrund des schwachen vierten Quartals die Jahresrate des BIP um 0,2 Prozentpunkte mindert.

Alles in allem erwartete das ifo Institut einen weiteren Rückgang des BIP im ersten Quartal 2024 um 0,1%. Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben wurden dabei im ersten Quartal etwas schwächer eingeschätzt, als dies noch in der Winterprognose angenommen wurde. Die Bauinvestitionen wurden aufgrund des milden Wetters für das erste Quartal nach oben revidiert, im Jahresverlauf erwartete das ifo Institut dennoch keine Erholung. Nach dem starken Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal 2023 ging das ifo Institut von einer weiteren Abschwächung für das erste Quartal 2024 aus. Eine spürbare gesamtwirtschaftliche Erholung wurde erst für das zweite Halbjahr erwartet.

Der jüngsten Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamts zufolge stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2024 um 0,2%. Am weiteren Jahresverlauf des BIP hält das ifo Institut in der vorliegenden Prognose in Summe fest. Es wird weiterhin davon ausgegangen,

dass sich die Gesamtwirtschaft im zweiten Halbjahr erholen wird. Aufgrund des Anstiegs des BIP im ersten Quartal und einer Revision des BIP im vierten Quartal 2023 ergibt sich dadurch für das laufende Jahr eine Aufwärtsrevision in der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate um 0,2 Prozentpunkte (vgl. Tab. 2.3). Die Aufwärtsrevision ist dabei hauptsächlich auf den Prognosefehler von 0,3 Prozentpunkten aus dem ersten Quartal 2024 zurückzuführen. Denn die Revision des Statistischen Bundesamts erhöhte den statistischen Unterhang um weitere 0,1 Prozentpunkte und minderte somit die Aufwärtskorrektur (vgl. Tab. 2.4). In Summe beträgt der statistische Unterhang nun 0,3 Prozentpunkte auf die Jahreswachstumsrate des BIP.

Mit Blick auf die einzelnen Verwendungsaggregate ergeben sich zum Teil größere Aufwärts- als auch Abwärtskorrekturen durch die Revisionen des Statistischen Bundesamts sowie durch Prognosefehler und Prognoseanpassungen. Für den privaten Konsum erwartete das ifo Institut in der Frühjahrsprognose aufgrund der realen Einkommenszuwächse ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 1,1% für das Jahr 2024 – in der aktuellen Prognose senkt das ifo Institut diese auf 0,3% ab. Hierzu trägt maßgeblich der Prognosefehler im ersten Quartal 2024 bei. Die privaten Konsumausgaben wurden in der Frühjahrsprognose für das erste Quartal 2024 deutlich überschätzt, statt dem erwarteten schwachen Anstieg realisierte

Tab. 2.3

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2024

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Märzprognose		ifo Juniprognose		Prognosekorrektur für 2024	
	Prognosewerte für 2024		Prognosewerte für 2024		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	0,3	0,3	-0,5	-0,5	-0,8	-0,8
Privater Konsum	1,1	0,6	0,3	0,2	-0,8	-0,4
Staatlicher Konsum	0,7	0,1	1,0	0,2	0,3	0,1
Bauten	-2,4	-0,3	-0,5	-0,1	1,9	0,2
Ausrüstungen	-0,8	-0,1	-2,1	-0,1	-1,2	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,2	0,1	0,1	0,0	-2,1	-0,1
Vorratsveränderungen	-	-0,1	-	-0,7	-	-0,6
Außenbeitrag	-	-0,1	-	0,9	-	1,0
Ausfuhr	-1,1	-0,5	1,8	0,9	2,9	1,4
Einfuhr	-1,0	0,4	0,0	0,0	1,0	-0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,2	0,4	0,4	0,2	0,2

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

sich laut Statistischem Bundesamt ein Rückgang von 0,4%. Zwar hält das ifo Institut an der grundlegenden Einschätzung fest, dass die kräftige Lohndynamik gepaart mit der weiter sinkenden Inflationsrate der Konsumkonjunktur im Laufe des Jahres einen Schub verleiht, doch wird in der vorliegenden Prognose von einer Belebung erst ab der zweiten Jahreshälfte ausgegangen. Für das zweite Quartal prognostiziert das ifo Institut aufgrund der derzeitigen Frühindikatoren nur noch eine Stagnation des privaten Konsums und musste daher seine Prognose um 0,3 Prozentpunkte nach unten anpassen. Positiv auf die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des privaten Konsums hat sich die Aufwärtsrevision des Statistischen Bundesamts ausgewirkt, der dadurch höhere statistische Überhang verminderte eine weitere Absenkung um 0,2 Prozentpunkte.

Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des staatlichen Konsums hingegen wurde verglichen mit der Frühjahrsprognose um 0,3 Prozentpunkte auf 1,0% nach oben korrigiert. Maßgeblich dafür ist der höhere statistische Überhang durch die Revision der amtlichen Daten. Die deutlich überschätzten öffentlichen Konsumausgaben im ersten Quartal 2024 werden durch Prognoseanpassungen für das zweite und dritte Quartal ausgeglichen.

Ein erheblicher Prognosefehler für das erste Quartal 2024 wurde zudem für die Bauinvestitionen realisiert – der erwartete Rückgang von 0,1% ist nicht eingetreten. Die milden Temperaturen zu Jahresbeginn ließen die Bauinvestitionen preis-, saison- und

kalenderbereinigt im Vorquartalsvergleich stark steigen (2,7%). Aufgrund des weiterhin schwierigen Marktumfelds der Bauwirtschaft passt das ifo Institut die Quartalsprognosen des laufenden Jahres nach unten an. Insgesamt korrigiert das ifo Institut aber die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate in der vorliegenden Prognose von -2,4% im Frühjahr auf -0,5%.

Für den Außenbeitrag prognostiziert das ifo Institut aktuell mit 0,9 Prozentpunkten einen deutlich größeren positiven Wachstumsbeitrag zum BIP, als dies noch in der Märzprognose erwartet worden war (-0,1 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist dies vor allem auf die deutlich stärkere Aufwärtsrevision der Ausfuhren verglichen mit den Importen. Während im Frühjahr noch von einem realen Rückgang in der Jahresdurchschnittsbetrachtung der Exporte wie auch der Importe ausgegangen wurde, erwartet das ifo Institut in der vorliegenden Prognose eine Jahreswachstumsrate von 1,8% bei den Exporten und eine Stagnation bei den Importen. Die zu Jahresbeginn unterschätzten Exporte und Importe und die allmähliche Verbesserung des Klimas auf den deutschen Absatzmärkten veranlasst das ifo Institut zu einer deutlichen dynamischeren Erholung der Exporte im Jahresverlauf.

Alles in allem überwiegt die Aufwärtskorrektur des Außenbeitrags die Abwärtsrevision der inländischen Verwendung, so dass das ifo Institut in seiner Sommerprognose mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Jahresdurchschnittsbetrachtung von 0,4% für das Jahr 2024 rechnet.

Tab. 2.4

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2024

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Prognoseanpassung ^c				
		Revision ^a der VGR (I)	Prognosefehler ^b (II)	2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
Inlandsnachfrage	-0,8	-0,4	0,0	-0,3	-0,1	0,0
Privater Konsum	-0,8	0,2	-0,5	-0,3	-0,1	0,0
Staatlicher Konsum	0,3	0,4	-0,3	0,2	0,1	0,0
Bauten	1,9	-0,1	2,8	-0,6	-0,2	-0,1
Ausrüstungen	-1,3	-0,4	0,3	-0,5	-0,7	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-2,1	0,0	-1,8	-0,2	-0,1	0,0
Vorratsveränderungen ^d	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenbeitrag^d	1,0	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0
Ausfuhr	2,9	0,5	1,3	0,8	0,2	0,1
Einfuhr	1,0	-0,1	0,7	0,3	0,1	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,1	0,3	0,0	0,0	0,0

^a Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2024 aus der ifo Frühjahrsprognose 2024 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2024. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

2.3. PROGNOSEUNSIKERHEIT UND RISIKEN

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 2.3). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2024 und 2025 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2023 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z. B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, $\pm 0,6$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 0,4% reicht das Intervall also von $-0,2\%$ bis $1,0\%$. Die Punktprognose von 0,4% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.3). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf $\pm 2,4$ Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von $+1,5\%$ reicht das 68%-Prognoseintervall dann von $-0,9\%$ bis $+3,9\%$.

Die Annahme über den weiteren Verlauf der Sparquote stellt ein beträchtliches Risiko für die Konsumkonjunktur dar. In der vorliegenden Prognose wurde unterstellt, dass es sich bei dem kräftigen Anstieg der Sparquote zu Jahresbeginn nur um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Die gehäuften, nachträglichen Auszahlungen der für Dezember 2023 vorgesehenen Inflationsausgleichsprämien im Tarifabschluss des öffentlichen Diensts dürften wohl nur auf den Girokonten der Konsumenten geparkt worden sein, um für spätere Ausgaben zur Verfügung zu stehen. Damit wird in der vorliegenden Prognose von einem recht raschen Absinken der Sparquote ausgegangen. Allerdings könnte die hohe Sparquote auch Ausdruck der hohen Verunsicherung von Wirtschaft und Gesellschaft sein, die die ökonomischen und geopolitischen Krisen der vergangenen Jahre und die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung, der Digitalisierung und der Demografie verursacht haben. Sollte diese Unsicherheit

nicht weichen, etwa weil es der Bundesregierung nicht gelingt, einen klareren Kurs einzuschlagen, könnte die Sparquote hoch bleiben und die Erholung von Konsum und Investitionen weiter auf sich warten lassen.

Darüber hinaus geht weiterhin ein Risiko vom Inflationsverlauf aus. Sollte sich die hohe Lohndynamik stärker auf die Preise insbesondere im Dienstleistungsbereich durchschlagen oder gar bei den anstehenden Lohnabschlüssen verfestigen, könnte die EZB unter Druck geraten und deutlich zögerlicher mit Zinssenkungen reagieren. Auch eine solche Entscheidung könnte die Erholung der Investitionen, insbesondere im Wohnungsbau, sowie des privaten Konsums erheblich verlangsamen.

Schließlich können auch die im internationalen Teil genannten Risiken, die sich im Zusammenhang mit der weiteren Inflationsentwicklung im Euroraum, den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Gaza sowie der hohen Verschuldung in China ergeben, maßgeblich die Entwicklung der globalen und damit auch der deutschen Konjunktur beeinflussen.

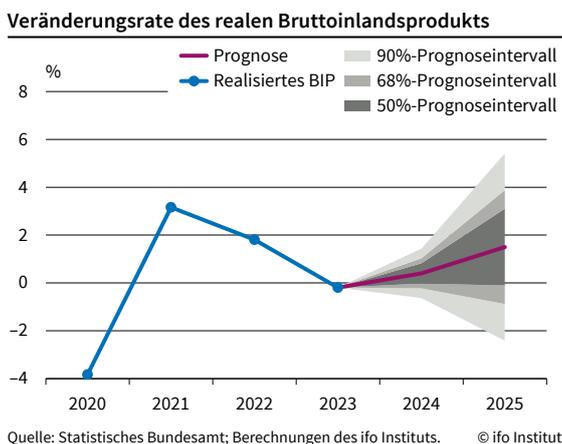
2.4. FINANZPOLITIK RESTRIKTIV AUSGERICHTET

Die Finanzpolitik im Jahr 2024 ist insgesamt restriktiv ausgerichtet (vgl. Tab. 2.5). Dies wird maßgeblich vom Auslaufen verschiedener Maßnahmen bestimmt, die während der Energiekrise der vergangenen zwei Jahre und den damit verbundenen hohen Inflationsraten von staatlicher Seite vollzogen wurden.

Bei den Einnahmen des Staates sind dies insbesondere die Rückkehr zum regulären Mehrwertsteuersatz auf Gas und die rückläufige Inanspruchnahme der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien. Zudem sorgt die Erhöhung der Lkw-Maut zu Beginn des Jahres für steigende Einnahmen im laufenden Jahr. Die planmäßige Anhebung der CO₂-Abgabe führt darüber hinaus zu Mehreinnahmen, die dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zugutekommen. Auch die Sozialversicherungen können durch die Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags und die bereits zur Mitte des Jahres 2023 erfolgten Anpassung des Pflegebeitrags mit Mehreinnahmen rechnen. Dementgegen stehen im laufenden Jahr neu verabschiedete Steuerrechtsänderungen wie das Wachstumschancengesetz, das Zukunftsfinanzierungsgesetz, die Absenkung der Stromsteuer oder das Jahressteuergesetz 2024, die allesamt zu niedrigeren Steuereinnahmen führen. Dazu trägt auch die starke Anpassung des Einkommensteuertarifs durch das Inflationsausgleichsgesetz bei.

Der größte Anteil an der restriktiven Ausrichtung der Finanzpolitik geht auf verschiedene ausgabenseitige Maßnahmen zurück, die mit dem Abschwächen der Energiekrise ausgelaufen sind. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Strom- und Gaspreisbremsen, die kostengünstiger ausfielen als zu Beginn des vergangenen Jahres veranschlagt. Die Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Bundeshaushalt, die im Zuge des Haushaltsurteils von der Bundesregierung

Abb. 2.3



verabschiedet wurden, tragen nur zu einem geringen Teil zu dem restriktiven Impuls bei. Starke Ausgabensteigerungen sind vor allem beim Klima- und

Transformationsfonds zu erwarten. Hier sind im vergangenen Jahr deutlich weniger Mittel für die verschiedenen Programmausgaben abgerufen worden,

Tab. 2.5

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b		
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge 2023	-14,7	-2,8
Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024	4,4	0,8
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	2,9	0,4
Inflationsausgleichsprämie	3,0	9,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,0	0,9
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	4,5	3,0
Degressive AfA (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	3,2
Mindereinnahmen durch steigende Abzugsfähigkeit von RV-Beiträgen	-1,6	-1,6
Jahressteuergesetz 2022 ^c	0,2	1,0
Anhebung Lkw-Maut	7,1	0,9
Wachstumschancengesetz	-1,0	-2,5
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,3	-0,2
Senkung Stromsteuer	-2,8	-0,5
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer	1,5	0,0
Anhebung Grund- und Kinderfreibeträge 2024	-4,0	0,0
Ausgleich kalte Progression & Anhebung Grundfreibetrag 2025	0,0	-8,0
Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten	-0,4	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d	-0,2	1,7
Erhöhung Rundfunkbeitrag	0,0	0,4
Erhöhung Luftverkehrabgabe	0,4	0,2
Wegfall Begünstigung Agrardiesel	0,0	0,1
Jahressteuergesetz 2024	-0,4	0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	2,5	0,0
Erhöhung des Beitrags in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,4	0,0
Inflationsausgleichsprämie	4,0	12,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilisierung Netzentgelte	30,0	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	6,0	0,0
Erhöhung Kindergeld	1,5	0,0
Wohngeldreform	-1,1	-0,3
Deutschlandticket	-1,0	0,0
Einführung Bürgergeld	-0,2	0,0
Kürzungen Bürgergeld	0,3	0,0
Energiepreispauschalen (Erwerbstätige, Rentner, Studierende)	1,5	0,0
Zusätzliche Ausgaben des KTF	-17,0	3,0
Mehrausgaben für Verteidigung/ Aufstockung Bundeswehretat	-6,0	-4,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	2,0	0,0
Unterstützungsleistungen Ukraine	-2,1	0,0
zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	-1,4	0,0
Kindergrundsicherung	0,0	-2,4
Konsolidierungsmaßnahmen Bund	1,5	0,0
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	-0,5	-0,5
Eigenkapitalzuschüsse für die Deutsche Bahn	-4,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	0,3	-1,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	0,0
Grundrente	-0,2	-0,1
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,3	0,0
Insgesamt	24,2	13,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	0,6	0,3

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c u.a. Entfristung Home-Office-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag. ^d u.a. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Kreditmarktförderungsgesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts.

Quelle: Bundesregierung; Finanzministerien der Länder; Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

als im Soll-Ansatz vorgesehen waren, wodurch die Rücklage des KTF weiterhin im Bereich um 30 Mrd. Euro liegt. Auch beim zweiten großen Extrahaushalt des Bundes, das Sondervermögen Bundeswehr, ist mit einem deutlich erhöhten Mittelabfluss zu rechnen. Dieser wird von höheren Mittel aus dem Kernhaushalt für Verteidigung flankiert. In Summe ergibt sich dennoch ein restriktiver Impuls in Höhe von 0,6% des Bruttoinlandsprodukts.

Für das Jahr 2025 ist erneut mit einem restriktiven Impuls der staatlichen Maßnahmen zu rechnen, der nach aktuellem Stand geringer ausfällt als im Jahr 2024. Vor allem das Auslaufen der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien, die auch im Jahr 2024 noch umfangreich ausgezahlt werden dürften, führt zu deutlichen Steuererhöhungen unter sonst gleichen Bedingungen. Zudem wird es in einigen Bereichen zu Steuererhöhungen bzw. dem Abbau von Begünstigungen kommen, wie bei der Tabaksteuer, Luftverkehrsabgabe und der Energiesteuer auf Agrardiesel. Auch die Ausgaben des KTF dürften im Vergleich zum Jahr 2024 rückläufig sein. Eine abermalige Verschiebung des Einkommensteuertarifs und die Anhebung des Grundfreibetrags vermindern hingegen die Steuereinnahmen. Zudem sind mit der Einführung der Kindergrundsicherung und Reformen im Pflegebereich Mehrausgaben eingeplant. Alles in allem beläuft sich der restriktive Effekt der finanzpolitischen Maßnahmen auf 0,3% des Bruttoinlandsprodukts.

Allerdings sei hier anzumerken, dass nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts weiterhin große Unsicherheit über die Aufstellung des Bundeshaushalts für das Jahr 2025 herrscht. So ist unklar, in welchem Umfang etwaige Konsolidierungsmaßnahmen ausfallen werden und an welchen Stellen diese Maßnahmen umgesetzt werden. Zudem können die letztendlichen Einsparungen auch nicht eins zu eins in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übertragen werden, das dieser Prognose zugrundliegt. Der Bundeshaushalt und die Abrechnung der Schuldenbremse erfolgt auf Basis der Finanzstatistik. Aufgrund dieser Unabwägbarkeiten sind in Tabelle 2.5 keine potenziellen Konsolidierungsmaßnahmen enthalten, die aktuell in der Öffentlichkeit im Zuge der Haushaltsverhandlungen diskutiert werden.

2.5. GELDPOLITIK LEITET ZINSWENDE EIN – FINANZIERUNGSUMFELD IMMER NOCH SCHWIERIG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zuletzt die geldpolitischen Zügel etwas gelockert. Nachdem die Leitzinsen zwischen Juli 2022 und September 2023 um insgesamt 4,5 Prozentpunkte angehoben wurden und seitdem unverändert blieben, wurde in der Junisitzung des EZB-Rats eine erste Zinssenkung in Höhe von 0,25 Prozentpunkten beschlossen. Seitdem liegen die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,25%, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,5% und für die Einlagefazilität bei 3,75%. Die EZB begrün-

dete den Zinsschritt damit, dass sich die Preisdynamik im Euroraum inzwischen deutlich abgeschwächt hat und sich die Inflationsaussichten in Richtung des Ziels von 2% bewegen. Nichtsdestotrotz ist der Restriktionsgrad der Geldpolitik immer noch erhöht, da die Realzinsen angesichts des hohen Zinsniveaus bei gleichzeitig gesunkenen Inflationserwartungen stark angezogen haben.

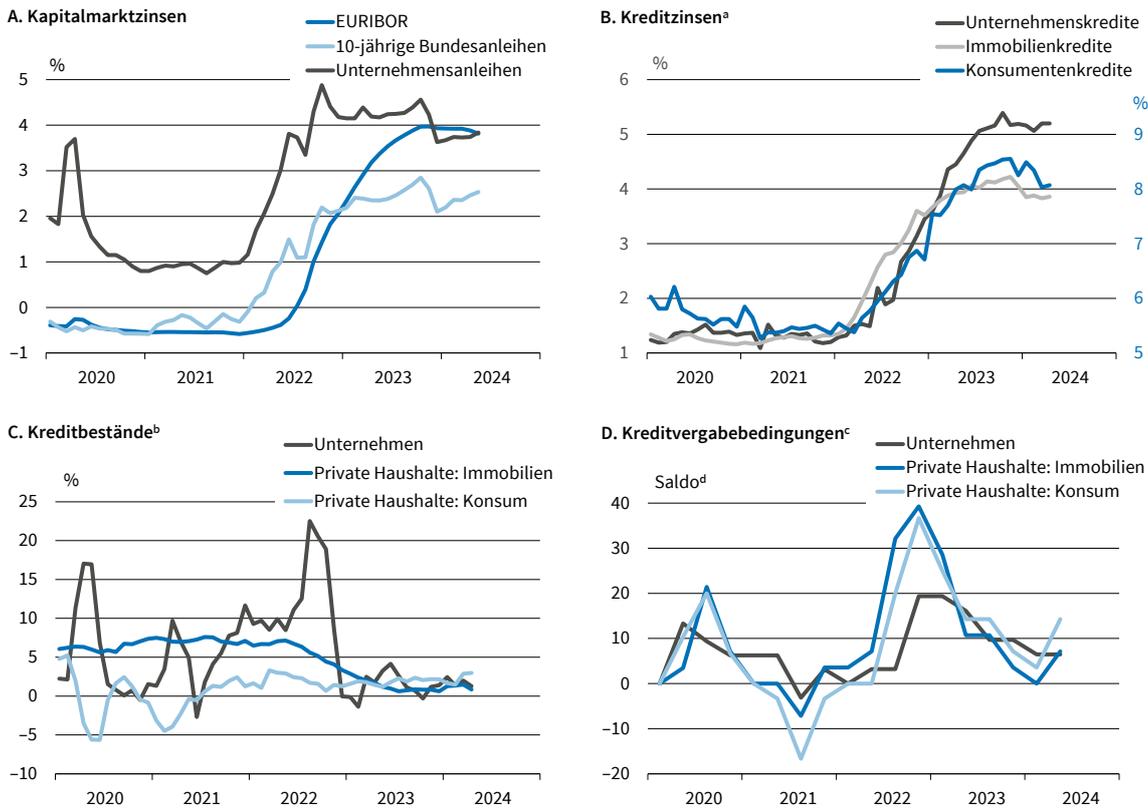
Neben den hohen Leitzinsen trägt auch der Abbau des Anleihebestands zum insgesamt straffen geldpolitischen Kurs bei. Seit Juli 2023 werden im regulären Ankaufprogramm (Asset Purchase Programme, APP) keine Tilgungsbeträge mehr angelegt. Seitdem sind die Bestände um durchschnittlich 28 Mrd. Euro pro Monat gesunken. Auch im Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) sollen die Bestände zurückgeführt werden, indem die Reinvestitionen ab Juli zunächst um 7,5 Mrd. Euro pro Monat reduziert und ab nächstem Jahr vollständig eingestellt werden. Diese Maßnahmen dürften die langfristigen Kapitalmarktzinsen über anziehende Terminprämien erhöhen. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems ist infolge der quantitativen Straffung und der Rückzahlung der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) seit dem Höchststand Mitte 2022 um etwa 2 200 Mrd. Euro auf zuletzt rund 6 600 Mrd. Euro gesunken.

Im März hat die EZB eine Änderung in ihrem geldpolitischen Handlungsrahmen beschlossen. Ab September wird sie den Abstand zwischen dem Einlagesatz und dem Hauptrefinanzierungssatz von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte reduzieren, indem sie den Hauptrefinanzierungssatz senkt. Der Spitzenrefinanzierungssatz wird ebenfalls entsprechend angepasst und weiterhin 0,25 Prozentpunkte über dem Hauptrefinanzierungssatz liegen. Durch die Einengung des Zinskorridors soll die mögliche Schwankungsbreite des Geldmarktsatzes begrenzt werden. Langfristig könnte sich dieser im Zuge des Abbaus von Überschussreserven wieder vom Einlagesatz hin zum Hauptrefinanzierungssatz bewegen.

Die Finanzierungskosten sind im Kontext der straffen Geldpolitik immer noch erhöht. Auf dem Geldmarkt folgte der Dreimonats-EURIBOR den Leitzinsen und lag zuletzt bei 3,8% (vgl. Abb. 2.4 A.). Die Umlaufrendite 10-jähriger deutscher Staatsanleihen war zwischen September und Dezember zunächst stark von 3,0% auf 2,1% gefallen. Seit Jahresbeginn zogen die Kapitalmarktzinsen aber wieder deutlich an, so dass die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen zuletzt bei 2,6% notierten. Ursächlich für diesen Anstieg dürften vor allem die abgeschwächten Zinssenkungserwartungen dies- und jenseits des Atlantiks sein. Die Renditen auf Unternehmensanleihen folgten der Dynamik der Bundesanleihen, wobei sich die Risikoaufschläge etwas einengten. Die gesunkenen Spreads dürften einerseits auf den im Zuge der konjunkturellen Aufhellung gestiegenen Risikoappetit von Investoren zurückzuführen sein; zum anderen dürfte auch die gesunkene

Abb. 2.4

Zur monetären Lage in Deutschland



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). ^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Knappheitsprämie deutscher Staatsanleihen eine Rolle spielen, da seit Sommer 2022 der Streubesitz von Bundesanleihen in den Händen privater Anleger zugelegt hat (Deutsche Bundesbank 2024). Die Zinsstrukturkurve hat sich in den vergangenen Monaten etwas abgeflacht, ist aber weiterhin invers, d.h., die Renditen langlaufender Anleihen sind niedriger als die von kurzlaufenden Anleihen.

Die Kreditzinsen hatten ihren Höhepunkt Ende des vergangenen Jahres erreicht und sind seitdem leicht rückläufig. Im April lagen sie bei durchschnittlich 5,2% für Unternehmen und 3,9% für Immobilienfinanzierungen und damit 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte unter den vorangegangenen Höchstwerten (vgl. Abb. 2.4 B.). Laut Umfragen zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) im zweiten Quartal belebten das leicht gesunkene Zinsniveau und die verbesserten Aussichten auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage nach Immobilienkrediten erstmals seit zwei Jahren. Im Zuge dessen zog auch die Neukreditvergabe in diesem Segment wieder etwas an, wenn auch auf deutlich reduziertem Niveau im Vergleich zum bisherigen Rekordjahr 2021. Bei den Unternehmenskrediten ist die Nachfrage immer noch leicht rückläufig. Insgesamt stagnierten zuletzt die Kreditvolumen sowohl für Unternehmen als auch für Haushalte weitgehend

(vgl. Abb. 2.4 C.). Auf der Kreditangebotsseite gaben die Banken an, dass sie ihre Kreditrichtlinie in allen Segmenten erneut gestrafft haben, was sie mit einem höheren Kreditrisiko und strengeren regulatorischen Anforderungen begründeten (vgl. Abb. 2.4 D.). Auch die im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen teilnehmenden Unternehmen empfinden das Verhalten der Banken in Kreditverhandlungen weiterhin als restriktiv.

Angesichts des verbesserten Inflationsausblicks dürfte die EZB die Leitzinsen im Prognosezeitraum weiter senken. In Hinblick auf die immer noch hohe Unsicherheit bei der Inflationsentwicklung dürfte sie aber behutsam vorgehen. In diesem Jahr dürften noch zwei und im nächsten Jahr dann vier weitere Zinssenkungen in Höhe von jeweils 25 Basispunkten folgen, so dass der Einlagesatz (Hauptrefinanzierungssatz) ab Sommer 2025 dann bei 2,25% (2,4%) liegen dürfte (vgl. Tab. 2.6). Die Zinssenkungen dürften auch deshalb angemessen sein, um angesichts gesunkener Inflationserwartungen den Grad der geldpolitischen Straffung durch den Realzins nicht weiter zu erhöhen. Zudem übt der Abbau der Anleihebestände für sich genommen weiterhin Aufwärtsdruck auf die langfristigen Zinsen aus.

Tab. 2.6

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2022	2023	2024	2025
Rohöl USD/Barrel (Brent)	98,7	82,0	81,7	77,2
Erdgas EUR/MWh (ICE Natural Gas Germany)	134,4	42,1	32,7	37,4
Strom EUR/MWh (European Energy Exchange)	234,8	95,2	76,8	97,1
Wechselkurs USD/EUR	1,05	1,08	1,08	1,08
Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB in % ^a	0,4	3,6	3,6	2,4
EURIBOR Dreimonatsgeld in %	0,3	3,4	3,6	2,4
Kapitalmarktzins (10-jährige Bundesanleihe) in %	1,3	2,6	2,6	2,5
Welthandel ^b	2,7	-1,9	1,6	2,9

^a Jahresdurchschnitt der Quartalsendstände. ^b Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

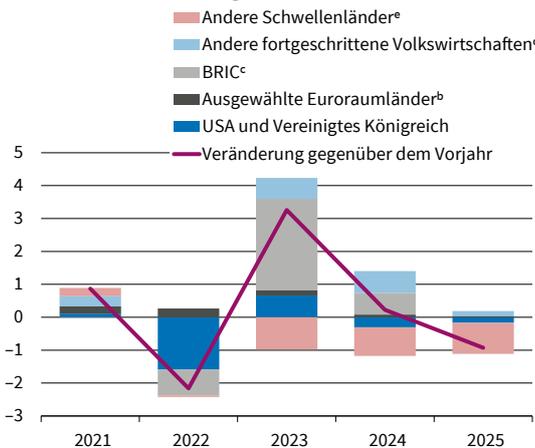
Mit den für den Prognosezeitraum erwarteten Leitzinssenkungen wird der geldpolitische Restriktionsgrad deutlich verringert. Dadurch dürften insbesondere die kurzfristigen Kredit- und Kapitalmarktzinsen günstiger werden. Am langen Ende werden sich die Zinsen hingegen wohl kaum verändern, da

der Rückgang der Kurzfristzinsen größtenteils bereits eingepreist sein dürfte. Dementsprechend dürften die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen mit 2,5% im Jahr 2025 in etwa auf dem derzeitigen Niveau verharren. Angesichts steigender Realeinkommen und verbesserter Aussichten auf dem Wohnungsmarkt dürfte sich die Nachfrage nach Immobilienkrediten dennoch leicht erholen.

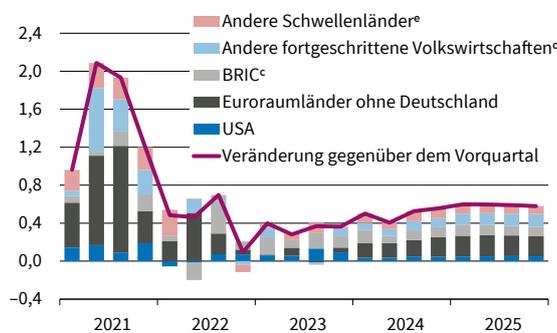
Abb. 2.5

Exportindikatoren
Prozentpunkte bzw. %

A. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit^a



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindicators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts;

2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

2.6. WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass sich die Energiepreise im weiteren Verlauf gemäß den Erwartungen auf den Terminmärkten entwickeln. Entsprechend wird der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent von durchschnittlich 81,7 US-Dollar in diesem Jahr auf 77,2 US-Dollar im Jahr 2025 sinken (vgl. Tab. 2.6). Erdgas und Strom werden etwas teurer, als noch in der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 angenommen, aber deutlich günstiger bleiben als im Jahr 2022. Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr und im kommenden Jahr durchschnittlich 1,08 US-Dollar kostet und damit im Vergleich zum vergangenen Jahr stagnieren wird.

Auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, die auf Basis der projizierten Verbraucherpreisindizes 24 ausgewählter Handelspartner berechnet wird, wird im laufenden Jahr weitestgehend stagnieren, nachdem sie sich im Vorjahr noch deutlich um 3,3% verschlechtert hat (vgl. Abb. 2.5 A.). Seit Jahresbeginn 2024 stagnierte der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und dem Renminbi, so dass auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf einem historisch gesehen immer noch hohen Niveau verharrte. Für den weiteren Prognosezeitraum dürfte sie gegenüber dem übrigen Euroraum weitgehend unverändert bleiben, da die Verbraucherpreise in Deutschland mit ähnlichen Raten wie in diesen Ländern steigen. Anders hingegen verhält es sich mit den USA und dem Vereinigten Königreich sowie Mexiko, der Türkei, Polen und Ungarn, wo die Inflationsraten noch höher als in Deutschland sein werden, und gegenüber denen sich folglich die preisliche Wettbe-

werksposition verbessern dürfte. Im Vergleich zu den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie zu den BRIC-Staaten dürfte sie sich weiterhin leicht verschlechtern. Insgesamt dürfte es damit im kommenden Jahr zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure um 1,0% jeweils zum Vorjahr kommen.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, dürfte die Weltwirtschaft im weiteren Jahresverlauf stetig expandieren. Bereits zu Jahresbeginn kam es im Euroraum zu einer Belebung. Dazu dürften eine Reihe von Großaufträgen beigetragen haben, die sich in einen breiten Impuls beim Warenhandel übertragen haben. Im weiteren Prognosezeitraum wird mit zunehmenden Wachstumsbeiträgen des übrigen Euroraums zum Weltnachfrageindikator gerechnet, während die Beiträge der USA wohl nur eine geringe Dynamik aufweisen werden. Insgesamt dürfte sich die Weltnachfrage nach deutschen Exporten allmählich beschleunigen (vgl. Abb. 2.5 B.).

2.7. ANZEICHEN FÜR EINE INDUSTRIELLE ERHOLUNG MEHREN SICH

Die deutsche Wirtschaftsleistung hat zu Jahresbeginn um 0,2% zugelegt (vgl. Tab. 2.7). In seiner Frühjahrsprognose 2024 ging das ifo Institut – unter damaligem Informationsstand – eher von einer Stagnation aus

(Wollmershäuser et al. 2024). Seither haben sich im Verlauf des ersten Quartals allerdings eine Vielzahl an Indikatoren teils deutlich verbessert. Einen wesentlichen Beitrag zur Expansion im ersten Vierteljahr leistete das Baugewerbe, das insbesondere aufgrund der milden Witterung seine Produktion deutlich ausweiten konnte. Weiterhin legte die Wertschöpfung der öffentlichen Dienstleister kräftig zu. Möglicherweise spielte hier der deutlich erhöhte Krankenstand eine entscheidende Rolle, der die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigen ließ; vom Staatskonsum gingen allerdings negative Impulse aus.

Auch die deutsche Industrie konnte zu Jahresbeginn nach drei rückläufigen Quartalen in Folge ihre Wertschöpfung ausweiten. Dieser Anstieg war maßgeblich durch die energieintensiven Wirtschaftsbereiche getrieben ist, deren Produktion um 4,3% gegenüber dem Schlussquartal des Vorjahres expandierte, während der Ausstoß der übrigen Industriebereiche um 0,3% nachgegeben hat (vgl. Abb. 2.6). In den energieintensiven Wirtschaftsbereichen dürfte u. a. die günstige Entwicklung der Strompreise einen wesentlichen Teil der Erholung erklären. Laut BDEW-Strompreisanalyse vom Februar 2024 lagen die Industriestrompreise, sowohl in durchschnittlicher Betrachtung als auch bei der mittelspannungsseitigen Versorgung für Neuabschlüsse, bereits wieder nahe dem Niveau der Jahre 2020/2021. Im Zuge der Verbilligung von

Tab. 2.7

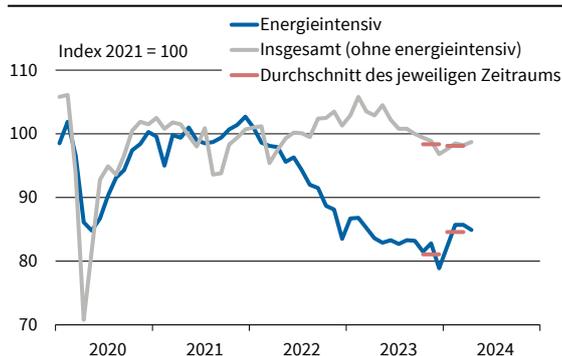
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

	2023				2024				2025				2023	2024	2025
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a												Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	-0,2	0,4	1,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,4	-0,1	0,1	-0,5	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,1	0,4	1,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,4	-0,6	-1,5	-0,7	-0,4	0,4	0,7	1,0	0,8	0,7	0,6	0,5	-1,5	-1,1	2,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,7	-0,0	-1,1	-1,7	0,2	0,6	0,7	1,0	0,9	0,7	0,6	0,5	-0,1	-0,7	3,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-1,0	-4,3	-4,3	6,6	-4,6	-1,2	0,6	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	-9,5	-3,7	0,3
Baugewerbe	3,2	0,1	0,0	-2,0	2,5	-0,8	-0,6	-0,5	-0,2	0,1	0,3	0,4	-0,4	-0,1	-0,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,8	0,0	1,3	-1,3	0,4	0,4	0,8	0,8	0,6	0,5	0,4	0,3	-1,0	1,0	2,1
Information und Kommunikation	0,0	1,8	1,0	0,2	-0,9	0,4	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	2,8	1,1	2,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,7	-0,7	0,8	-0,9	-0,2	0,4	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	-1,1	-0,2	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,3	0,8	-0,6	0,7	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	1,1	1,0	1,0
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,4	0,3	0,5	-0,4	0,6	0,7	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	0,5	1,2	1,7
Öffentliche Dienstleister	1,2	-0,5	0,1	0,2	1,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	1,4	1,4	0,7
Sonstige Dienstleister	2,7	0,2	1,2	-0,4	0,9	0,3	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	2,0	1,7	0,8

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt. ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitt.

Abb. 2.6

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe
Saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

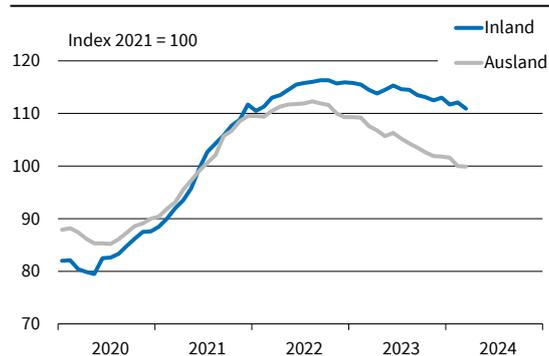
Energie und Strom scheinen einige bestehende Aufträge wieder lukrativ und produktionsrelevant zu werden, was gleichzeitig die Auftragsbestände abschmelzen ließ (vgl. Abb. 2.7). Dabei ist der Rückgang bei den Auftragsbeständen aus dem Ausland besonders auffällig, was zumindest teilweise die zuletzt beobachtete kräftige Erholung der Exporte erklären dürfte.

Im zweiten Quartal 2024 dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung um 0,3% und damit nur wenig schneller als zu Jahresbeginn zulegen. Das Nowcasting-Modell des ifo Instituts (ifoCAST) legt mit 0,4% (Stand: 7. Juli 2024) eine ähnliche Zuwachsrate nahe (Lehmann et al. 2020). Hiervon wird geringfügig nach unten abgewichen, da sich zentrale Frühindikatoren wie das ifo Geschäftsklima Deutschland zuletzt nur zögerlich erholten.

Gestützt werden dürfte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2024 durch das Verarbeitende Gewerbe, das allmählich auf einen Wachstumskurs einschlagen dürfte. Im April lag die Produktion mit 0,6% über dem Durchschnitt des ersten Vierteljahres 2024. Die energieintensiven Produktionsbereiche werden ihre Erholung aller Voraussicht nach fortsetzen, wofür die weiterhin hohen Auftragsbestände sprechen. Darüber hinaus hat sich der Auftragsrückgang der energieintensiven Wirtschaftsbereiche zuletzt stabilisiert. Dennoch dürften Teile der Produktion dauerhaft verlagert worden sein, so dass im Prognosezeitraum nicht von einer vollständigen Erholung auf das Produktionsniveau von vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine auszugehen ist. Für den Fahrzeugbau zeichnet sich ebenfalls eine einsetzende Erholung ab, da auch hier die Auftragseingänge die Talsohle erreicht haben dürften. Jedoch dürfte es im Mai 2024 zu einem Rücksetzer der Produktion kommen, da Teile eines großen Elektroautoherstellers für eine gewisse Zeit stillstanden. Einziges Sorgenkind bleibt der Maschinenbau: Sowohl bei der Produktion als auch den Auftragseingängen zeichnet sich noch keine Trendwende ab. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Erholung in der Industrie im zweiten Quartal des laufenden Jahres fortsetzen

Abb. 2.7

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
Preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

und die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 0,6% expandieren dürfte.

Die konjunkturellen Vorzeichen für das Baugewerbe stehen weiterhin auf Abschwung, was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2024 belasten dürfte. Beim Rückgang der Baugenehmigungen deutet sich weiterhin keine Trendwende an und die Produktion ist im April, nach den witterungsbedingten Anstiegen zu Jahresbeginn, um 1,7% unter den Durchschnitt des ersten Quartals gesunken. Zudem zeigt sich kein endgültiger Bruch der Stornierungswelle. Insgesamt wird die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im zweiten Vierteljahr voraussichtlich um 0,8% sinken.

Die konsumnahen Dienstleister dürften allmählich vom Anstieg der privaten Konsumausgaben profitieren. Das Gastgewerbe, und hier insbesondere der Tourismus, dürfte kurzfristig von der Fußballeuropameisterschaft profitieren, wenngleich sich dieser Effekte dann im anschließenden Vierteljahr wieder aufhebt. Für die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister liefert die industrielle Erholung wichtige Impulse. Die öffentlichen Dienstleister werden wohl nur verhalten expandieren.

Im dritten Quartal 2024 dürfte sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung etwas auf 0,4% beschleunigen. Sowohl der ifoCAST als auch der beständige Anstieg der ifo Geschäftserwartungen deuten darauf hin. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte seine Erholung fortsetzen. Einerseits sprechen die hohen Auftragsbestände für eine anhaltende Expansion. Andererseits dürfte das Auslandsgeschäft zunächst maßgeblich zur Erholung beitragen. Während die Neuaufträge aus dem Ausland (ohne Großaufträge) zuletzt gestiegen sind, lässt die Trendwende bei den Neuaufträgen aus dem Inland weiter auf sich warten. Scheinbar sind es insbesondere ausländische Kunden, die nach dem Abbau alter Auftragsbestände nun zunehmend neue Aufträge an die deutsche Industrie vergeben. Im Baugewerbe dürfte sich der Rückgang weiter fortsetzen, da die Baukosten nur allmählich etwas nachgeben und die infolge der Zinswende gesunkenen Finanzierungskosten die hohen Baukosten

Tab. 2.8

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2022	2023	2024	2025
Statistischer Überhang ^a	0,9	-0,2	-0,3	0,7
Jahresverlaufsrate ^b	0,8	-0,2	1,4	1,5
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,9	0,0	0,4	1,7
Kalendereffekt ^c	-0,1	-0,2	0,0	-0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,8	-0,2	0,4	1,5

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

nicht ausgleichen können. Der private Konsum wird voraussichtlich die konsumnahen Dienstleister stützen und verstärkt zur konjunkturellen Expansion beitragen. Die unternehmensnahen Dienstleister dürften im Fahrwasser der Industrie ebenfalls weiter zulegen.

Bis zum Jahresende ist von einer weiteren Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auszugehen, bevor sich die Zuwachsraten im Zuge der demografischen Entwicklung verlangsamen werden und am Ende des Prognosezeitraums nur knapp über der Potenzialrate liegen dürften. Sowohl die Industrie als auch die konsumnahen Dienstleister tragen die konjunkturelle Erholung. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte sich nur allmählich stabilisieren und dann mit recht moderaten Raten zulegen.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2024 wohl um 0,4% steigen, was auch der kalenderbereinigten Rate entspricht (vgl. Tab. 2.8). Im Jahr 2025 dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um 1,5% zulegen; dabei fällt der Kalendereffekt spürbar aus und die kalenderbereinigte Rate dürfte sich auf 1,7% belaufen.

2.8. AUSSENHANDEL IM AUFSCHWUNG

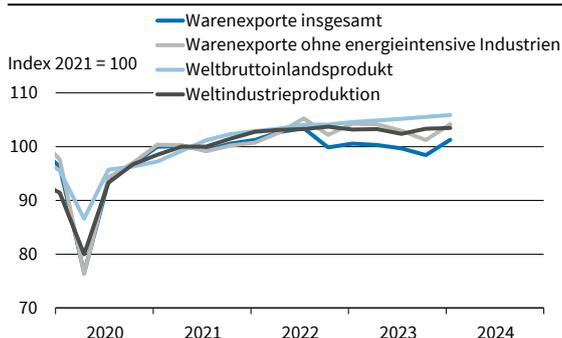
Der deutsche Außenhandel startete mit einer kräftigen Belebung in das laufende Jahr. Nachdem die Exporte seit Ende des Jahres 2022 fast kontinuierlich gesunken sind und somit spürbar unter den vielfältigen wirtschaftlichen und geopolitischen Krisen litten, legten

sie im ersten Quartal 2024 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 1,1% im Vergleich zum Vorquartal zu. Insbesondere die Warenausfuhren expandierten kräftig um 2,1% und damit erstmals seit fünf Quartalen wieder im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Aktivität (vgl. Abb. 2.8 sowie Box »Zur Exportlücke«). Zum einen setzte das Exportgeschäft der energieintensiven Wirtschaftszweige seine Erholung fort. So waren ihre Wachstumsbeiträge zu den gesamten Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels bereits das dritte Quartal in Folge positiv (vgl. Abb. 2.9). Zum anderen wurden auch im übrigen Verarbeitenden Gewerbe vermehrt Aufträge abgearbeitet, da insbesondere die Auftragsbestände aus dem Ausland spürbar zurückgegangen sind (vgl. Abb. 2.7). Diese scheinen im Zuge der Verbilligung von Energie und Strom wieder lukrativ und produktionsrelevant geworden zu sein. Schließlich dürften die Warenausfuhren auch durch Großaufträge eines französischen Flugzeugbauers stimuliert worden sein, die am Ende des vergangenen Jahres eingegangen sind und seit Beginn dieses Jahres abgearbeitet werden. Die Dienstleistungsexporte sind im ersten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt deutlich um 2,9% zurückgegangen und setzten den nunmehr seit einem Jahr andauernden Abwärtstrend fort. Dabei gaben vor allem die konsumnahen Dienstleistungen wie zum Beispiel der Reiseverkehr nach, die sich aufgrund von späten Nachholeffekten aus der Pandemie auf einem ohnehin hohen Niveau befanden.

Abb. 2.8

Warenexporte und weltwirtschaftliche Aktivität

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



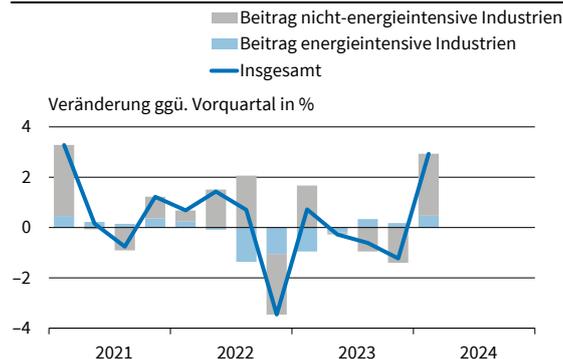
Quelle: UNIDO; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.9

Warenexporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ZUR EXPORTLÜCKE

Typischerweise verändern sich die deutschen Warenexporte im Einklang mit der Weltkonjunktur. Nimmt die Weltproduktion zu, steigt auch die Nachfrage nach deutschen Exportgütern; gleiches gilt umgekehrt. Seit dem Jahr 2021 jedoch durchliefen die deutschen Warenexporte eine außergewöhnliche Schwächephase. Während das Weltbruttoinlandsprodukt um etwa 5% expandierte, bewegten sich die deutschen Ausfuhren (preisbereinigt) kaum von der Stelle (vgl. Abb. 2.8).

Eine Erklärung für diese sogenannte Exportlücke liefert die Schwäche der globalen Industriekonjunktur. So war die Erholung von der Corona-Pandemie weltweit durch eine sehr dynamische Normalisierung der Aktivität in den Dienstleistungsbereichen geprägt, die wenig handelsintensiv war. Entsprechend überzeichnete das Weltbruttoinlandsprodukt die für die Exportentwicklung relevante weltwirtschaftliche Aktivität. Besser geeignet für eine exportorientierte Industriena-tion wie Deutschland dürfte daher die Weltindustrieproduktion sein, die seit dem Jahr 2021 nur um 3,5% und damit weniger als das Weltbruttoinlandsprodukt zulegen konnte. Die Weltindustrieproduktion wurde ausgehend von den monatlichen (preis-, saison- und kalenderbereinigten) Produktionsindizes in den wichtigsten deutschen Exportländern berechnet, wobei die einzelnen Länder mit dem Anteil der Warenexporte in die jeweiligen Länder gewichtet wurden.

Um zu überprüfen, ob die Exportlücke tatsächlich nur auf die starke Erholung der Dienstleistungsbereiche in den vergangenen Jahren zurückzuführen ist, wurde mit Hilfe eines dynamischen Zeitreihenmodells der historische Zusammenhang zwischen den deutschen Warenexporten und der Weltindustrieproduktion (sowie dem Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit) geschätzt und ein kontrafaktischer Verlauf der deutschen Warenexporte erstellt, der sich ausgehend von der tatsächlichen Entwicklung der Weltindustrieproduktion seit dem Jahr 2020 und erstellt einen kontrafaktischen Verlauf ab dem ersten Quartal 2021, so zeigt sich ein deutliches Auseinanderklaffen der realisierten von den erwarteten kontrafaktischen Warenexporten (vgl. Abb. 2.13 A.). Diese anfängliche Exportlücke ist zu einem Zeitpunkt entstanden, als die Warenausfuhren nach China nach einem jahrelangen Aufwärtstrend plötzlich einbrachen und seitdem im Trend sinken (vgl. Abb. 2.13 B.). Die zunehmende Fähigkeit Chinas, die zur Fertigung von Maschinen und Anlagen benötigten Vorleistungs- und Investitionsgüter selbst zu produzieren, hat zu einem Rückgang der chinesischen Nachfrage nach diesen traditionell aus Deutschland im-

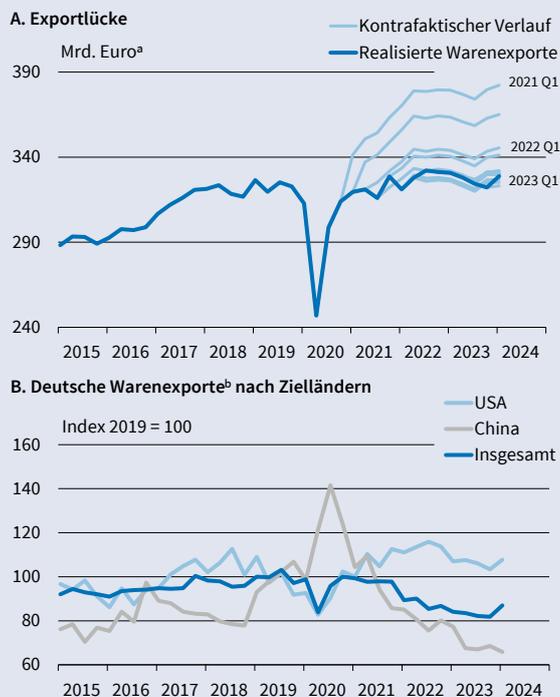
portierten Waren geführt, der das Welthandelsgefüge strukturell verändert hat (Stamer 2023). Aus deutscher Sicht ist somit ein wichtiger Exportmarkt strukturell kleiner geworden, was sich in den Fortschreibungen des Zeitreihenmodells als Exportlücke zeigte.

Die Schätzungen des Zeitreihenmodells wurden anschließend jeweils um ein Quartal erweitert und kontrafaktische Verläufe der Warenexporte errechnet. Zwar wurden die Differenzen zwischen den realisierten und den kontrafaktischen Warenexporten geringer. Dennoch bleibt auch bei den Fortschreibungen, die im Jahr 2022 beginnen, ein Exportlücke bestehen. Hier dürften sich der Wegfall der Exporte niedergeschlagen haben, die im Zuge der Energiekrise von Teilen der energieintensiven Industrien ins Ausland verlagert wurden (Wollmershäuser et al. 2023b). Seit dem vergangenen Jahr ist die Differenz zwischen den realisierten und den kontrafaktischen Warenexporten weitgehend verschwunden und die deutschen Warenexporte entwickeln sich im Einklang mit der Weltindustrieproduktion. Für die vorliegende Prognose wurde angenommen, dass dieser Zusammenhang im weiteren Verlauf Bestand haben wird.

Abb. 2.13

Warenexporte

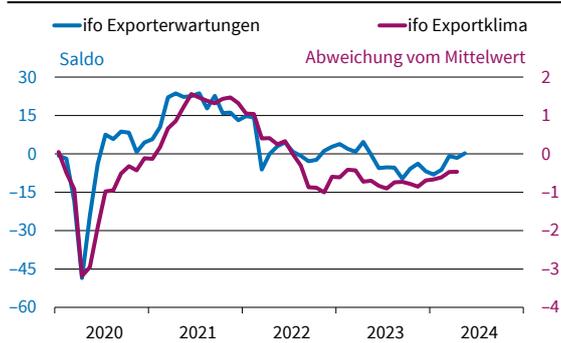
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Verkettete Volumenangaben. ^b Metrische Tonnen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; UNIDO; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.10

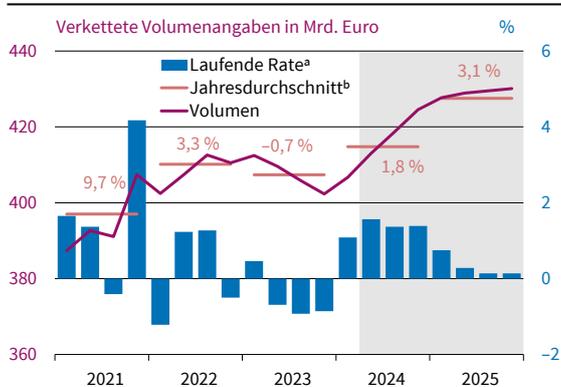
Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.11

Exporte
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

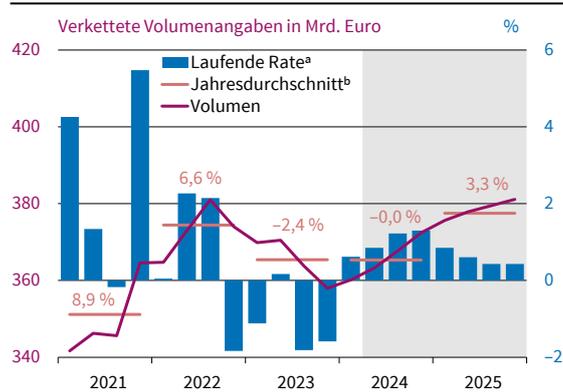


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Im laufenden Quartal werden die Warenexporte weiter zulegen. Darauf deuten die Außenhandelszahlen in Abgrenzung des Spezialhandels für den

Abb. 2.12

Importe
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Monat April hin. Demnach stiegen die Warenexporte im Vergleich zum März preisbereinigt um 1,5%. Auch die ifo Exporterwartungen der deutschen Industrieunternehmen sind weiter gestiegen und haben im Mai erstmals seit einem Jahr wieder einen positiven Saldo erreicht (vgl. Abb. 2.10). Hierin dürfte sich die Erwartung niederschlagen, dass die Weltwirtschaft und insbesondere die globale Industrieproduktion ihre Expansion fortsetzen werden. Davon werden auch die Dienstleistungsexporte profitieren, die im laufenden Quartal zusätzliche Impulse von der in Deutschland ausgetragenen Fußball Europameisterschaft erhalten dürften. Sollten ähnliche Besucherzahlen zu verzeichnen sein, wie bei der Heimweltmeisterschaft im Jahr 2006, dürften die Dienstleistungsexporte durch die Europameisterschaft im zweiten Quartal um 1,3 Prozentpunkte stärker zulegen im Vergleich zum Vorquartal (vgl. Box »Zur Prognose der Dienstleistungsexporte und den Auswirkungen der Fußball Europameisterschaft 2024«). Der Effekt ist jedoch nur kurzlebig, so

ZUR PROGNOSE DER DIENSTLEISTUNGSEXPORTE UND DEN AUSWIRKUNGEN DER FUSSBALLEUROPEMEISTERSCHAFT 2024

Die Bedeutung des Handels mit Dienstleistungen nimmt weltweit zu. Deutschland ist nach den USA und dem Vereinigten Königreich der weltweit drittgrößte Exporteur von Dienstleistungen. Innerhalb der vergangenen 20 Jahre ist der Anteil der Dienstleistungsexporte von 15% auf zuletzt 20% der gesamten deutschen Ausfuhren gestiegen. Davon entfielen 75% auf Transportdienstleistungen (z.B. Speditionen), unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Unternehmensberatungen, Softwareentwickler) sowie Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum. Der Reiseverkehr, in dem Zahlungen im Zusammenhang mit dem Tourismus verbucht werden, macht etwa ein

Zehntel der gesamten Dienstleistungsexporte aus.

Aufgrund dieser zunehmenden Bedeutung wurde am ifo Institut ein vektorautoregressives Zeitreihenmodell (VAR) mit gemischten Frequenzen entwickelt und geschätzt, das sowohl zur Diagnose als auch zur Prognose der vierteljährlichen preis-, saison- und kalenderbereinigten Dienstleistungsexporte verwendet werden kann. Als Variablen fließen in das Modell zusätzlich zwei monatliche Indikatoren der Tourismusstatistik (Anzahl der in Beherbergungsbetrieben registrierten ausländischen Personen und Anzahl ihrer Übernachtungen) sowie die nominalen Umsätze des Dienstleistungsverkehrs und des Reiseverkehrs aus

der Zahlungsbilanzstatistik ein. Außerdem werden die preisbereinigten monatlichen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels und die ifo Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes berücksichtigt, da Dienstleistungen im Rahmen der Warenproduktion und -ausfuhr eine komplementäre Stellung einnehmen. Schließlich werden die Modellprognosen auf die unterstellte vierteljährliche Entwicklung des nach deutschen Exportanteilen gewichteten Weltbruttoinlandsprodukts bedingt, um die Abhängigkeit der Nachfrage nach deutschen Dienstleistungen an die weltwirtschaftliche Aktivität zu koppeln.

Für die vorliegende Prognose wurde das Modell auch verwendet, um die Auswirkungen der Fußball-europameisterschaft 2024, die vom 14. Juni bis 14. Juli 2024 in Deutschland stattfindet, auf die deutsche Konjunktur und insbesondere die Dienstleistungsexporte über den Zustrom von ausländischen Touristen zu schätzen. Dabei wird auf die Erfahrungen aus dem Jahr 2006 zurückgegriffen, als Deutschland vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 die Fußballweltmeisterschaft austrug. Damals stieg im Juni die Anzahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland in Beherbergungsbetrieben in Deutschland kräftig um jeweils etwa 20% im Vergleich zum Vormonat. Der Zustrom hielt allerdings nur kurz an, denn bereits im Juli gingen die Zahlen fast ebenso stark zurück. Dieser »WM-Effekt« wurde im Rahmen eines autoregressiven univariaten Modells für die Vormonatsveränderungsraten der Ankünfte bzw. Übernachtungen von ausländischen Gästen als einmalige Dummyvariable im Juni 2006 geschätzt. Mit Hilfe des Modells wurden anschließend die Ankünfte und Übernachtungen von ausländischen Personen ab April 2024 fortgeschrieben. Dabei wurde beim »EM-Szenario« der Dummy auch im Juni 2024 gleich eins und im »Nicht-EM-Szenario« auf null gesetzt. Somit wurde unterstellt, dass bei der EM in diesem Jahr ein ähnlicher Anstieg der Besucherzahlen ausländischer Gäste zu erwarten ist wie bei der WM 2006. Insgesamt dürfte demnach mit gut 600 000 zusätzlichen ausländischen Touristen und 1,5 Mio. zusätzlichen Übernachtungen während der Spielzeit gerechnet werden. Zwar ist die EM gemessen an der Anzahl der Spiele und der teilnehmenden

Mannschaften ein kleineres Ereignis als die WM.¹ Daher könnte es sein, dass die Übernachtungszahlen von ausländischen Gästen bei der Europameisterschaft etwas geringer ausfallen. Allerdings dürften europäische Gäste eine höhere Kaufkraft als außereuropäische Gäste (insbesondere jene aus Schwellenländern) haben und damit die Ausgaben pro Gast, die bei den Dienstleistungsexporten verbucht werden, vergleichsweise höher ausfallen.

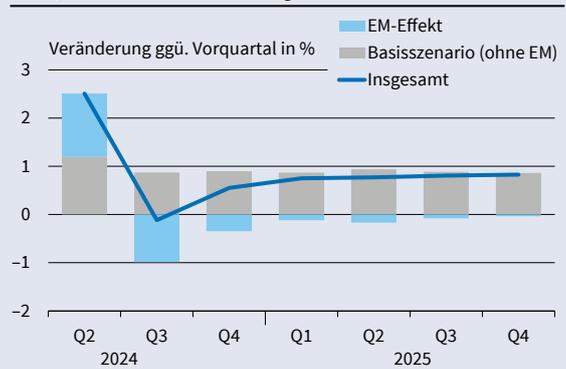
Im nächsten Schritt wurde jeweils eine bedingte Prognose der Dienstleistungsexporte für das EM-Szenario und für das Nicht-EM-Szenario mit Hilfe des oben beschriebenen Prognosemodells erstellt. Die Differenz der bedingten Prognosereihen ergibt den »EM-Effekt«, wobei die dynamischen Beziehungen aller endogenen Größen berücksichtigt wurden. Demnach dürften die Dienstleistungsexporte durch die Europameisterschaft im zweiten Quartal um 1,3 Prozentpunkte stärker zulegen im Vergleich zum Vorquartal (vgl. Abb. 2.14). Dies entspricht preisbereinigten Mehrausgaben im Umfang von etwa 1 Mrd. Euro oder 0,1% der gesamten Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal. Der Effekt ist jedoch nur kurzlebig, so dass die Dienstleistungsexporte durch heimkehrende Touristen nach Ende der Europameisterschaft im dritten Quartal wieder sinken und unterm Strich gleichbleiben dürften.

¹ An der WM im Jahr 2006 nahmen 32 Mannschaften teil und es gab 64 Spiele an insgesamt zwölf Austragungsorten. Bei der EM in diesem Jahr nehmen 24 Mannschaften teil und es gibt 51 Spiele an zehn Austragungsorten.

Abb. 2.14

Prognose der Dienstleistungsexporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

dass die Dienstleistungsexporte durch heimkehrende Touristen nach Ende der Europameisterschaft im dritten Quartal wieder sinken und unter dem Strich gleichbleiben dürften.

Insgesamt dürften die Ausfuhren im zweiten Quartal um 1,6% im Vergleich zum Vorquartal zulegen. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Exporte im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Aktivität expandieren. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem Jahr um 1,8% und im kommenden Jahr um 3,1% steigen (vgl. Abb. 2.11).

Auch die Importe konnten von der Belegung des Außenhandels zu Jahresbeginn profitieren. Preisbereinigt stiegen sie um 0,6% im Vergleich zum Vorquartal. Dabei verzeichneten die kurzlebigen Konsumgüter mit einem Plus von 5,8% den größten Zuwachs. Im laufenden Quartal dürften die Importe ähnlich moderat wie im Vorquartal steigen. Im April stiegen die Warenimporte in Abgrenzung des Spezialhandels bereits um 1,7%. Auch beim Stimmungsbild der wichtigsten nach Deutschland exportierenden Länder deuten die aktuellen Werte des ifo Importklimas auf eine allmäh-

liche Verbesserung hin. Im Einklang mit der Entwicklung der Ausfuhren sowie der Erholung beim privaten Konsum dürften auch die Einfuhren ab der zweiten Jahreshälfte weiter zulegen und sich im weiteren Prognosezeitraum normalisieren. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Einfuhr in diesem Jahr stagnieren und im kommenden Jahr um 3,3% steigen (vgl. Abb. 2.12).

Der Außenbeitrag, d. h. der Beitrag der Nettoexporte zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, wird in diesem Jahr rein rechnerisch bei +0,9 Prozentpunkten liegen (vgl. Tab. 2.9). Im kommenden Jahr wird er dann auf +0,1 Prozentpunkte zurückgehen. Die vollständige Saldierung der Exporte mit den Importen ist allerdings ökonomisch wenig aussagekräftig, da dabei angenommen wird, dass alle Importe vollständig auf die Exporte entfallen. Allerdings fließen Importe auch in alle anderen Verwendungskomponenten. Um daher eine realistischere Einschätzung des Einflusses der Exporte auf die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu erhalten, werden die Ausfuhren und alle übrigen Verwendungskomponenten separat importbereinigt und im Anschluss die Wachstumsbeiträge berechnet.¹ Der importbereinigte Wachstumsbeitrag der Exporte legt nahe, dass das Auslandsgeschäft in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils +0,6% positiv zum Bruttoinlandsprodukt beitragen dürfte und damit ein wesentlicher Treiber der konjunkturellen Erholung sein wird.

Die Terms of Trade sind im ersten Quartal um 0,9% im Vergleich zum Vorquartal gestiegen. Vor allem die Importpreise sind spürbar zurückgegangen,

während die Exportpreise annähernd stagnierten. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Export- und Importpreise ausgehend von den Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen der vorliegenden Prognose weitgehend stagnieren, wodurch sich die Terms of Trade stabilisieren werden. Insgesamt ergibt sich eine Verbesserung der Terms of Trade von 1,1% in diesem Jahr und eine geringfügige Verschlechterung von 0,2% im kommenden Jahr. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird sich im laufenden Jahr auf 312,4 Mrd. Euro und im Jahr 2025 etwas niedriger auf 305,7 Mrd. Euro belaufen. Ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt bedeutet es 7,3% in diesem sowie 7,0% im kommenden Jahr (vgl. Tab. 2.1).

2.9. UNTERNEHMENSINVESTITIONEN IM ABSCHWUNG

Die Unternehmensinvestitionen waren im Winterhalbjahr rückläufig; nach einem schwachen Schlussquartal des Vorjahres (-1,4%) folgte zu Jahresbeginn mit -1,9% ein weiterer deutlicher Rückgang. Ursächlich für die schwache Entwicklung war insbesondere ein Einbruch bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen, die in den beiden Quartalen um 4,6% bzw. 1,8% zurückgegangen sind. Die weltweit schwache Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern sowie die laut DIHK-Umfrage außerordentlich hohe Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dürften dazu geführt haben, dass Investitionen gestrichen oder verschoben wurden. Darauf deuten nicht nur die seit nunmehr drei Quartalen rückläufigen Umsätze und Produktionszahlen der Investitionsgüterhersteller hin, sondern auch der anhaltende Einbruch der Auftragseingänge (ohne Großaufträge). Das stark eingetrübte Investitionsklima dürfte auch

¹ Hierfür werden zunächst die jährlichen Importanteile der Verwendungskomponenten mithilfe der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts berechnet. Im Anschluss wird jede Verwendungskomponente jeweils um ihren eigenen Importanteil bereinigt, bevor Zuwachsraten sowie Wachstumsbeiträge abgeleitet werden (Lehmann und Wollmershäuser 2018).

Tab. 2.9

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	-0,6	0,4	1,2	1,4	-0,2	0,4	0,8
Private Konsumausgaben	1,9	-0,4	0,2	0,9	1,2	-0,1	0,2	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,3	-0,2	0,2	0,3	0,2	-0,2	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	-0,2	-0,2	0,4	-0,2	0,0	-0,1	0,2
Bauten	-0,2	-0,3	-0,1	0,0				
Ausrüstungen	0,3	0,2	-0,1	0,3				
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,1				
Vorratsveränderungen	0,7	-0,3	-0,7	-0,1	0,4	-0,2	-0,5	-0,1
Letzte inländische Verwendung	3,0	-1,0	-0,5	1,5	1,6	-0,4	-0,2	0,9
Außenbeitrag	-1,2	0,8	0,9	0,1				
Exporte	1,6	-0,3	0,9	1,5	0,2	0,2	0,6	0,6
Importe	-2,8	1,2	0,0	-1,4				
Bruttoinlandsprodukt^b	1,8	-0,2	0,4	1,5	1,8	-0,2	0,4	1,5

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

hinter dem deutlichen Rückgang der Investitionen in sonstige Anlagen zu Jahresbeginn stehen (-3,1%). Die gewerblichen Investitionen in Nichtwohnbauten entwickelten sich hingegen volatil: Einem starken vierten Quartal 2023 (1,3%) folgte ein trotz milder Witterung überraschend schwaches erstes Quartal 2024 (-1,0%).

Seit Jahresbeginn ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit im Vergleich zum außergewöhnlich hohen Niveau des Vorjahres etwas zurückgegangen, zudem fällt es den Unternehmern laut ifo Konjunkturumfragen leichter, ihre zukünftige Geschäftsentwicklung einzuschätzen. Gleichzeitig ist die Produktion der Investitionsgüterhersteller seit Februar aufwärtsgerichtet und konnte auch im April leicht zulegen (0,8%). Dennoch überwiegen für das laufende Quartal die negativen Signale: So haben die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im April ihren Rückgang fortgesetzt (-0,9%). Auch trübte sich die Einschätzung der Geschäftslage der Investitionsgüterproduzenten weiter ein und erstmals seit Anfang 2021 war im April der Anteil der Unternehmen, der die Lage als schlecht bewertete, größer als der Anteil, der sie als gut einschätzte (-0,25 Saldenpunkte). Im Mai sank der Saldo erneut (-6,5 Saldenpunkte) (vgl. Abb. 2.15 A.). Zudem waren die kurzfristigen Produktionserwartungen der Hersteller von Investitionsgütern, die sich seit Oktober vergangenen Jahres im negativen Bereich befinden, im Mai erneut rückläufig (-8,8 Saldenpunkte). Schließlich deuten auch die Neuzulassungen gewerblicher

Fahrzeuge zunächst auf keine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Quartal hin. Sowohl im April als auch im Mai wurden weniger Zulassungen erteilt als im Durchschnitt des Vorquartals. Im zweiten Quartal dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen daher um -0,8% zurückgehen.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte die Investitionstätigkeit zunächst noch verhalten bleiben. Darauf deuten die ifo Investitionserwartungen für das laufende Jahr hin, die von 1,2 Saldenpunkten im November auf -0,1 Saldenpunkte im März gefallen sind. Besonders stark war der Rückgang in dem für die Investitionsgüterproduktion bedeutsamen Verarbeitenden Gewerbe. Entsprechend beurteilen die Investitionsgüterhersteller ihre Auftragslage bis zuletzt immer schlechter. So ist laut ifo Konjunkturumfragen am aktuellen Rand fast jedes dritte Unternehmen von Auftragsmangel betroffen. Im April konnten die Auftragseingänge erstmals in diesem Jahr wieder zulegen (2,6%). Dieses Anzeichen einer möglichen Nachfragebelebung könnte erklären, warum sich die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller seit März kontinuierlich verbessern: Nach -31,6 Punkten im Februar lag der Saldo im Mai bei -10,6 Punkten. Da perspektivisch mit einem weiteren Rückgang der Unsicherheit gerechnet wird und auch der Materialmangel, über den noch immer mehr als 20% der Investitionsgüterhersteller klagen, weiter zurückgehen dürfte, werden die Ausrüstungsinvestitionen im Zuge der konjunkturellen Erholung wohl gegen Jahresende wieder an Fahrt gewinnen.

Die unternehmerischen Investitionen im Hoch- und Tiefbau entwickeln sich bereits seit mehreren Quartalen gegenläufig: Während die Auftragsbestände im Tiefbau aufgrund von Großprojekten für den Ausbau des Schienennetzes und der Kabeltrassen bis zum ersten Quartal des laufenden Jahres stetig zunahm, brachen die Aufträge im gewerblichen Hochbau aufgrund des eingetrübten Investitionsklimas ein. Auch die Produktion im Tiefbau ging nach einem starken ersten Quartal im April mit 4,5% deutlich zurück, im Hochbau sank sie ebenfalls um 2,3%. Zusätzlich lässt auch die auf niedrigem Niveau stagnierende Beurteilung der Geschäftslage durch die Unternehmen im Wirtschaftsbau (Saldo von -23,5 im Mai) noch keine Erholung im laufenden Quartal erwarten. Die langfristigen Geschäftserwartungen sind im Mai zwar noch deutlich negativ (Saldo von -54,9), haben sich aber gegenüber dem Vorquartalsdurchschnitt (Saldo von -54,9) deutlich aufgehellt. Im laufenden Quartal dürften die Investitionen im Wirtschaftsbau dementsprechend mit -0,5% erneut zurückgehen, bevor sie im weiteren Prognoseverlauf aufgrund der guten Auftragslage des Tiefbaus langsam ausgeweitet werden.

Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal zunächst um 0,5% zurückgehen, bevor sie im dritten und vierten Quartal wieder um 0,2% bzw. 1,1% zulegen. Im Durchschnitt des

Abb. 2.15
Investitionsgüterhersteller

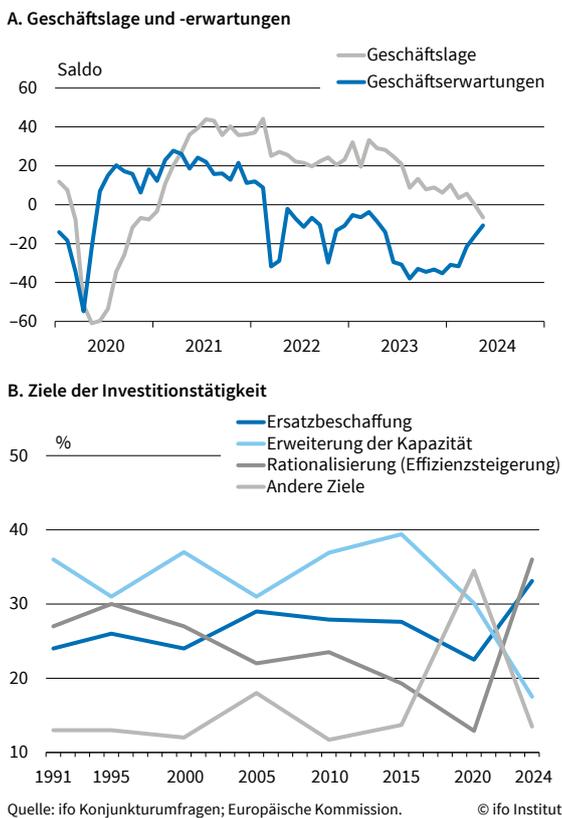
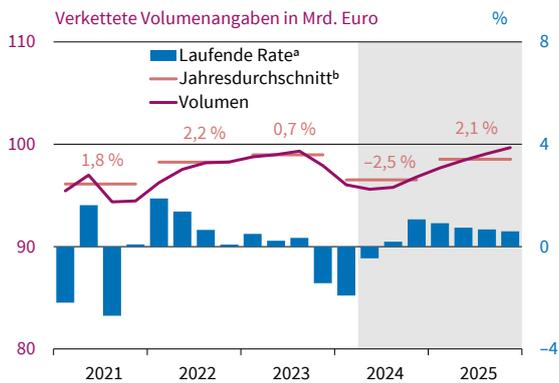


Abb. 2.16

Unternehmensinvestitionen
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

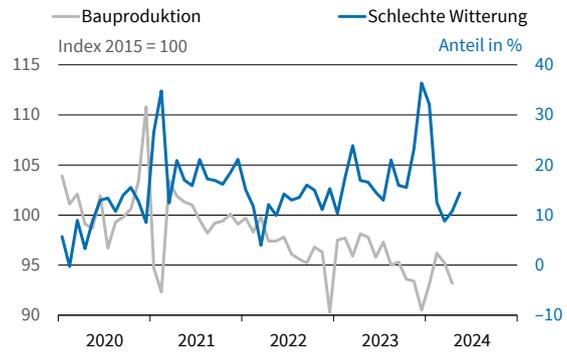
Jahres 2024 ergibt sich damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2,5%. Im Jahr 2025 dürften die Unternehmensinvestitionen dann im Zuge der Erholung um 2,1% höher liegen als in diesem Jahr (vgl. Abb. 2.16).

Dabei dürfte sich der Wandel der Investitionsmotive fortsetzen. Bereits seit dem Jahr 2017 verliert die Kapazitätserweiterung an Bedeutung (vgl. Abb. 2.15 B.). Vermutlich vor dem Hintergrund des fortschreitenden Strukturwandels in der deutschen Industrie haben zunächst andere Investitionsziele an Bedeutung gewonnen, zu denen unter anderem Investitionen in die Digitalisierung zählen dürften. Infolge der Pandemie sowie der Energiekrise gewannen zudem ab dem Jahr 2021 sowohl Ersatzbeschaffungen als auch Rationalisierungen zur Effizienzsteigerung an Bedeutung. Während letztere Motive am aktuellen Rand historische Höchststände erreichen, markiert das Ziel der Kapazitätserweiterung einen Tiefstand. Da die Unternehmen laut ifo Umfrage zunehmend den Fachkräftemangel als Produktionshemmnis beklagen, dürften Rationalisierungsmaßnahmen wie Investitionen in automatisierte Produktionsanlagen zukünftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Wie auch die Reihe der sonstigen Ziele in Abbildung 2.15 B. andeutet, hat sich die stetige Ausweitung der Investitionen in sonstige Anlagen infolge der Pandemie deutlich verlangsamt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Software und Datenbanken dürften vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung und Dekarbonisierung für die Unternehmen jedoch immer weiter an Bedeutung gewinnen. Die privaten Investitionen in sonstige Anlagen dürften dementsprechend nach einem deutlichen Rückgang zum Jahresauftakt (-3,1%) bereits im laufenden Quartal wieder zulegen und im weiteren Prognoseverlauf die Unternehmensinvestitionen stützen.

Abb. 2.17

Wetter und Produktion im Baugewerbe
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

2.10. GEDÄMPFTE AUSSICHTEN FÜR DIE WOHNBAUINVESTITIONEN

Zu Beginn des Jahres entwickelte sich die Bauwirtschaft in allen Bereichen kräftig, wobei die Wohnbauinvestitionen mit einem Plus von 3,5% hervorstachen. Ursächlich hierfür dürfte die Witterung gewesen sein: Während im Dezember des vergangenen Jahres die schlechten Wetterbedingungen laut ifo Konjunkturumfragen (vgl. Abb. 2.17) die Bautätigkeit deutlich einschränkten, war die Witterung im Februar und März des laufenden Jahres außergewöhnlich mild. Entsprechend konnte der seit über einem Jahr anhaltende Abwärtstrend der Produktion im Baugewerbe im vergangenen Quartal gestoppt werden.

Im laufenden Quartal ist nicht mit einem weiteren Anstieg der Wohnbauinvestitionen zu rechnen. Zum einen dürfte der witterungsbedingte Sonderimpuls entfallen, die Produktionstätigkeit ist laut ifo Konjunkturumfragen im Mai gegenüber den vergangenen drei Monaten deutlich zurückgegangen. Zum anderen verharrt die Geschäftslage der Unternehmen auf niedrigem Niveau (-47,6 Saldenpunkte). Die Hauptursache für die Stimmungseintrübung hat sich seit Beginn des vergangenen Jahres von der Angebots- auf die Nachfrageseite verlagert: Während in den Vorjahren zunächst Materialengpässe infolge der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine die Bautätigkeit der Unternehmen bremsen, steigt der Anteil der Wohnungsbauunternehmen, die über Auftragsmangel klagen, seit nunmehr acht Quartalen kontinuierlich. Im laufenden Quartal liegt er ausweislich der ifo Konjunkturumfragen bei 56,2%. Zwar waren die Auftragseingänge der Wohnungsbauunternehmen sowohl im Februar als auch im März im Vergleich zum Vormonat positiv: Im Vergleich zum Schlussquartal 2023 setzten sie aber ihren seit nunmehr zwei Jahren andauernden Abwärtstrend zunächst fort. Zudem berichten die Unternehmen weiterhin von hohen Stornierungsquoten. Allerdings scheint der stetige Abbau der Auftragsbestände zunächst gestoppt: Während die Auftragsreichweite der Unternehmen den ifo Konjunkturumfragen zufolge im Januar mit 3,2 Monaten

auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2017 lag, konnte sie bis zum aktuellen Rand auf 3,4 Monate zulegen.

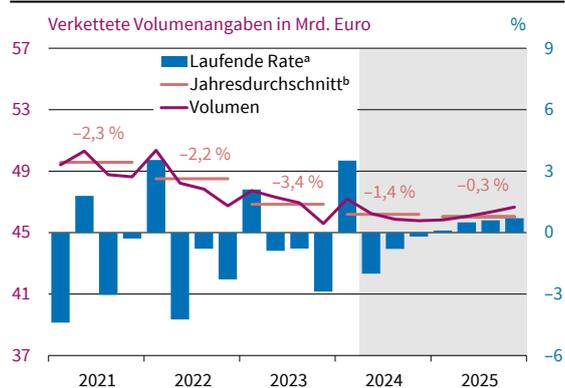
Dennoch ist auch im dritten Quartal des laufenden Jahres zunächst nicht mit einer Ausweitung der Wohnbauinvestitionen zu rechnen. Die Geschäftserwartungen der Wohnungsbaunehmen haben sich seit ihrem historischen Tiefstand im Februar dieses Jahres zwar um 16 Saldenpunkte erholt, befinden sich mit -42,4 Punkten aber immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Effektivzinssatz für Wohnungsbaukredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren ist im vergangenen Quartal erstmals seit der Zinswende im Sommer 2022 gesunken. Parallel haben die neu abgeschlossenen Hypothekenverträge für Wohnungsbaukredite seit Ende des vergangenen Jahres zugenommen, dementsprechend deutet sich seit Jahresbeginn auch eine zaghafte Belebung des Neugeschäftsvolumens der Wohnungsbaukredite an. In das Bild passt, dass sich seit dem Jahresauftakt der Rückgang der Baugenehmigungen abschwächt. In Erwartung einer weiteren Verbesserung der Finanzierungsbedingungen dürften jedoch viele Bauanträge zunächst noch zurückgestellt werden, so dass kurzfristig weiterhin mit einer geringen Investitionstätigkeit beim Wohnungsbau zu rechnen ist.

Die Energiekrise hat bei den meisten Baustoffen zu einem anhaltenden Preisanstieg geführt. Trotz Preisrückgängen bei Materialien wie Stahl und Holz lagen die Materialpreise der meisten Baustoffe im Jahr 2023 über dem Niveau des Jahres 2021: Beispielsweise ist der Stahlpreis in diesem Zeitraum um gut 55% gestiegen. Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden, der zwischen 2020 und 2023 um fast 45% gestiegen war, wies in der zweiten Jahreshälfte 2023 nur noch moderate Preissteigerungen von 0,3 bzw. 0,4% im Vergleich zum Vorquartal auf. Im ersten Quartal des laufenden Jahres stieg er jedoch wieder um 1,2%. Auch der Deflator der Wohnungsbauinvestitionen ist zuletzt deutlich gestiegen (+0,9%). Die zunächst anhaltende Nachfrageschwäche und die damit einhergehende geringe Kapazitätsauslastung sowie die in Teilen rückläufigen Materialpreise deuten für den weiteren Prognoseverlauf jedoch auf eine Beruhigung der Preisdynamik hin. Die ifo Preiserwartungen für das Bauhauptgewerbe sind bereits seit einem Jahr negativ. Insgesamt werden die Preise aber bis Ende 2025 auf hohem Niveau verharren. Ursächlich hierfür sind neben den wohl nur leicht nachlassenden Materialkosten die durch den Fachkräftemangel bedingten steigenden Arbeitskosten, die einen Anteil von rund 50% an den gesamten Herstellungskosten im Wohnungsbau haben. Ebenso ist aufgrund des hohen Wohnungsbedarfs bei einem Anziehen der Nachfrage wieder mit höheren Gewinnmargen der Unternehmen zu rechnen. Gemessen am Deflator der Wohnungsbauinvestitionen wird für das laufende Jahr ein weiterer Preisanstieg von 0,7% erwartet, im kommenden Jahr dürften die Preise stagnieren.

Abb. 2.18

Wohnbauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Die Nachfrage nach Wohnraum ist insbesondere in den Ballungsräumen weiterhin hoch und wird aufgrund der Zuwanderung in den kommenden Jahren wohl kaum zurückgehen. Gleichzeitig verfügen die Bauunternehmen über ausreichend freie Kapazitäten. Im weiteren Prognoseverlauf dürften sich die Finanzierungsbedingungen wieder etwas lockern, nachdem die Zinsen für Immobilienkredite am aktuellen Rand leicht gestiegen sind. Die niedrigeren Zinsen, stabile Baupreise und die kräftigen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte werden der Bauwirtschaft dann im Verlauf des kommenden Jahres allmählich wieder auf die Beine helfen. Insgesamt wird für das Jahr 2024 ein Rückgang der Wohnbauinvestitionen um 1,4% erwartet. Aufgrund des hohen statistischen Überhangs dürften sie auch im Jahr 2025 noch einmal um 0,3% zurückgehen (vgl. Abb. 2.18).

**2.11. ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN
 VERHINDERN NOCH KRÄFTIGEREN EINBRUCH
 DER BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN**

Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen konnten im Gegensatz zur Entwicklung der privaten Ausrüstungen über das Winterhalbjahr kräftig expandieren. Der Zuwachs zum Jahresauftakt war mit 15,9% besonders stark. Dahinter dürfte die verstärkte militärische Beschaffung durch das Abrufen von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt sowie dem Sondervermögen Bundeswehr stehen. So wurde unter anderem im Februar ein Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr für Kleidung und persönliche Ausrüstung im Wert von 2,2 Mrd. Euro vom Bundestag gebilligt. Die Investitionen in Rüstungsgüter dürften sich über die kommenden Jahre fortsetzen; so ist laut Bericht des Bundesministeriums für Verteidigung im laufenden Jahr der Abruf von 19,2 Mrd. Euro sowie für das Jahr 2025 von mehr als 20 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen geplant (BMVg 2024). Auch der öffentliche Bau entwickelte sich zu Jahresbeginn stark (+7%). Die aktuell gute

Tab. 2.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2022	2023	2024	2025
Bauten	46,6	-1,8	-2,7	-0,5	0,3
Wohnbauten	28,5	-2,2	-3,4	-1,4	-0,3
Nichtwohnbauten	18,1	-1,1	-1,5	1,0	1,4
Gewerblicher Bau	12,3	-1,6	-2,6	-0,4	1,0
Öffentlicher Bau	5,8	-0,1	0,8	3,8	2,2
Ausrüstungen	34,8	4,0	2,8	-2,1	4,3
Sonstige Anlagen	18,9	-0,7	-0,6	0,1	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	100	0,1	-0,7	-0,9	1,9
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Unternehmensinvestitionen^b</i>	60,3	2,2	0,7	-2,5	2,1

^a Bezogen auf das Jahr 2023. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

finanzielle Lage vieler Kommunen wird die Bautätigkeit über den Jahresverlauf weiter stützen. Zwar lassen die Auftragseingänge im Hochbau am aktuellen Rand nach, die Auftragsbücher sind aber noch gut gefüllt. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürften jedoch Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes die Kassenlage der Kommunen verschlechtern, was zu einer Abschwächung der öffentlichen Bautätigkeit führen dürfte.

Insgesamt dürften im laufenden Jahr die Bruttoanlageinvestitionen, die die Unternehmensinvestitionen, die Investitionen in den Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen zusammenfassen, um 0,9% abnehmen. Dabei verhindert die Ausweitung der öffentlichen Investitionen einen noch kräftigeren Einbruch. Im kommenden Jahr wird mit einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von

1,9% gerechnet (vgl. Tab. 2.10). Dabei hat sich die Zusammensetzung der Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert. Während der Anteil der Bauinvestitionen erneut gesunken ist, konnten die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen ihren Anteil etwas vergrößern.

**2.12. KONSUMLAUNE KEHRT NACH
ÜBERRASCHEMDEM EINBRUCH ALLMÄHLICH
WIEDER ZURÜCK**

Der private Konsum verzeichnete zu Jahresbeginn einen deutlichen Rücksetzer und sank um 0,4% im Vergleich zum Schlussquartal 2023. Dies überraschte vor dem Hintergrund des kräftigen Anstiegs der realen Haushaltseinkommen um 1,4%, die von der Aus-

**ZU DEN AUSWIRKUNGEN VON FLUTKATASTROPHEN
AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG**

Das Hochwasser im Juni 2024 in Süddeutschland ist nach dem Weihnachtshochwasser in Niedersachsen und dem Pfingsthochwasser im Saarland sowie in Rheinland-Pfalz bereits das dritte großflächige Hochwasser in diesem Jahr. Weltweit nehmen Starkregenereignisse zu (Madakumbura 2021). Der Klimawandel begünstigt auch in Deutschland das Auftreten von Wetterlagen, die zu Extremniederschlägen führen können, und erhöht damit die Wahrscheinlichkeit von Hochwasserereignissen und Sturzfluten (Deutscher Wetterdienst 2021). Die ökonomischen Folgen immer häufiger auftretender Starkregenereignisse sind bisher noch nicht umfassend beschrieben worden. Eine Ausnahme bilden Kotz et al. (2021), die den Effekt von Niederschlagsänderungen seit 1979 auf das

Wirtschaftswachstum in 77 Ländern untersuchen. Für Industrieländer können sie einen signifikant negativen Effekt der Anzahl der Regentage und insbesondere der Starkregenereignisse auf die jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts feststellen.

Die ökonomischen Auswirkungen eines Extremwetterereignisses können anhand der ermittelten Folgeschäden beschrieben werden. Trenczek et al. (2022) zeigen, dass Sturzfluten, Hochwasser, Stürme, Hitzeperioden und Dürren über den Zeitraum von 2000 bis 2021 in Deutschland insgesamt Schäden von über 144 Mrd. Euro verursacht haben. Beinahe die Hälfte der Schäden (71,2 Mrd. Euro) sind durch Sturzfluten und Hochwasser verursacht. Extremwetterbedingte Schäden lassen sich in direkte und indirekte Schä-

den unterteilen (Hirschfeld et al. 2021). Während direkte Hochwasserschäden durch die Zerstörung von Kapitalgütern wie Infrastruktur, Gebäuden, Produktionsbeständen oder landwirtschaftlichen Erträgen entstehen, treten indirekte Schäden unter anderem entlang betroffener Wertschöpfungsketten auf: Ist die Produktion eines Zulieferers überschwemmungsbedingt eingestellt, dürfte auch die Produktion nachgelagerter Unternehmen in der Wertschöpfungskette beeinträchtigt sein. Neben monetären Schäden können durch den Verlust kultureller oder ideeller Güter auch nicht monetäre Schäden entstehen. So stürzten infolge des Hochwassers im Juni 2024 Teile der historischen Burgruine Falkenstein in Oberbayern ein.

Die Quantifizierung der Schäden von Extremwetterereignissen erfolgt durch die Auswertung von Forschungsergebnissen und Regierungsberichten oder dem Hochrechnen von Versicherungsdaten. In Deutschland gibt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zeitnah nach einem Extremwetterereignis eine erste Schätzung der versicherten Schäden ab. Im Durchschnitt kann etwa zweieinhalb Monate später mit einer ersten offiziellen direkten Schadensbilanz des Bundes oder der betroffenen Bundesländer gerechnet werden.¹ Die geschätzten Schadenssummen stehen allerdings lange unter Vorbehalt und werden häufig revidiert, da die Vielzahl der beteiligten Akteure eine genaue Quantifizierung erschwert. Indirekte Schäden werden als zusätzlicher anteiliger Multiplikator anhand der direkten Schäden ermittelt. Der Multiplikator wird durch die Implementierung der ermittelten direkten Schadenssummen als Reduktion des sektoralen Kapitalstocks (Sieg et al. 2019) oder der sektoralen Produktionskapazität

(Schulte in den Bäumen et al. 2015) durch Input-Output-Modelle geschätzt.

Für das Hochwasser in Süddeutschland geht der GDV derzeit von versicherten Schäden in Höhe von 2 Mrd. Euro aus (GDV 2024). Die Überschwemmungen Anfang Juli dürften somit insgesamt für mehr Zerstörung gesorgt haben als das Weihnachtshochwasser in Niedersachsen oder das Pfingsthochwasser im Saarland und in Rheinland-Pfalz in den Monaten zuvor, deren versicherte Folgeschäden vom GDV derzeit auf 200 Mio. Euro geschätzt werden. Tabelle 2.11 listet die Schäden der drei seit Beginn des Jahrtausends schlimmsten Hochwasserkatastrophen und Sturzfluten in Deutschland auf. Dabei sticht besonders die Sturzflut an Ahr und Erft aus dem Jahr 2021 hervor, die mit einem ermittelten direkten Schaden von über 33 Mrd. Euro den höchsten Gesamtschaden infolge einer Naturkatastrophe in Deutschland seit Beginn der Statistik verursachte. Außerdem wird deutlich, dass die indirekten Schäden von Überflutungen nicht zu vernachlässigende Größen sind. Aus Tabelle 2.11 geht außerdem hervor, dass die versicherten Schäden jeweils deutlich unter den letztendlichen Gesamtschäden liegen: Gegen Überflutungsschäden sind Haushalte nur teilweise² und die öffentliche Infrastruktur kaum versichert. Daher ist auch für das Junihochwasser 2024 mit Schäden von deutlich über 2 Mrd. Euro zu rechnen.

Da viele vom Junihochwasser 2024 betroffene Regionen auch von den Überschwemmungen im Juni 2013 betroffen waren, bietet sich der damals ermittelte Schaden als obere Grenze für eine erste Approximation des aktuellen Schadens an. Die Schadenshöhe dürfte im Jahr 2024 jedoch geringer ausfallen als vor neun Jahren. Denn die Höchststände der Donau la-

¹ Für das Beantragen von Fördermitteln aus EU-Solidaritätsfonds müssen die Antragsunterlagen inklusive einer ersten Schadensschätzung spätestens zwölf Wochen nach dem ersten Auftreten der Schäden bei der EU-Kommission eingehen.

² In Baden-Württemberg sind beispielsweise aufgrund einer ehemals bestehenden Versicherungspflicht 94% der Hauseigentümer gegen Hochwasserschäden versichert, in Bayern dagegen nur 46%.

Tab. 2.11
Flutkatastrophen in Deutschland mit Schäden über 5 Mrd. Euro

	Betroffene Bundesländer	Versicherte Schäden in Mrd. Euro	Direkte Schäden, preisbereinigt, in Mrd. Euro	Gesamtschäden (inklusive indirekter Schäden), preisbereinigt, in Mrd. Euro
Augusthochwasser 2002	Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg	4,7	15,1	18,6
Junihochwasser 2013	Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen	2,2	7,3	9,5
Sturzflut Juli 2021	Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen	7,0	33,4	40,5

Ereignisse entnommen aus der Übersicht von Extremwetterereignissen zwischen 2000 und 2021 mit Schäden über 100 Mio. Euro. Die Höhe der direkten Schäden wurde aus Studien und/oder Regierungsberichten entnommen, indirekte Schäden wurden als zusätzlicher anteiliger Multiplikator mit den ermittelten direkten Schäden errechnet. Die Höhe des Multiplikators wurde dabei nach Sieg et al. (2019) anhand eines Input-Output-Modells geschätzt. Die Schäden sind in Preisen des Jahres 2021 gelistet.

Quelle: Trenczek et al. (2022).

© ifo Institut Juni 2024

gen damals deutlich über den im Juni 2024 erreichten Werten, und zusätzlich dauerten die Überflutungen im Jahr 2013 teils über drei Wochen an.

Hochwasserereignissen wird in Konjunkturprognosen in der Regel kein direkter gesamtwirtschaftlicher Effekt zugeschrieben. Dies trifft auch auf die Überflutungen Anfang Juni zu. Produktionsausfälle würden sich zwar auf der Entstehungsseite niederschlagen, insbesondere wenn sie zu Unterbrechungen der Lieferketten über Süddeutschland hinaus führen würden. Gesamtwirtschaftlich dürfte sich dies jedoch kaum bemerkbar machen. So schätzen Sieg et al. (2019), dass 11 000 Unternehmen vom Junihochwasser 2013 betroffen waren. Kombiniert man diese Zahl mit den Befragungsergebnissen von Thieken et al. (2016), laut denen 88% der betroffenen Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit unterbrechen mussten³, dürften knapp unter 10 000 Unternehmen im Juni 2013 ihren Betrieb zeitweise eingestellt haben. Im Juni 2024 dürften ähnlich viele Unternehmen betroffen sein. Gemessen an den 140 000 IHK-Mitgliedsunternehmen allein im besonders betroffenen bayerischen Regierungsbezirk Schwaben ist diese Anzahl gering.⁴ Insgesamt beträgt der Anteil Schwabens an der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung ungefähr 2,2%, die besonders betroffenen baden-württembergischen Landkreise Göppingen und Rems-Murr-Kreis tragen weitere 0,6% bei. Da es in den betroffenen Kreisen zu keinem wochenlangen totalen Stillstand der Wirtschaft kam, sondern nur kurzfristige Produktionsbeeinträchtigungen gemeldet wurden, dürfte das Ergebnis des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Quartal statistisch nicht erkennbar vom Hochwasser beeinflusst werden. Trotz der enormen Schadenssummen ist weder für das Elbehochwasser 2002, das Junihochwasser 2013 noch für die Sturzfluten an Ahr und Erft 2021 ein Einfluss auf die Dynamik der gesamtdeutschen Wertschöpfung im jeweils betroffenen Quartal zu beobachten. Dies

trifft ebenso für die konjunkturellen Auswirkungen der Wiederaufbaumaßnahmen zu. Zwar entsprachen die geschätzten direkten Schäden des Junihochwassers 2013 rund 1,2% der Bruttoanlageinvestitionen des Vorjahres. Allerdings konnte eine Beschleunigung der Investitionstätigkeit in den Folgequartalen nicht beobachtet werden. Dies dürfte neben begrenzten Produktionskapazitäten auf Substitutionseffekte zurückzuführen sein: Mehrausgaben an einer Stelle dürften (auch aufgrund von Preiseffekten) zu Kürzungen oder Verschiebungen alternativer Verwendungen führen.

Während das Hochwasser im Juni 2024 gesamtwirtschaftlich somit keinen messbaren konjunkturellen Einfluss haben dürfte, dürften die Schäden an landwirtschaftlichen Flächen, Infrastruktur, Maschinen und Fahrzeugen den deutschen Kapitalstock und damit das mittelfristige Produktionspotenzial verringert haben. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden diese vorzeitigen und unerwarteten Verluste als »Sonderabgänge« vom Bruttoanlagevermögen verbucht (Gühler und Schmalwasser 2020). Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass der Effekt gering sein dürfte. Selbst bei Unterstellung von Wiederaufbaukosten in Höhe der direkten Schäden des Junihochwassers im Jahr 2013 würden diese weniger als 1% des Bruttoanlagevermögens ausmachen.⁵ Die Aufschlüsselung der Schäden durch das Weihnachtshochwasser des Jahres 2023/2024 zeigt außerdem, dass auf Unternehmen ein geringer Anteil der Gesamtschäden entfällt. Neben dem Staat als Bereitsteller von Infrastruktur waren private Haushalte aufgrund der zahlreichen Schäden an Wohngebäuden sowie landwirtschaftliche Betriebe aufgrund von absehbaren Ernteaussfällen deutlich stärker betroffen (vgl. Tab. 2.12). Diese Beobachtung ist für die Auswirkung der Flutschäden auf das mittelfristige Produktionspotenzial zentral, denn während in Unternehmen viel produktives Kapital in Form von beispielsweise Maschinen gebunden ist, leisten Wohngebäude und Agrarflächen

³ Thieken et al. (2016) befragen insgesamt 557 betroffene Unternehmen. 88% geben an, ihre Geschäftstätigkeit infolge des Junihochwassers 2013 unterbrochen zu haben.

⁴ <https://www.ihk.de/schwaben/service/ueber-uns/organisation/daten-zum-kammerbezirk-550578>.

⁵ Das Bruttoanlagevermögen betrug 2021 rund 23 Bio. Euro, die direkten Schäden des Junihochwassers 2023 wurden in Preisen von 2021 auf 7,3 Mrd. Euro festgesetzt.

Tab. 2.12

Aufschlüsselung der Schäden infolge des Weihnachtshochwassers 2023/24 in Niedersachsen nach Geschädigten

Geschädigter	Schadenshöhe (in Mio. Euro)
Land	54,3
Kommunen	55,6
Deich- und Unterhaltungsverbände	11,0
Energiemehrkosten (Schöpfwerke)	3,4
Unternehmen	4,0
Landwirtschaft	20,5
Privathaushalte	12,4
Sportstätten (Vereine)	0,3
Insgesamt	161,5

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport.

© ifo Institut Juni 2024

für die Produktion von Waren und Dienstleistungen in einer fortgeschrittenen Volkswirtschaft nur einen geringen Beitrag. Zu einer genaueren Einordnung potenzieller Schäden am produktiven Kapitalstock durch die Überflutungen Anfang Juni werden erneut Erfahrungen bezüglich des Junihochwasser 2013 herangezogen. Damals verzeichneten knapp 60% der Unternehmen Schäden an ihren Ausrüstungen, die

sich durchschnittlich auf knapp 290 000 Euro beliefen (Thieken et al. 2016). Wird nun für das laufende Jahr wie zuvor von knapp 10 000 betroffenen Unternehmen ausgegangen, wird deutlich, dass entsprechende Gesamtschäden am produktiven Kapitalstock wohl vernachlässigbar sind und sich kaum messbar auf das mittelfristige Produktionspotenzial auswirken dürften.

zahlung von steuer- und sozialabgabenfreien Inflationsausgleichsprämien profitierten. Allerdings scheint ein beträchtlicher Teil dieses Kaufkraftplus zunächst auf den Girokonten liegengeblieben zu sein. So stieg die Sparquote im ersten Quartal um gut einen Prozentpunkt auf 12,4%, nachdem mehrere Rückgänge im Verlauf des Jahres 2023 eine langsame Normalisierung andeuteten. Hätte die Sparquote auf dem Jahresschlussniveau von 2023 stagniert, hätte der private Konsum, ceteris paribus, sogar um 1% zulegen können. Der Anstieg der Sparquote dürfte auch die mittlerweile höhere Attraktivität risikoloser Anlagemöglichkeiten widerspiegeln. Immerhin bieten Spareinlagen wieder positive Realzinsen und stellen damit eine Alternative zur unmittelbaren Verausgabung der Einkommenszuwächse für Konsumzwecke dar.

Einen schwachen Zuwachs um 0,4% wies lediglich die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern auf, während der Absatz von kurz- (-0,1%) und halblanglebigen Gütern (-0,4%) sowie von Dienstleistungen (-0,2%) zurückging. Besonders kräftig sanken die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (-3,0%), Beherbergungs- und Gaststättenleistungen (-2,9%) sowie für Bekleidung und Schuhe (-2,6%). Zuwächse hingegen verbuchten die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (2,6%), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (2,5%) sowie für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe (0,6%).

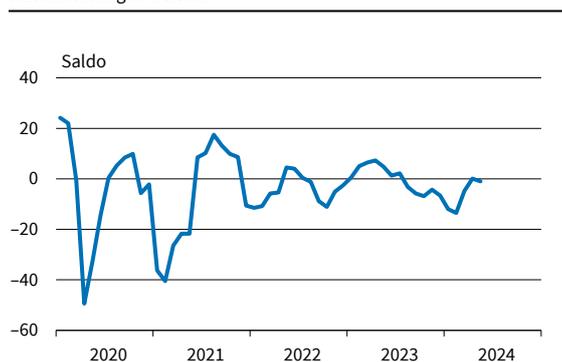
Die schwache Konsumkonjunktur machte sich vor allem im Gastgewerbe bemerkbar, wo die Umsätze

preisbereinigt ihren seit über einem Jahr anhaltenden Abwärtstrend bis zuletzt fortsetzten. Während der Umsatz der Gastronomiebetriebe im ersten Quartal nur leicht um 0,1% im Vergleich zum Vorquartal zurückging, verbuchten Beherbergungsbetriebe einen deutlich kräftigeren Rückgang um 1,9%. Zur schwachen Entwicklung im Gastgewerbe dürften auch die anhaltenden Preissteigerungen beigetragen haben, die mit zuletzt 6,3% im Vorjahresvergleich deutlich über der Gesamtinflation von 2,5% lagen.

Auch der Einzelhandel schloss das erste Quartal mit einem Umsatzrückgang. Vor allem der Absatz von Informations- und Kommunikationstechnik (-2,7%) und von Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerkzeug- und Einrichtungsbedarf (-1,1%) sowie der Umsatz im Onlinehandel (-3,4%) gingen deutlich zurück. Hingegen konnten insbesondere der Handel mit Motorenkraftstoffen (2,4%) ein Umsatzplus erzielen. Die Zuwächse im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstung und Spielwaren (0,5%), im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (0,5%) sowie im übrigen Einzelhandel (0,4%) fielen dagegen nur moderat aus.

Im laufenden Quartal wird der private Konsum wohl zunächst nur stagnieren. Darauf deuten sowohl der Einzelhandelsumsatz im April als auch das Geschäftsklima unter Einzelhändlern und konsumnahen Dienstleistern im Mai hin (vgl. Abb. 2.19). Zwar hat sich das Konsumklima der Verbraucher in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt, im langjährigen Vergleich ist es dennoch weiterhin verhalten. Zudem gingen die Zulassungszahlen privater Halter bis Mai nochmals um 4,0% gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem diese bereits zu Jahresbeginn um 13% einbrachen. Auch dürfte die Fußballeuropameisterschaft, die vom 14. Juni bis zum 14. Juli 2024 in Deutschland stattfindet, nur vernachlässigbare Auswirkungen auf die preisbereinigten Konsumausgaben haben. Sowohl Auswertungen vergangener Großereignisse (Kobierecki und Pierzgalski 2022; Mancini und Papini 2022; Borowski et al. 2013) als auch eigene Untersuchungen (Dorn et al. 2024) deuten darauf hin, dass in fortgeschrittenen Volkswirtschaften kaum Effekte auf aggregierte Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erwarten sind. Zwar werden während der Spiele die Umsätze im Gastgewerbe und im Lebensmitteleinzelhandel kurzzeitig anziehen. Jedoch dürften die inlän-

Abb. 2.19
Geschäftslage konsumnaher Dienstleister inkl. Einzelhandel
Saisonbereinigter Verlauf

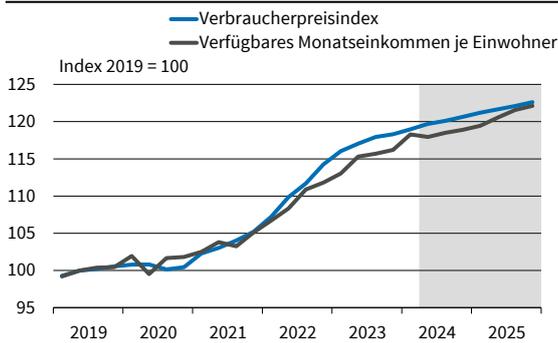


Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 2.20

Kaufkraft der privaten Haushalte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

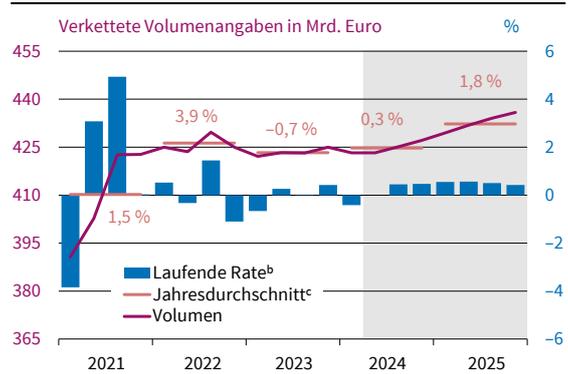
dischen Konsumenten ihre Ausgaben an anderer Stelle zurückfahren, so dass der private Konsum insgesamt wohl davon unberührt bleibt. Lediglich der Export von Dienstleistungen wird sichtbar profitieren, da dort die Ausgaben ausländischer Gäste verbucht werden (vgl. Box »Zur Prognose der Dienstleistungsexporte und den Auswirkungen der Fußball-Europameisterschaft 2024«).

Im weiteren Prognoseverlauf dürfte der private Konsum dann insbesondere vom Wiedererstarken der Kaufkraft der privaten Haushalte profitieren (vgl. Abb. 2.20) und mit zunehmenden Raten expandieren (vgl. Abb. 2.21). Die nominal verfügbaren Einkommen werden in diesem Jahr mit 3,1% stärker zulegen als die Verbraucherpreise bzw. der Konsumdeflator, die lediglich um 2,2% bzw. 2,1% steigen. Damit kommt es zum ersten Mal seit 2020 wieder zu einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen (+1,0%) und die durch die hohen Preissteigerungen entstandene Kaufkraftlücke verschwindet langsam. Der Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen wird insbesondere von Steigerungen der Nettolöhne und -gehälter sowie in Teilen auch von einer Zunahme der monetären Sozialleistungen getragen. Im Jahr 2025 dürften die real verfügbaren Einkommen dann nochmals mit einer Rate von 0,5% expandieren. Am Ende des Prognosezeitraums dürfte das verfügbare Monatseinkommen so hoch sein, dass sich die Haushalte wieder den Warenkorb leisten können, den sie in den Jahren vor Ausbruch der Inflation konsumiert haben. Darüber hinaus dürfte auch die Sparneigung der Haushalte bei zu erwartenden rückläufigen Realzinsen zurückgehen. Für das Jahr 2024 wird angenommen, dass die Sparquote im Jahresdurchschnitt mit 11,9% nochmal etwas über dem Wert des Vorjahres (11,2%) liegen wird. Im weiteren Verlauf sollte sie sich wieder ihrem langfristigen Mittel annähern und damit im Jahr 2025 bei 10,7% liegen.

Alles in allem dürften die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte in diesem Jahr aufgrund der schwachen ersten Jahreshälfte lediglich um 0,3% zulegen. Im Jahr 2025 dürften sie dann mit einer Rate von 1,8% expandieren und maßgeb-

Abb. 2.21

Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

lich zur gesamtwirtschaftlichen Erholung beitragen (vgl. Tab. 2.9). Im Lauf des Jahres 2025 dürfte der private Konsum dann erstmals wieder höher liegen als im Jahr 2019.

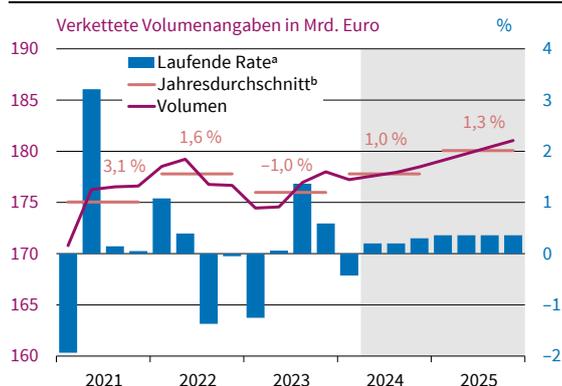
2.13. STAATSKONSUM LEGT WIEDER ZU

Im vergangenen Jahr sind die öffentlichen Konsumausgaben nach den coronabedingten Aufwüchsen in den Vorjahren erstmals wieder zurückgegangen. Diese Entwicklung wird sich trotz eines schwachen ersten Quartals im Jahr 2024 nicht fortsetzen und der Staatskonsum wird im Jahresvergleich wieder zunehmen. Damit bleibt der Staatskonsum im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie deutlich erhöht. Das liegt unter anderem an deutlich gestiegenen Vorleistungen im Gesundheitsbereich, insbesondere auf Ebene der Länder. Während der Pandemie wurden hier Hilfen an Krankenhäuser gebucht. Es scheint jedoch, als ob sich hier eine dauerhafte Verschiebung einstellt. Eine weitere strukturelle Veränderung ist die Umbuchung der ÖPNV-Betriebe in den Sektor Staat im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023. Diese Veränderung wurde bislang nur auf nominaler Seite vorgenommen, wodurch die Preise der öffentlichen Konsumausgaben erhöht sind. Mit der Generalrevision des Statistischen Bundesamts im Sommer 2024 erfolgt auch die rückwirkende Zuweisung des öffentlichen Nahverkehrs zu den Konsumausgaben des Staates. Darüber hinaus werden auch weitere methodische Anpassungen beim Staatskonsum erwartet, z. B. im Hinblick auf die Rolle des Schienennetzes. Nicht zuletzt wird sich der demografische Wandel auf staatlicher Seite vor allem bei den realen Konsumausgaben niederschlagen. Die erhöhte Anzahl an Pflegebedürftigen dürfte den sozialen Sachleistungen Auftrieb geben und so den Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt tendenziell erhöhen. Insgesamt werden die realen Konsumausgaben des Staates im laufenden Jahr um 1,0% zulegen. Im kommenden Jahr dürfte

Abb. 2.22

Konsumausgaben des Staates

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

sich die Dynamik aufgrund der fortschreitenden Alterung etwas beschleunigen (vgl. Abb. 2.22).

2.14. KONJUNKTURFLAUTE HEMMT ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiter spürbar gehemmt, zeigt sich jedoch im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in robuster Verfassung. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen um 38 000 auf 46,0 Mio. Personen, nach einem Anstieg um 21 000 Personen im vierten und einem Rückgang um 10 000 Personen im dritten Quartal 2023. Das Beschäftigungsplus im Jahresauftaktquartal fiel damit deutlich geringer aus als noch im Frühjahr erwartet. Dies lag jedoch hauptsächlich an einer deutlichen Abwärtsrevision der Beschäftigtenzahl für Januar und weniger an einer unerwartet noch schwächeren Dynamik in den Folgemonaten. Diese Entwicklung folgte vor allem aus einer weiterhin gedämpften Dynamik in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im ersten Quartal nur um saisonbereinigt 42 000 Personen zunahm, nach 28 000 bzw. 40 000 in den beiden Vorquartalen. In jedem der zurückliegenden drei Quartalen war der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung damit geringer als in sämtlichen Quartalen seit 2010 mit Ausnahme des Ausbruchs der Corona-Pandemie. Im Gegensatz hierzu blieb die Zahl der Minijobber seit einem Jahr weitgehend stabil, während die Zahl der Selbständigen weiter ihrem rückläufigen Trend folgte. Ferner stieg die Zahl der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung weiter kontinuierlich und lag im März mit 231 000 um 42 000 höher als zur Jahresmitte 2023 und um 166 000 über dem Niveau zum Zeitpunkt der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022.

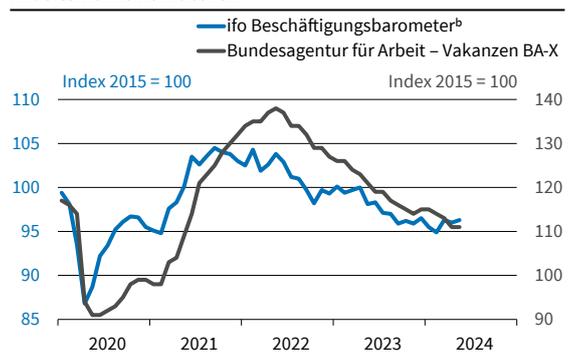
Die Beschäftigungsentwicklung unterschied sich weiterhin sehr stark zwischen den Branchen. Die

Beschäftigung im öffentlichen Sektor (inkl. Gesundheits- und Erziehungswesen) ist dabei unvermindert deutlich gestiegen. Im Gegensatz hierzu bewegt sich die Beschäftigung in den übrigen Dienstleistungsbranchen seit Mitte vergangenen Jahres im Wesentlichen seitwärts, wobei insbesondere im Handel und der Zeitarbeitsbranche Stellen abgebaut wurden. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe ist die saisonbereinigte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tendenziell weiter leicht rückläufig und im Winterhalbjahr 2023/24 um 13 000 (-0,7%) bzw. 34 000 (-0,5%) zurückgegangen. Im Gegensatz zur Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2023, als der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe vorwiegend auf die energieintensive chemische Industrie zurückzuführen war, scheint diese Branche seither keinen weiteren Beschäftigungsabbau mehr verzeichnet zu haben.

Die Beschäftigungsentwicklung wird im Prognosezeitraum voraussichtlich nur eine schwache Dynamik aufweisen. Frühindikatoren deuten auf eine weiterhin gedämpfte Arbeitsnachfrage hin, ohne dass es zu massivem Stellenabbau kommt (vgl. Abb. 2.23). Das ifo Beschäftigungsbarometer bewegt sich seit einem halben Jahr auf niedrigem Niveau seitwärts, nachdem es zuvor deutlich gefallen war. Während der Indikator in den Dienstleistungsbereichen trotz des Rückgangs per saldo weiter im positiven Bereich liegt, deutet er im Handel, im Bauhauptgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe einen weiteren Beschäftigungsabbau an. Des Weiteren zeigt der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA), dass die Zahl der offenen Stellen seit zwei Jahren fast kontinuierlich zurückgeht. Allerdings hat sich dieser Rückgang zuletzt merklich abgeschwächt. Die gedämpfte Arbeitsnachfrage spiegelt sich auch darin wider, dass die Arbeitskräfteknappheit insgesamt etwas nachgelassen hat. In den ifo Konjunkturumfragen gaben zuletzt etwa ein Drittel der Unternehmen an, durch Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit behindert zu sein. Dieser Anteil liegt rund 15 Prozentpunkte unter dem Höchststand aus dem dritten Quartal 2022, wobei der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe am stärksten war (von 45% auf 25%). Nichtsdestotrotz stellt der Fachkräftemangel für viele Unternehmen weiterhin eine

Abb. 2.23

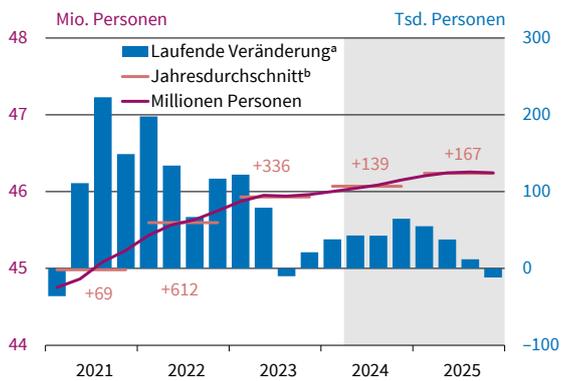
Arbeitsmarktindikatoren^a



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 2.24

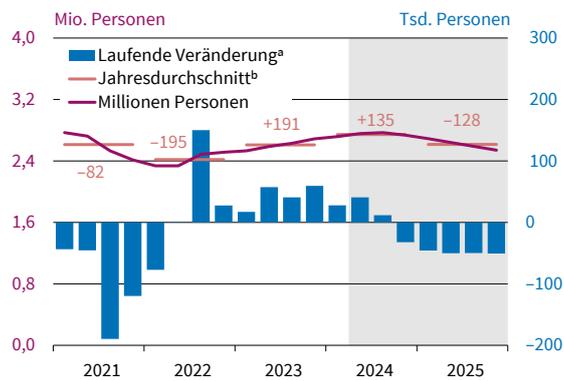
Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.25

Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Herausforderung dar, und die Zahl der offenen Stellen betrug im ersten Quartal laut IAB-Stellenerhebung im Niveau noch 1,6 Mio. Zusammengenommen deuten die Indikatoren nicht auf eine weitere spürbare Abkühlung der Beschäftigungsdynamik hin, so dass sich der Beschäftigungsaufbau zunächst in geringem Tempo fortsetzen dürfte. Mit der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Erholung wird die Erwerbstätigkeit im weiteren Prognoseverlauf wahrscheinlich wieder steigen. Die demografische Entwicklung wird jedoch eine substantielle Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus verhindern. Trotz Zuwanderung und der Integration ukrainischer Flüchtlinge wird das Erwerbspersonenpotenzial im kommenden Jahr aufgrund der Alterung der Bevölkerung voraussichtlich sein Maximum erreichen (siehe Abschnitt 3 »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«). Insgesamt wird der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 336 000 im vergangenen Jahr auf 139 000 im laufenden Jahr und 167 000 im Jahr 2025 zurückgehen. Im Jahr 2025 wird der statistische Überhang die rückläufige Grunddynamik kaschieren (vgl. Abb. 2.24).

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen ist seit zwei Jahren fast kontinuierlich gestiegen und lag im Mai bei 2,8 Mio. (Quote: 5,9%; vgl. Abb. 2.25). Zum einen ging dieser Anstieg auf Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II (Grundsicherung) zurück. Unter diese Gruppe fällt auch der überwiegende Teil der arbeitslos gemeldeten ukrainischen Geflüchteten, deren Zahl sich seit August 2022 bei etwa 200 000 Personen seitwärts bewegt. Zum anderen verzeichnete aber auch die Zahl der Arbeitslosen im konjunkturereagibleren Rechtskreis des SGB III einen merklichen Anstieg und lag im Mai mit 930 000 um 100 000 höher als im Vorjahresmonat und um 160 000 über dem Niveau vor zwei Jahren. In den kommenden Monaten dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen tendenziell weiter moderat steigen, ehe sie im Zuge der prognostizierten allmählichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwächeperiode wieder deutlicher

zurückgehen dürfte. Dabei dürfte vor allem die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III aufgrund der geringeren Vermittlungshemmnisse wieder abgebaut werden. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr um 135 000 steigen, wobei ein großer Teil dieses Anstiegs auf einen hohen statistischen Überhang zurückzuführen ist. Im Jahr 2025 wird hingegen mit einem Rückgang um 128 000 gerechnet. Folglich liegt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2024 und 2025 bei 5,9% bzw. 5,6% (vgl. Tab. 2.13).

Die Kurzarbeit hat in den vergangenen Monaten spürbar an Bedeutung gewonnen. Laut Bundesagentur für Arbeit stieg die Zahl der Personen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit im Winterhalbjahr um 44%, von 152 000 im September auf 219 000 im März, wobei mehr als 80% auf das Verarbeitende Gewerbe entfallen. Im langjährigen Vergleich liegt die Kurzarbeit damit auf einem erhöhten Niveau. Dennoch hat sie weiterhin nur einen geringen Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen und ist weit von den Rekordständen während der Pandemie entfernt. Sowohl die in den vergangenen Monaten bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen als auch die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen legen nahe, dass das Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand und in den kommenden Monaten zwar erhöht bleiben, aber nicht in substantiellem Umfang weiter steigen dürfte (ifo Institut 2024a).

Die durchschnittliche Arbeitszeit war zuletzt vielmehr durch einen stark erhöhten Krankenstand gedämpft, der im zurückliegenden Winterhalbjahr in die Nähe seines historischen Höchststands aus dem Winterhalbjahr 2022/23 stieg. In den jeweils vorangegangenen Sommerhalbjahren war er zwar gesunken, lag jedoch immer noch deutlich über dem langjährigen Trendniveau. Auch für das laufende Quartal deuten die Daten der gesetzlichen Krankenversicherungen wieder auf einen spürbaren Rückgang des Krankenstands auf ein im langjährigen Vergleich erhöhtes Niveau hin. Der

Tab. 2.13

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2022	2023	2024	2025
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 410	61 671	61 944	62 295
Erwerbstätige im Inland	45 596	45 932	46 071	46 238
Arbeitnehmer	41 687	42 053	42 231	42 431
darunter				
SV-Beschäftigte	34 507	34 790	34 943	35 136
Geringfügig Beschäftigte	4 125	4 198	4 211	4 223
Selbständige	3 910	3 879	3 840	3 807
Pendlersaldo	-139	-147	-146	-146
Erwerbstätige Inländer	45 457	45 786	45 925	46 091
Arbeitslose	2 418	2 609	2 744	2 616
Arbeitslosenquote BA ^a	5,3	5,7	5,9	5,6
Erwerbslose ^b	1 343	1 335	1 426	1 327
Erwerbslosenquote ^c	2,9	2,8	3,0	2,8

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO. ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

Krankenstand liegt somit seit mehr als zwei Jahren deutlich über seinem langjährig steigenden Trend. Dies ist einerseits auf eine gestiegene Zahl an Atemwegsinfektionen zurückzuführen. Andererseits dürfte ein bedeutender Anteil des Anstieges auch auf statistische Effekte zurückzuführen sein, die mit der schrittweisen Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsmeldung (e-AU) seit 2022 zusammenhängen. Diese dürfte zu einer Reduktion der Dunkelziffer und zu einer vollständigeren Erfassung des Krankenstands geführt haben (GKV-Spitzenverband 2023). Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte der Krankenstand allmählich wieder zurückgeführt werden, wenngleich der langfristige Trend aufgrund der Meldeeffekte auf einem höheren Niveau als vor Einführung der e-AU verlaufen dürfte. Außerdem dürfte die steigende Kapazitätsauslastung zu einer Ausweitung der Arbeitszeit im Prognosezeitraum beitragen, die jedoch durch die trendmäßig steigende Teilzeitquote gedämpft werden dürfte. Infolgedessen dürfte die Arbeitszeit je Arbeitnehmer um 0,3% im laufenden Jahr und um 0,2% im Jahr 2025 zulegen (vgl. Tab. 2.14).

2.15. TARIFVERDIENSTE HOLEN SPÜRBAR AUF

Die Tarifverdienste haben zuletzt weiter spürbar an Fahrt aufgenommen. Im Jahr 2023 wurden die Tarif-

löhne um 3,6% angehoben und damit kräftiger als der Anstieg um 2,2% im Jahr 2022 (vgl. Tab. 2.14). Im ersten Quartal 2024 lagen sie sogar um 5,6% über dem Vorjahreswert, was jedoch zum Teil auf die nachträgliche Auszahlung der im Tarifabschluss des öffentlichen Diensts der Länder für Dezember 2023 vorgesehenen Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1 800 Euro zurückzuführen war. Aufgrund der meist mehrjährigen Laufzeiten der Tarifverträge und zum Teil langwieriger Verhandlungen begegnen neue Verträge mit höheren Abschlussraten den Kaufkraftverluste der Vorjahre erst mit Verzögerung. Hierbei wurde meist in großem Maße von der Möglichkeit der Inflationsausgleichsprämien Gebrauch gemacht. Vor diesem Hintergrund beinhalten die jüngsten Verhandlungsergebnisse wie in den gewichtigen Tarifbereichen des öffentlichen Diensts der Länder, im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel noch höhere Lohnsteigerungen. Im Einzelhandel erfolgte eine Einigung erst mehr als ein Jahr nach Auslaufen des letzten Tarifvertrags und beinhaltet unter anderem nachträgliche Tariflohnpassungen zum Oktober 2023. Diese können jedoch mit freiwilligen Vorweganhebungen verrechnet werden, die der Handelsverband Deutschland den Unternehmen in gleicher Höhe empfohlen hatte. Da diese freiwilligen Zahlungen nicht im Tarifindex erfasst waren, dürfte deren Nachbuchung vor allem im dritten

Tab. 2.14

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohn drift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2022	-0,1	4,1	4,3	2,0	2,2
2023	-0,1	6,2	6,3	2,6	3,6
2024	0,3	5,1	4,9	0,2	4,9
2025	0,2	2,9	2,6	0,3	2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

Quartal 2024 in der Tariflohnstatistik aufschlagen. Der seit langem ausstehende Abschluss im Groß- und Außenhandel, der erstmalig den starken Anstieg der Inflation berücksichtigen wird, dürfte ebenfalls noch sehr hohe Abschlussraten beinhalten. Zudem stehen Tarifverhandlungen in Wirtschaftsbereichen an, in denen auslaufende Tarifverträge den inflationsbedingten Kaufkraftverlust bereits teilweise, aber noch nicht vollständig, abgebildet hatten. Hierzu zählen insbesondere die im Sommer in der chemischen Industrie und im Herbst in der Metall- und Elektroindustrie anstehenden Verhandlungen, die daher weiter relativ kräftige, wenngleich nicht mehr ganz so hohe Lohnzuwächse beinhalten dürften. Vor diesem Hintergrund dürften die Tarifverdienste im laufenden Jahr um 4,9% steigen. Im Jahr 2025 läuft die Regelung zur Inflationsausgleichsprämie aus, weshalb etwaige Einmalzahlungen wieder deutlich niedriger ausfallen dürften. Zudem dürfte der nachlassende Inflationsdruck gegen Ende des Prognosezeitraums in weniger kräftigen dauerhaften Tarifierhöhungen resultieren. Die Tarifverdienste dürften daher im Jahr 2025 nur noch um 2,6% steigen.

Die monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer verzeichneten im Jahr 2023 mit 6,2% den größten Zuwachs seit mehr als 30 Jahren und stiegen damit um 0,3 Prozentpunkte stärker als die Verbraucherpreise. Der Lohnanstieg lag damit um 2,6 Prozentpunkte über dem Anstieg der Tarifverdienste. Diese außergewöhnlich hohe Lohndrift geht zum einen auf die deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro je Stunde im Oktober 2022 zurück. Infolgedessen legten die Löhne vor allem im untersten Quintil der Lohnverteilung sowohl unter Vollzeitbeschäftigten als auch unter ausschließlich geringfügig Beschäftigten überproportional stark zu. Zum anderen scheint es in den nicht tarifgebundenen Bereichen früher zur Zahlung von Inflationsausgleichsprämien beziehungsweise zu dauerhaften Lohnanhebungen gekommen zu sein, da die Löhne auch in den übrigen Quintilen der Lohnverteilung stärker anzogen als die Tarifverdienste. Im ersten Quartal 2024 stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer saisonbereinigt weiter um kräftige 2,2%, was zuvorderst der starken Tariflohndynamik geschuldet war. Die Lohndrift dürfte im laufenden Jahr stark zurückgehen und im Jahr 2025 niedrig bleiben, da die Tariflöhne nachziehen und der Impuls der Inflationsausgleichsprämie nachlässt. Dem steht dabei die Arbeitskräfteknappheit entgegen, die sich im Zuge des alterungsbedingten Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials wieder verschärfen dürfte. Zusammengefasst dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2024 um 5,1% und im Jahr 2025 um 2,9% steigen. Nach den substantiellen Reallohnverlusten der Vorjahre werden die Nominallöhne im Prognosezeitraum damit wieder deutlich stärker steigen als die Verbraucherpreise, wodurch die Kaufkraft der Arbeitnehmer merklich an Fahrt gewinnen wird.

2.16. INFLATION NORMALISIERT SICH ALLMÄHLICH

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt. Während die Verbraucherpreise im Gesamtjahr 2023 noch um 5,9% stiegen, betrug die Inflationsrate im ersten Quartal lediglich 2,5%. Im April und Mai lag sie sogar bei nur noch 2,2% bzw. 2,4% und somit so niedrig wie seit dem Frühjahr 2021 nicht mehr.²

Auch nach dem Auslaufen der staatlichen Preisstabilisierungsmaßnahmen wirkten sich die Energiepreise in den vergangenen Monaten weiterhin dämpfend auf die Teuerung aus (-1,1% im Mai). Zum Jahreswechsel liefen zunächst die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme aus. Im April wurde dann die Umsatzsteuer auf Gas, die im Oktober 2022 auf 7% reduziert worden war, auf ihr ursprüngliches Niveau von 19% erhöht. Bei den Strompreisen entfiel zudem der staatliche Zuschuss zu den Netzentgelten. Diesen für sich genommen preistreibenden Effekten wirkten allerdings die seit Herbst 2022 stark gesunkenen Großhandelspreise für Strom und Gas entgegen. Aufgrund der langfristigen Einkaufsstrategie der Energieversorger kommen die gesunkenen Beschaffungspreise mit einiger Verzögerung bei den Endverbrauchern an. Per saldo stagnierten daher die Verbraucherpreise für Gas im Vergleich zum vierten Quartal 2023 weitgehend, für Strom fielen sie sogar. Gemäß den Terminmarktnotierungen im Mai dürfte der Großhandelspreis für Strom (Erdgas) im Jahr 2024 und 2025 bei 77 (33) bzw. 97 (37) Euro/MWh liegen (vgl. Tab. 2.6). Aufgrund der verzögerten Überwälzung dürften die gesunkenen Beschaffungspreise noch nicht vollständig auf der Verbraucherstufe angekommen sein, so dass die Strom- und Gaskomponenten in der Preisstatistik zunächst noch weiter sinken werden. Ende 2025 dürfte der Strom- und Gaspreis der Haushalte dann bei durchschnittlich rund 35 bzw. 11 Cent/KWh liegen.

Der Weltmarktpreis für Rohöl (Brent) zog im März und April temporär deutlich an, was sich auch in den Verbraucherpreisen für Kraftstoffe und Heizöl widerspiegelte. Seitdem hat sich der Rohölpreis aber wieder weitgehend zurückgebildet, so dass er nur noch leicht über dem in der ifo Konjunkturprognose im Frühling unterstellten Preispfad liegt. Gemäß den Terminmarktnotierungen im Mai dürften die Rohölpreise im Prognosezeitraum von ihrem aktuellen Niveau noch leicht sinken. Der zum Jahreswechsel 2025 geplante Anstieg der CO₂-Abgabe von 45 auf 55 Euro pro Tonne dürfte hingegen preistreibend wirken.³ Alles in allem dürften die Energiepreise in diesem Jahr um 2,8% und im nächsten Jahr um 3,4% sinken. Der Rückgang der Energiepreise im kommenden Jahr wird auch durch

² Der Anstieg der Vorjahresrate von April auf Mai lässt sich auf den Wegfall eines Basiseffekts im Zuge des Deutschlandtickets zurückführen, das im Mai 2023 eingeführt wurde.

³ Neben Kraftstoffen und Heizöl betrifft der Anstieg der CO₂-Abgabe auch Gas. Insgesamt dürfte der Anstieg der CO₂-Abgabe die Inflationsrate im kommenden Jahr um rund 0,1 Prozentpunkte erhöhen.

den Wegfall von Basiseffekten begünstigt, die im laufenden Jahr aufgrund des Auslaufens staatlicher Preisstabilisierungsmaßnahmen inflationstreibend wirkten.

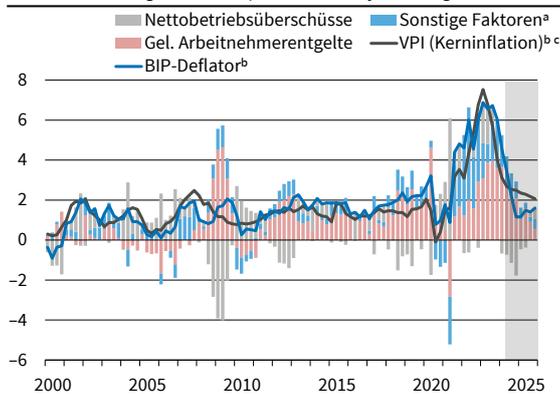
Die Kerninflationsrate (der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) schwächte sich seit ihrem

Höhepunkt im ersten Quartal 2023 sukzessive ab, ist aber mit 2,7% im Mai noch etwas erhöht. Dabei entwickeln sich die Komponenten der Kernrate aktuell sehr unterschiedlich. Einerseits stagnierten zuletzt weitgehend die Preise für Nahrungsmittel und sonstige Waren, die bis zum Frühjahr 2023 besonders stark angezogen hatten. Hier wirken sich die deutlich gesunkene Teuerung bei Energie, Rohstoffen und anderen Vorleistungsgütern preisdämpfend aus. Demgegenüber stiegen die Dienstleistungspreise bis zuletzt sehr kräftig. Ursächlich hierfür dürften vor allem Aufholeffekte sein. Da die Preissetzung bei Dienstleistungen weniger flexibel als bei Waren ist (Gautier et al. 2024), reagieren deren Preise üblicherweise verzögert auf einen starken Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Dadurch ist der Relativpreis von Dienstleistungen gegenüber Waren zwischenzeitlich deutlich gesunken, was nun nach und nach aufgeholt werden dürfte (Amatyakul et al. 2024). Besonders spürbar ist das bei den Versicherungsdienstleistungen und den stationären Gesundheitsdienstleistungen, die seit Jahresbeginn stark zur Teuerung beitragen. Darüber hinaus erzeugt die kräftige Lohnentwicklung einen besonders starken Preisdruck bei den Dienstleistern, da hier der Kostenanteil der Löhne höher ist (Deutsche Bundesbank 2019). Preistreibend wirkt sich auch der Anstieg der zwischenzeitlich reduzierten Mehrwertsteuer auf Gastronomiedienstleistungen aus, die teilweise an die Verbraucher weitergereicht wurde.⁴

Abb. 2.26

Stückkostenzerlegung des BIP-Deflators

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten im Vorjahresvergleich



^a Summe der Beiträge der Abschreibungen, der Nettogütersteuern, der geleisteten sonstigen Produktionsabgaben abzüglich der empfangenen sonstigen Subventionen einschließlich möglicher Abweichungen zum BIP-Deflator aufgrund der wechselnden Vorjahrespreisbasis. ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %. ^c Verbraucherpreisindex ohne Energie. Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

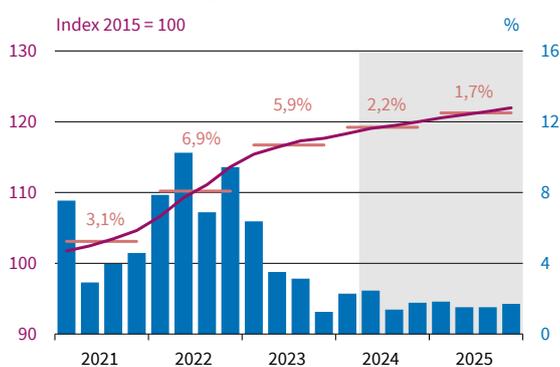
Abb. 2.27

Verbraucherpreise

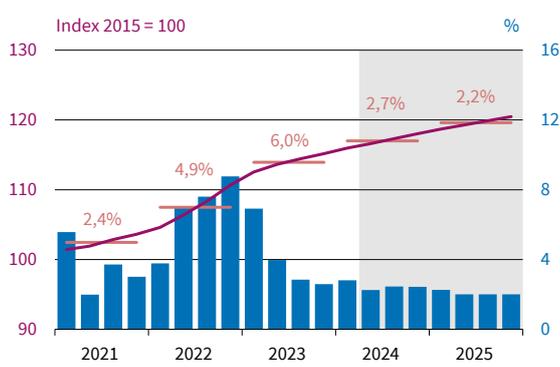
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



A. Verbraucherpreise insgesamt



B. Verbraucherpreise ohne Energie



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %. ^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr. Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Inflationsdynamik bei der Kernrate weiter abschwächen. Die Zerlegung des BIP-Deflators, der die Preise von im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen misst, offenbart zwar einen gestiegenen Inflationsbeitrag der Arbeitnehmerentgelte (vgl. Abb. 2.26). Der Preisdruck durch die kräftige Lohnentwicklung dürfte im laufenden Jahr jedoch durch sinkende Gewinne aufseiten der Unternehmen abgedämpft werden, da die Unterauslastung eine Weitergabe der Kosten begrenzt und die Geldpolitik weiterhin restriktiv wirkt. Aufgrund des hohen Gleichlaufs mit der Vorjahresveränderungsrate des BIP-Deflators dürfte auch die Kerninflationsrate fallen. Dazu passt auch, dass sich die Preiserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen weitgehend normalisiert haben, auch wenn Dienstleister tendenziell noch etwas häufiger Preiserhöhungen planen als Unternehmen in anderen Branchen. Aber auch hier sollte der Preisdruck nachlassen, da die die Lohnanstiege abnehmen und Nachholeffekte im Zuge von Relativpreisanpassungen abklingen.

In der Gesamtbetrachtung dürfte die Inflation im laufenden Jahr 2,2% und im kommenden Jahr 1,7% betragen (vgl. Abb. 2.27 A.). Die Kerninflationsrate wird

⁴ Die Dienstleistungsinflation dürfte in den vergangenen Monaten auch durch die saisonale Verschiebung von Ferientagen geprägt sein, die vor allem die Preisentwicklung bei Pauschalreisen und Flügen beeinflusst. Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt gab es im März und Mai in diesem Jahr überdurchschnittlich viele Ferientage, wodurch die Preissteigerungen in diesen Monaten besonders hoch ausfielen. Im April und Juni ist die Anzahl der Ferientage hingegen unterdurchschnittlich, was preisdämpfend wirken dürfte.

mit 2,7% im Jahr 2024 wohl weniger als halb so hoch als im vergangenen Jahr (6,0%) ausfallen, und im Jahr 2025 dann 2,2% betragen (vgl. Abb. 2.27 B.). Gegenüber der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 wurde die Inflationsrate für das Jahr 2024 um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Ursächlich dafür ist ein schwächerer Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln und sonstigen Waren. Aufgrund der etwas höheren Energiepreisannahmen wurde die Inflationsprognose für das nächste Jahr leicht um 0,1 Prozentpunkte angehoben.

2.17. DEFIZITE DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE GEHEN ALLMÄHLICH ZURÜCK

Im vergangenen Jahr betrug das gesamtstaatliche Defizit zwar weniger als in den drei Jahren zuvor, allerdings lag es mit knapp 100 Mrd. Euro bzw. 2,4% des Bruttoinlandsprodukts abermals deutlich über den Werten von vor der Pandemie. Das lag zum großen Teil an den Mehrausgaben und Mindereinnahmen, die aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiekrise resultierten, allen voran die Strom- und Gaspreisbrem-

sen. Mit dem Wegfall dieser temporären Maßnahmen wird im Jahr 2024 das Defizit abermals sinken.

Die staatlichen Einnahmen werden im laufenden Jahr insgesamt in ähnlichem Maße zunehmen wie im Jahr 2023, allerdings dürften sich die einzelnen Komponenten deutlich anders entwickeln als im Vorjahr. Die Einnahmen aus Steuern werden wieder dynamischer wachsen als noch im Jahr zuvor. Zum einen laufen temporäre Umsatzsteuersenkungen auf Erdgas und in der Gastronomie aus, zum anderen dürfte der Umfang der abgabefreien Inflationsausgleichsprämien geringer als im Jahr 2023 ausfallen. Auch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen werden durch die Inflationsausgleichsprämien gedämpft. Der erhöhte Pflegebeitrag, der bereits Mitte 2023 erhöht wurde, gleicht die Mindereinnahmen zu einem gewissen Teil aus, so dass die Sozialbeiträge im Gleichschritt mit den Bruttolöhnen pro Kopf zunehmen. Die bereits im vergangenen Jahr sehr stark gestiegenen Zinseinnahmen werden weiterhin mit knapp zweistelligen Raten wachsen. Die empfangenen sonstigen Transfers wie auch die Vermögensübertragungen werden mit deut-

Tab. 2.15

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	Steuern	Nettosozial- beiträge	insgesamt	Zinsausgaben		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	-1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	-3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	-3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	-3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	-3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	-3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	-1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	-0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	-3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	-4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	-0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	71,9
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	65,2
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,9
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	59,5
2020	46,1	22,7	17,9	50,5	0,6	-4,3	68,7
2021	47,3	24,3	17,5	50,9	0,6	-3,6	69,0
2022	47,0	24,4	17,2	49,5	0,7	-2,5	66,1
2023	46,3	23,3	17,2	48,7	0,9	-2,4	63,6
2024	47,0	23,3	17,5	48,7	1,0	-1,7	63,6
2025	47,7	23,8	17,7	49,0	1,1	-1,2	63,3

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

lich niedrigeren Raten als im Vorjahr zulegen, als eine vergleichsweise umfangreiche Tranche aus dem Next Generation EU-Programm an die Bundesrepublik ausbezahlt wurde. Schließlich nehmen die Verkäufe des Staates im Jahr 2024 kräftig zu, was vor allem auf die Anhebung der LKW-Maut und zu einem geringeren Teil der Umwidmung des ÖPNV in den Staatssektor zurückzuführen ist. Im nächsten Jahr werden die Einnahmen insgesamt etwas weniger stark wachsen, da die Sondereffekte bei den Verkäufen und den Zinseinnahmen allmählich zurückgehen werden. Durch das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und der sich belebenden Konjunktur werden auch wieder die Steuereinnahmen an Dynamik gewinnen.

Insgesamt steigen die Staatseinnahmen im laufenden Jahr um 4,9% und im Jahr 2025 um 4,5%. Die Einnahmenquote steigt von 47,0% des Bruttoinlandsprodukts auf 47,7% (vgl. Tab. 2.15).

Die Staatsausgaben werden in den nächsten zwei Jahren jeweils etwas geringer steigen als die Einnahmen. Die Vorleistungskäufe bleiben auch nach den Phasen hoher Preissteigerungen weiter erhöht. Sowohl hier als auch bei den sozialen Sachleistungen scheinen sich dauerhaft erhöhte Ausgaben im Bereich Gesundheit und Pflege einzustellen. Zudem wirkt im Vorjahresvergleich auch nochmal die Integration des ÖPNV in den Sektor Staat im ersten Quartal nach. Bei den Arbeitnehmerentgelten schlagen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst auch im laufenden Jahr weiterhin merklich zu Buche. Auch bei den Zinsausgaben sind die Wachstumsraten weiterhin hoch, was die öffentlichen Haushalte, insbesondere den des Bundes, belastet. Mit den ersten Zinsschritten der EZB wird sich sowohl hier als auch auf Seiten der Zinseinnahmen eine Abflachung der Dynamik einstellen. Im langjährigen Vergleich ist allerdings der Anteil der Zinsausgaben am Bruttoinlandsprodukt weiterhin gering. Die Subventionen gehen im laufenden Jahr durch den Wegfall der Strom- und Gaspreisbremsen deutlich zurück, allerdings bleiben sie insbesondere durch Zuschüsse aus dem Klima- und Transformationsfonds im weiteren Verlauf auf relativ

hohem Niveau. Das gilt ebenfalls für die Vermögens-transfers, die jedoch im vergangenen Jahr durch eine Umbuchung der verbliebenen Mittel des EEG-Kontos nach oben revidiert wurden. Der starke Rückgang im laufenden Jahr ist somit vor allem mechanischer Natur. Insbesondere die Ausgaben für die Programme für energetische Gebäudesanierungen aus dem KTF dürften hier im Prognosezeitraum zu Buche schlagen. Bei den monetären Sozialleistungen fällt die Regelsatzerhöhung beim Bürgergeld wiederum hoch aus; die Renten steigen ebenfalls wieder relativ stark. Zudem ist aufgrund der leicht erhöhten Arbeitslosenquote mit etwas stärkeren ALG-I-Zahlungen zu rechnen. Im nächsten Jahr werden die Zuwächse bei den monetären Sozialleistungen dann deutlich geringer ausfallen. Die sozialen Sachleistungen dürften nach dem geringen Anstieg im vergangenen Jahr im Prognosezeitraum wieder kräftiger zulegen, was insbesondere auf die erhöhte Anzahl an Pflegebedürftigen zurückzuführen ist. Die sonstigen Transfers gehen im laufenden Jahr aufgrund merklich verringerter EU-Eigenmittelzahlungen zurück. Es wird angenommen, dass die Eigenmittel im Jahr 2025 wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückkehren. Die staatlichen Investitionen werden im laufenden Jahr deutlich ausgeweitet werden. Das hängt insbesondere mit einem vermehrten Mittelabfluss aus dem Sondervermögen Bundeswehr zusammen, der sich in den vergangenen Quartalen andeutete und sich nun weiter fortsetzen wird.

Insgesamt steigen die gesamten staatlichen Ausgaben im laufenden Jahr um 3,3% und im kommenden Jahr um 3,5%. Das Staatsdefizit geht auf knapp 73 Mrd. Euro bzw. 1,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 und auf 54 Mrd. Euro bzw. 1,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 zurück. Aufgrund der Einführung des Generationenkapitals und den damit verbundenen jährlichen Zuführungen aus Darlehen des Bundes geht der Schuldenstand langsamer zurück und liegt am Ende des Prognosezeitraums bei 63,3% des Bruttoinlandsprodukts.

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2028 fortgeschrieben (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Im Gegensatz zur Gemeinschaftsdiagnose basiert das ifo Institut seine Potenzialschätzung auf Ursprungswerten und nicht auf kalenderbereinigten Werten. Die grundsätzlichen Parameter haben sich gegenüber der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 kaum geändert (Wollmershäuser et al. 2024) und die zugrundeliegenden Annahmen wurden an die jüngste Gemeinschaftsdiagnose angeglichen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024).

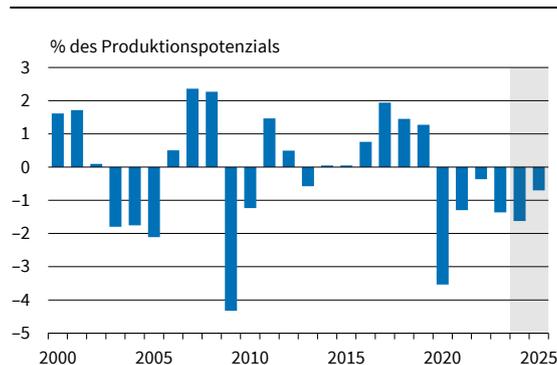
Die Bevölkerungs- und Migrationsannahmen wurden im Vergleich zum Frühjahr überarbeitet. So wurde der jüngsten Zunahme des Wanderungssaldos Rechnung getragen und die Fluchtmigration aus Asylherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; ohne Ukraine) entsprechend angepasst. Als Grundlage für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung dient weiterhin die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts in der Variante W2-G2-L2, die moderate Annahmen zu den drei Eckparametern Wanderung, Geburtenrate und Lebenserwartung setzt. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Fluchtmigration infolge des Kriegs in der Ukraine explizit als Sondereffekt modelliert und nur die übrige Wanderung analog zur Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2024 schrittweise auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurückgeführt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024). Die Zuwanderung aus der Ukraine wird für die beiden Jahre 2022 und 2023 auf insgesamt rund 1 080 000 Personen veranschlagt. Für das laufende Jahr wird letztmalig eine Nettozuwanderung aus der Ukraine von 69 000 Personen unterstellt, bevor sie dann ab dem Jahr 2025 auf null gesetzt wird. Diese Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Die Partizipationsquote beträgt im Projektionszeitraum durchschnittlich etwa 64%. Des Weiteren wurde die Geschwindigkeit der Integration ukrainischer Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt angepasst. Auf Basis aktueller Zahlen der Bundesagentur für Arbeit wurde der Projektionspfad der Erwerblosenquote unter den Ukrainern im Niveau angepasst. So sinkt die Erwerblosenquote nunmehr von 55% im Jahr 2023 auf 12% im Jahr 2028. Unter diesen Annahmen dürften im Jahr 2023 kumuliert in etwa 156 000 Ukrainer eine Erwerbstätigkeit aufge-

nommen haben. Diese Zahl erhöht sich dann bis zum Jahr 2028 auf etwa 420 000 Personen.

Für das Jahr 2024 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,7% geschätzt. Bereits seit dem vergangenen Jahr 2023 fällt der Potenzialzuwachs kontinuierlich geringer aus und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2028 eine Rate von 0,5%. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und in annähernd ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens dürfte 2024 noch leicht positiv und im Anschluss kontinuierlich negativ ausfallen. Während die Erwerbsbevölkerung in den Jahren 2024 bis 2026 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2027 endgültig umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren und der Sondereffekt aus der Flüchtlingsmigration ausläuft. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sowie die Partizipationsquote werden weiterhin negative Beiträge leisten, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 1,9% des Produktionspotenzials ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der spürbaren Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 1,3% zurückgegangen. Die beiden Coronajahre 2020 und 2021 versetzten die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,5% und 1,3%. Die Erholung im Jahr 2022 führte zur Verringerung der negativen Produktionslücke, die nach aktueller Schätzung etwa -0,4% betrug. Aufgrund der deutlichen Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen und der schwachen Entwicklung des privaten Konsums hat sich die Produktionslücke im vergangenen Jahr 2023 deutlich auf -1,4% vergrößert. Die schwache Entwicklung im laufenden Jahr dürfte dazu führen, dass sich die Lücke abermals weiter öffnet und bei

Abb. 3.1
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 3.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbs-tätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs-tätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbs-tätigen	je Erwerbs-tätigen-stunde		
	Mio.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro	2015 = 100		
2018	44,866	40,641	1.380,7	3.207,8	71.496	52	3.365,5	104,9
2023	45,932	42,053	1.342,7	3.268,6	71.161	53	4.122,2	126,1
2028	45,101	41,392	1.345,3	3.411,0	75.632	56	4.721,4	138,4
	Veränderung insgesamt in %							
2023/2018	2,4	3,5	-2,8	1,9	-0,5	2,4	22,5	20,2
2028/2023	-1,8	-1,6	0,2	4,4	6,3	6,1	14,5	9,7
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2023/2018	0,5	0,7	-0,6	0,4	-0,1	0,5	4,1	3,7
2028/2023	-0,4	-0,3	0,0	0,9	1,2	1,2	2,8	1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2028/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

-1,6% liegen dürfte. Mit der einsetzenden Erholung dürfte sie sich dann im Jahresdurchschnitt 2025 auf -0,7% verringern. Damit dürfte sich die deutsche Wirtschaft nunmehr sechs Jahre in der Unterauslastung befinden.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2028 mit 0,9% kräftiger expandieren als im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2023 (vgl. Tab. 3.1). Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürften sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Bruttoanlageinvestitionen

im Projektionszeitraum schwächer zulegen als in den Jahren 2018 bis 2023 (vgl. Tab. 3.2). Die Staatsaktivität dürfte ebenfalls deutlich geringer ausgeweitet werden, um sich nach den diversen Sondereffekten der vergangenen Jahre (Coronamaßnahmen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine) zu normalisieren. Entsprechend wird der Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Projektionszeitraum zunächst sinken und dann demografiebedingt aufgrund der Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte wieder zunehmen.

Tab. 3.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
		Mrd. Euro					
2018	3 365,5	1 753,4	669,1	737,7	708,9	28,8	205,2
2023	4 122,2	2 090,6	891,5	953,3	903,1	50,2	186,9
2028	4 721,4	2 432,1	1 048,7	1 040,3	1 021,7	18,7	200,2
		Anteile am BIP in %					
2018	100,0	52,1	19,9	21,9	21,1	0,9	6,1
2023	100,0	50,7	21,6	23,1	21,9	1,2	4,5
2028	100,0	51,5	22,2	22,0	21,6	0,4	4,2
		Veränderung insgesamt in %					
2023/2018	22,5	19,2	33,2	29,2	27,4	-	-
2028/2023	14,5	16,3	17,6	9,1	13,1	-	-
		Jahresdurchschnittliche Veränderung in %					
2023/2018	4,1	3,6	5,9	5,3	5,0	-	-
2028/2023	2,8	3,1	3,3	1,8	2,5	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2028/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

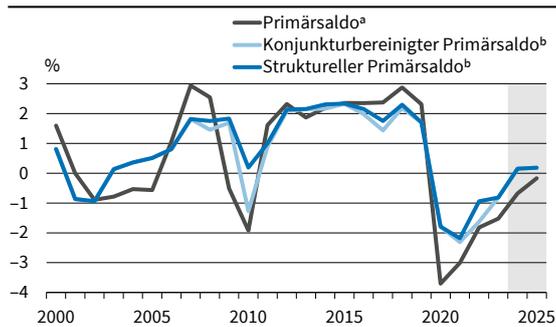
In Kapitel 2.4. wurde der aggregierte Effekt der diskretionären staatlichen Maßnahmen analysiert, um die Ausrichtung der Finanzpolitik der Bundesregierung in einem laufenden Jahr zu bestimmen. Ein weiterer Ansatz zur Analyse der finanzpolitischen Ausrichtung stellt die Saldenmethode dar. Dabei dient die jährliche Veränderung des strukturellen Primärsaldos als Bestimmungsgröße. Ausgangspunkt für die Berechnung des strukturellen Primärsaldos ist der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo, der um konjunkturelle Einflüsse, Zinsausgaben und Einmaleffekte bereinigt wird.

Im laufenden Jahr wird der strukturelle Primärsaldo erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder knapp positiv ausfallen und 6,5 Mrd. Euro bzw. 0,2% des nominalen Produktionspotenzials betragen (vgl. Abb. 4.1 und Tab. 4.1). Der strukturelle Finanzierungssaldo liegt aufgrund der gestiegenen Zinsausgaben mit -0,9% deutlich unter dem strukturellen Primärsaldo (vgl. Abb. 4.2).

Im Vergleich zum Vorjahr steigt der strukturelle Primärsaldo im Jahr 2024 deutlich um knapp einen Prozentpunkt. Der resultierende restriktive Impuls liegt damit etwas über dem der Maßnahmenmethode. Im Jahr 2025 ist kaum eine Veränderung des strukturellen Primärsaldos zu beobachten, was auf eine nahezu neutral ausgerichtete Finanzpolitik hinweist. Im Vergleich dazu zeigt die Maßnahmenmethode immer noch eine leicht restriktive Finanzpolitik an. Insgesamt liegen jedoch beide Ansätze nah beieinander. Mit einem expansiven Impuls der Finanzpolitik ist vor allem vor dem Hintergrund der noch anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes für das Haushaltsjahr 2025 jedenfalls nicht zu rechnen.

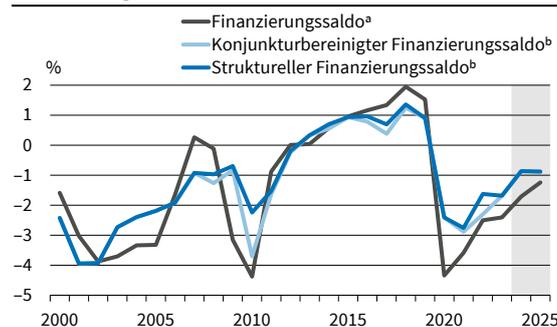
Abgeschlossen am Freitag, 15. Juni 2024

Abb. 4.1
Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 4.2
Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 4.1
Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates in Mrd. Euro

	2021	2022	2023	2024	2025
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-99,1	-72,8	-54,4
Konjunkturkomponente ^a	-23,9	-7,1	-28,7	-35,4	-15,6
Struktureller Finanzierungssaldo	-101,0	-63,2	-70,4	-37,4	-38,8
Struktureller Primärsaldo	-79,9	-36,7	-34,2	6,5	8,2
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-105,8	-89,8	-70,4	-37,4	-38,8
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Primärsaldo	-84,7	-63,3	-34,2	6,5	8,2

^a Berechnet mit einer Budgetsemi-elasticität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2024

5. Referenzen

- Amatyakul, P., D. Igan und M. J. Lombardi (2024), »Sectoral Price Dynamics in the Last Mile of Post-covid-19 Disinflation«, *BIS Quarterly Review March*.
- Borowski, J., J. Boratynski, A. Czerniak, P. Dykas, M. Plich, R. Rapacki und T. Tokarski (2013), »Assessing the Impact of the 2012 European Football Championships on the Polish Economy«, *Sports Management and Marketing* 13(1-2), 74–103.
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2024), 18. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten – Teil 1, Berlin.
- Deutsche Bundesbank (2019), »Zum Einfluss der Löhne auf die Preise in Deutschland: Ergebnisse ausgewählter empirischer Analysen«, *Monatsbericht* September.
- Deutsche Bundesbank (2024), »Streubesitz von Staatsanleihen in Deutschland und im übrigen Euroraum«, *Monatsbericht* Mai.
- Deutscher Wetterdienst und Extremwetterkongress (2021), »Was wir heute über das Extremwetter in Deutschland wissen«, Faktenpapier vom September 2021.
- Dorn, F., J. Henrich, K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser (2024), »Zu den wirtschaftlichen Effekten von sportlichen Großereignissen«, *ifo Schnelldienst digital* 5(6).
- Gautier, E., C. Conflitti, L. Fadejeva, E. Gutiérrez, V. Jouvanceau, J.-O. Menz, A. Paulus, P. Roldan-Blanco und E. Wieland (2024), »How Price Adjustment Patterns Change with Higher Inflation: Recent Evidence from Euro Area Micro Consumer Price Data«, in: L. Dedola, L. Henkel, C. Höynck, C. Osbat und S. Santoro (Hrsg.) (2024), *What Does New Micro Price Evidence Tell Us about Inflation Dynamics and Monetary Policy Transmission?*, ECB Economic Bulletin 3.
- GDV (2024), »Hochwasser in Süddeutschland: Schäden um die zwei Milliarden Euro erwartet«, Pressemitteilung, 7. Juni.
- GKV-Spitzenverband (2023), »Bilanz nach einem Jahr Regelbetrieb: elektronische Krankmeldung hat sich etabliert«, Pressemitteilung, 29. Dezember.
- Gühler, N. und O. Schmalwasser (2020), »Anlagevermögen, Abschreibungen und Abgänge in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen«, *WISTA-Wirtschaft und Statistik* 72.3, 76–88.
- Hirschfeld, J., N. Schulze, A. Hock, J. Trenczek, M. Flaute, L. Eiserbeck, M. Sandhövel, S. Reuschel, O. Lühr, E. Hoffmann und A. Dehnhardt (2021), *Kostendimensionen von Klimaschäden – eine systematische Kategorisierung*, Studie im Rahmen des Projekts Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland (noch unveröffentlicht).
- ifo Institut (2024a), »Anstieg der Kurzarbeit in der Industrie gestoppt«, Pressemitteilung, 12. Juni.
- ifo Institut (2024b), »ifo Institut kappt Wachstumsprognose für 2024 auf 0,7%«, Pressemitteilung, 24. Januar.
- Kobierecki, M. M. und M. Pierzgalski (2022), »Sports Mega-Events and Economic Growth: A Synthetic Control Approach«, *Journal of Sports Economics* 23(5), 567–597.
- Kotz, M., A. Levermann und L. Wenz (2021), »The Effect of Rainfall Changes on Economic Production«, *Nature* 601(7892), 223–227.
- Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2018), »Zur Berechnung eines nach Importanteilen korrigierten Wachstumsbeitrages der Verwendungskomponenten des deutschen Bruttoinlandsprodukts«, *ifo Schnelldienst* 71(5), 27–29.
- Lehmann, R., M. Reif und T. Wollmershäuser (2020), »ifoCAST: Der neue Prognosestandard des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 73(11), 31–39.
- Madakumbura, G. D., C. W. Thackeray, J. Norris, N. Goldenson und A. Hall (2021), »Anthropogenic Influence on Extreme Precipitation over Global Land Areas Seen in Multiple Observational Datasets«, *Nature Communications* 12(1), 3944.
- Mancini, A. L. und G. Papini (2022), »All that Glitters is not Gold. An Economic Evaluation of the Turin Winter Olympics«, Bank of Italy Temi di Discussione Working Paper 1355.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024), *Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024, Kiel.
- Schulte in den Bäumen, H. S., J. Többen und M. Lenzen (2015), »Labour Forced Impacts and Production Losses Due to the 2013 Flood in Germany«, *Journal of Hydrology* 527, 142–150.
- Stamer, V. (2023), »Deutsche Exporte ausgebremst: China ersetzt, Made in Germany«, *Kiel Policy Brief* 167.
- Sieg, T., T. Schinko, K. Vogel, R. Mechler, B. Merz und H. Kreibich (2019), »Integrated Assessment of Short-Term Direct and Indirect Economic Flood Impacts Including Uncertainty Quantification«, *PLoS one* 14(4), e0212932.
- Trenczek, J., O. Lühr, L. Eiserbeck, M. Sandhövel und V. Leuschner (2022), *Übersicht vergangener Extremweterschäden in Deutschland*, Projektbericht »Kosten durch Klimawandelfolgen«, Methodik und Erstellung einer Schadensübersicht, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Thielen, A. H., T. Bessel, S. Kienzler, H. Kreibich, M. Müller, S. Pisi und K. Schröter (2016), »The Flood of June 2013 in Germany: How Much Do We Know about Its Impacts?«, *Natural Hazards and Earth System Sciences* 16(6), 1519–1540.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2023a), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2023: Konjunktur in Deutschland kühlt weiter ab«, *ifo Schnelldienst digital* 4(4).
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2023b), »ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Dezember 2023.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2024), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024: Deutsche Wirtschaft wie gelähmt«, *ifo Schnelldienst digital* 5(2).

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 767,9	2 583,9	429,9	754,1	-
2 -	Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 920,3	2 112,5	319,0	488,8	-186,9
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 155,5	1 560,1	328,0	267,5	18,6
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,0	32,4	0,3	10,3	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	34,1	31,8	0,2	2,1	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	755,8	551,8	-9,1	213,1	-205,4
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 159,4	-	-	2 159,4	14,7
9 -	Geleistete Subventionen	66,4	-	66,4	-	4,0
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	425,2	-	425,2	-	8,4
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	891,1	814,7	36,2	40,2	339,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 057,3	578,7	30,9	447,6	173,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 440,2	315,8	344,4	2 779,9	-352,4
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	519,4	128,5	-	390,9	14,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	533,3	-	533,3	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	859,5	-	-	859,5	4,9
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	859,8	149,5	709,4	0,9	4,7
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	742,4	78,8	662,7	0,9	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	734,0	-	-	734,0	9,0
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	442,7	249,9	92,3	100,5	85,6
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	384,7	221,4	31,3	132,0	143,5
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	-300,2
23 -	Konsumausgaben	2 982,0	-	891,5	2 090,6	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
25 =	Sparen	405,9	167,1	-28,1	266,9	-300,2
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	135,1	23,2	96,1	15,8	7,6
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	118,3	71,2	20,0	27,1	24,4
28 -	Bruttoinvestitionen	953,3	549,2	106,7	297,4	-
29 +	Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,4	-0,7	0,4	-19,1
31 =	Finanzierungssaldo	264,4	117,9	-99,1	245,6	-264,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	-300,2
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	551,3	-	551,3	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	551,3	-	-	551,3	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 388,0	229,5	312,1	2 846,4	-300,2
38 -	Konsum 3)	2 982,0	-	340,1	2 641,9	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
40 =	Sparen	405,9	167,1	-28,1	266,9	-300,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2024				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 853,6	2 630,5	451,0	772,1	-
2	- Abschreibungen	871,9	482,9	117,3	271,7	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 981,7	2 147,6	333,7	500,4	-244,8
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 271,5	1 647,1	343,4	281,1	19,5
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,1	36,0	0,3	9,8	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	43,5	41,0	0,2	2,3	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	707,6	505,4	-9,8	211,9	-264,3
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 275,5	-	-	2 275,5	15,5
9	- Geleistete Subventionen	41,9	-	41,9	-	4,3
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	442,6	-	442,6	-	7,8
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	969,3	879,1	43,9	46,3	392,9
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 133,9	666,6	34,5	432,8	228,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 548,4	293,0	381,5	2 873,9	-409,9
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	535,7	130,9	-	404,8	15,4
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	550,4	-	550,4	-	0,8
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	899,8	-	-	899,8	4,7
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	900,1	153,1	746,0	0,9	4,5
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	778,3	79,9	697,5	0,9	0,7
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	769,8	-	-	769,8	9,2
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	467,1	269,2	88,6	109,3	111,2
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	405,9	236,9	32,2	136,8	172,5
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 493,5	202,9	924,0	2 366,5	-355,0
23	- Konsumausgaben	3 073,1	-	931,6	2 141,4	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-63,1	-	63,1	-
25	= Sparen	420,4	139,9	-7,6	288,2	-355,0
26	- Geleistete Vermögenstransfers	126,6	21,3	89,2	16,0	7,1
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	108,7	61,3	20,3	27,0	24,9
28	- Bruttoinvestitionen	937,4	524,8	114,5	298,1	-
29	+ Abschreibungen	871,9	482,9	117,3	271,7	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	23,2	23,6	-0,9	0,5	-23,2
31	= Finanzierungssaldo	313,9	114,4	-72,8	272,2	-313,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 493,5	202,9	924,0	2 366,5	-355,0
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	581,2	-	581,2	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	581,2	-	-	581,2	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 493,5	202,9	342,8	2 947,7	-355,0
38	- Konsum 3)	3 073,1	-	350,5	2 722,6	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-63,1	-	63,1	-
40	= Sparen	420,4	139,9	-7,6	288,2	-355,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2025				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 964,4	2 704,5	474,6	785,4	-
2 -	Abschreibungen	889,5	491,2	127,6	270,7	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 074,9	2 213,3	347,0	514,7	-245,1
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 350,5	1 702,4	357,7	290,5	20,2
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	51,5	39,7	0,2	11,5	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	45,0	42,5	0,2	2,3	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	717,9	513,6	-10,7	215,0	-265,3
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 354,5	-	-	2 354,5	16,3
9 -	Geleistete Subventionen	43,5	-	43,5	-	4,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	463,9	-	463,9	-	8,3
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	938,3	845,5	47,0	45,8	355,8
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 108,5	632,9	36,3	439,2	185,6
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 663,0	301,1	399,0	2 962,9	-415,2
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	564,0	133,8	-	430,2	15,6
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	578,5	-	578,5	-	1,1
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	932,3	-	-	932,3	5,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	932,6	156,2	775,5	0,9	5,0
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	796,5	80,7	714,9	0,9	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	787,7	-	-	787,7	9,5
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	487,5	274,6	101,2	111,8	115,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	414,6	241,6	32,4	140,6	188,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 596,0	209,8	969,3	2 416,9	-348,3
23 -	Konsumausgaben	3 182,7	-	968,3	2 214,5	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-63,3	-	63,3	-
25 =	Sparen	413,3	146,5	1,1	265,8	-348,3
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	125,9	21,6	88,0	16,3	7,2
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	110,0	61,7	20,8	27,5	23,1
28 -	Bruttoinvestitionen	954,5	542,2	116,8	295,5	-
29 +	Abschreibungen	889,5	491,2	127,6	270,7	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	26,6	27,0	-0,9	0,5	-26,6
31 =	Finanzierungssaldo	305,7	108,5	-54,4	251,6	-305,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 596,0	209,8	969,3	2 416,9	-348,3
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	610,2	-	610,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	610,2	-	-	610,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 596,0	209,8	359,1	3 027,1	-348,3
38 -	Konsum 3)	3 182,7	-	358,0	2 824,7	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-63,3	-	63,3	-
40 =	Sparen	413,3	146,5	1,1	265,8	-348,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023 (1)	2024 (2)	2025 (2)	2023 (1)		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	0,3	0,4	0,9	0,6	0,2	0,4	0,4	0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-0,3	0,1	0,2	-0,1	-0,5	-0,2	0,5	-0,1	0,5
Arbeitsvolumen	0,4	0,4	0,6	0,8	0,0	0,0	0,9	0,3	0,8
Produktivität 4)	-0,6	-0,1	1,0	-0,8	-0,5	-0,3	0,2	1,1	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,2	0,4	1,5	0,1	-0,5	-0,2	1,0	1,4	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 982,0	3 073,1	3 182,7	1 449,1	1 532,9	1 501,8	1 571,3	1 552,5	1 630,3
Private Konsumausgaben 5)	2 090,6	2 141,4	2 214,5	1 021,4	1 069,1	1 047,6	1 093,8	1 080,4	1 134,1
Konsumausgaben des Staates	891,5	931,6	968,3	427,7	463,8	454,2	477,4	472,1	496,2
Bruttoanlageinvestitionen	903,1	912,7	937,1	442,8	460,3	444,4	468,3	451,4	485,8
Bauten	486,0	494,1	498,0	243,1	242,9	245,8	248,3	244,3	253,7
Ausrüstungen	275,1	274,1	289,4	132,5	142,6	130,7	143,4	136,9	152,5
Sonstige Anlagen	141,9	144,5	149,7	67,1	74,8	67,9	76,6	70,2	79,5
Vorratsveränderungen 6)	50,2	24,6	17,4	31,7	18,5	17,3	7,4	13,1	4,3
Inländische Verwendung	3 935,3	4 010,4	4 137,2	1 923,6	2 011,7	1 963,5	2 046,9	2 016,9	2 120,3
Außenbeitrag	186,9	244,8	245,1	98,5	88,4	134,6	110,1	139,1	106,0
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	4,5	5,8	5,6	4,9	4,2	6,4	5,1	6,5	4,8
Exporte	1 973,3	2 020,7	2 088,3	998,2	975,1	997,4	1 023,3	1 039,1	1 049,2
Importe	1 786,4	1 776,0	1 843,2	899,7	886,7	862,8	913,2	900,0	943,2
Bruttoinlandsprodukt	4 122,2	4 255,2	4 382,3	2 022,1	2 100,1	2 098,1	2 157,1	2 156,0	2 226,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	5,4	3,1	3,6	5,9	4,8	3,6	2,5	3,4	3,8
Private Konsumausgaben 5)	5,6	2,4	3,4	7,2	4,2	2,6	2,3	3,1	3,7
Konsumausgaben des Staates	4,8	4,5	3,9	3,1	6,3	6,2	2,9	3,9	3,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	1,1	2,7	8,2	3,0	0,4	1,7	1,6	3,7
Bauten	4,9	1,7	0,8	7,5	2,4	1,1	2,2	-0,6	2,2
Ausrüstungen	8,6	-0,4	5,6	13,1	4,7	-1,4	0,5	4,7	6,4
Sonstige Anlagen	1,9	1,8	3,6	1,7	2,0	1,2	2,4	3,4	3,8
Inländische Verwendung	3,5	1,9	3,2	4,8	2,4	2,1	1,7	2,7	3,6
Exporte	0,0	2,4	3,3	4,1	-3,9	-0,1	4,9	4,2	2,5
Importe	-5,9	-0,6	3,8	-0,2	-11,0	-4,1	3,0	4,3	3,3
Bruttoinlandsprodukt	6,3	3,2	3,0	6,8	5,9	3,8	2,7	2,8	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 398,3	2 411,4	2 450,4	1 181,5	1 216,7	1 187,9	1 223,5	1 203,9	1 246,5
Private Konsumausgaben 5)	1 693,2	1 699,0	1 729,0	834,3	858,9	835,0	864,0	847,1	882,0
Konsumausgaben des Staates	703,9	711,1	720,2	346,7	357,3	352,3	358,9	356,2	364,0
Bruttoanlageinvestitionen	656,8	651,2	663,5	322,5	334,3	317,4	333,8	319,7	343,7
Bauten	306,1	304,7	305,7	153,5	152,6	151,8	152,9	150,1	155,6
Ausrüstungen	228,7	223,9	233,7	110,4	118,3	106,8	117,2	110,3	123,3
Sonstige Anlagen	123,9	124,1	127,3	58,6	65,4	58,5	65,6	59,8	67,5
Inländische Verwendung	3 094,1	3 078,5	3 126,9	1 529,6	1 564,6	1 511,9	1 566,6	1 529,0	1 597,9
Exporte	1 629,5	1 659,1	1 710,1	824,9	804,6	820,1	839,0	852,2	857,9
Importe	1 461,6	1 461,2	1 510,1	731,4	730,2	712,1	749,1	737,9	772,1
Bruttoinlandsprodukt	3 268,6	3 281,4	3 332,1	1 625,9	1 642,6	1 622,0	1 659,4	1 644,8	1 687,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	-0,8	0,5	1,6	-1,0	-0,6	0,5	0,6	1,4	1,9
Private Konsumausgaben 5)	-0,7	0,3	1,8	-0,4	-1,0	0,1	0,6	1,4	2,1
Konsumausgaben des Staates	-1,0	1,0	1,3	-2,5	0,4	1,6	0,4	1,1	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	-0,9	1,9	-0,1	-1,3	-1,6	-0,2	0,7	3,0
Bauten	-2,7	-0,5	0,3	-3,2	-2,2	-1,1	0,2	-1,1	1,8
Ausrüstungen	2,8	-2,1	4,3	5,8	0,1	-3,3	-0,9	3,4	5,2
Sonstige Anlagen	-0,6	0,1	2,6	-0,8	-0,4	-0,2	0,4	2,3	2,8
Inländische Verwendung	-1,1	-0,5	1,6	-0,6	-1,5	-1,2	0,1	1,1	2,0
Exporte	-0,7	1,8	3,1	1,4	-2,7	-0,6	4,3	3,9	2,2
Importe	-2,4	0,0	3,3	0,3	-4,9	-2,6	2,6	3,6	3,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,4	1,5	0,1	-0,5	-0,2	1,0	1,4	1,7

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2023 (1)	2024 (2)	2025 (2)	2023 (1)		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	6,2	2,5	1,9	7,0	5,4	3,1	1,9	2,0	1,8
Private Konsumausgaben 5)	6,4	2,1	1,6	7,6	5,3	2,5	1,7	1,7	1,6
Konsumausgaben des Staates	5,8	3,4	2,6	5,7	5,9	4,5	2,5	2,8	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	6,3	1,9	0,8	8,3	4,4	2,0	1,9	0,8	0,7
Bauten	7,8	2,1	0,4	11,0	4,6	2,2	2,1	0,5	0,4
Ausrüstungen	5,7	1,7	1,2	6,9	4,6	2,0	1,5	1,3	1,1
Sonstige Anlagen	2,5	1,7	1,0	2,5	2,5	1,3	2,0	1,0	1,0
Inländische Verwendung	4,6	2,4	1,6	5,4	4,0	3,3	1,6	1,6	1,6
Exporte	0,6	0,6	0,3	2,7	-1,3	0,5	0,6	0,2	0,3
Importe	-3,6	-0,6	0,4	-0,4	-6,4	-1,5	0,4	0,7	0,2
Bruttoinlandsprodukt	6,5	2,8	1,4	6,7	6,4	4,0	1,7	1,3	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2 779,9	2 873,9	2 962,9	1 359,1	1 420,8	1 407,6	1 466,3	1 443,5	1 519,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	379,8	396,4	411,7	183,2	196,6	191,1	205,3	200,1	211,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 779,6	1 879,2	1 942,8	846,4	933,2	898,0	981,2	931,9	1 010,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	620,5	598,4	608,4	329,5	291,0	318,5	279,9	311,5	296,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	660,2	674,5	700,1	308,4	351,9	320,9	353,5	335,7	364,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 440,2	3 548,4	3 663,0	1 667,5	1 772,6	1 728,5	1 819,9	1 779,3	1 883,7
Abschreibungen	847,6	871,9	889,5	422,1	425,5	434,1	437,8	443,0	446,5
Bruttonationaleinkommen	4 287,8	4 420,3	4 552,5	2 089,7	2 198,1	2 162,6	2 257,7	2 222,3	2 330,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 081,4	3 147,7	3 242,6	1 496,1	1 585,2	1 535,1	1 612,6	1 576,4	1 666,2
Arbeitnehmerentgelte	2 159,4	2 275,5	2 354,5	1 029,7	1 129,8	1 089,1	1 186,5	1 132,0	1 222,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	921,9	872,2	888,1	466,5	455,4	446,0	426,1	444,3	443,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,4	3,4	3,1	5,4	5,5	3,6	3,2	2,6	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	4,4	3,9	4,9	5,0	4,3	4,4	4,7	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,1	5,6	3,4	7,3	6,9	6,1	5,1	3,8	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,2	5,1	2,9	6,2	6,1	5,7	4,6	3,2	2,6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	8,1	5,7	1,6	8,4	7,9	6,7	4,8	1,9	1,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,2	-3,6	1,7	1,1	1,4	-3,3	-3,8	-2,2	6,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,6	2,2	3,8	10,0	9,3	4,1	0,5	4,6	3,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,2	3,1	3,2	6,2	6,2	3,7	2,7	2,9	3,5
Abschreibungen	7,5	2,9	2,0	9,3	5,7	2,8	2,9	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	6,5	3,1	3,0	6,8	6,1	3,5	2,7	2,8	3,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,6	2,2	3,0	7,6	5,6	2,6	1,7	2,7	3,3
Arbeitnehmerentgelte	6,7	5,4	3,5	6,9	6,5	5,8	5,0	3,9	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	-5,4	1,8	9,2	3,5	-4,4	-6,4	-0,4	4,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 797,6	1 903,4	1 946,0	859,2	938,4	916,8	986,6	943,0	1 003,1
Nettolöhne und -gehälter	1 219,9	1 295,2	1 322,6	573,7	646,2	614,4	680,8	629,7	692,9
Monetäre Sozialleistungen	734,0	769,8	787,7	361,6	372,5	382,4	387,4	393,8	393,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	156,4	161,6	164,3	76,1	80,3	80,0	81,6	80,5	83,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	620,5	598,4	608,4	329,5	291,0	318,5	279,9	311,5	296,9
Sonstige Transfers (Saldo)	-123,0	-135,3	-137,5	-55,9	-67,1	-60,7	-74,5	-61,8	-75,7
Verfügbares Einkommen	2 295,0	2 366,5	2 416,9	1 132,8	1 162,3	1 174,6	1 191,9	1 192,7	1 224,2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	62,4	63,1	63,3	30,2	32,2	30,6	32,5	30,7	32,6
Private Konsumausgaben 5)	2 090,6	2 141,4	2 214,5	1 021,4	1 069,1	1 047,6	1 093,8	1 080,4	1 134,1
Sparen	266,9	288,2	265,8	141,6	125,3	157,6	130,5	143,0	122,8
Sparquote 7)	11,3	11,9	10,7	12,2	10,5	13,1	10,7	11,7	9,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	8,2	5,9	2,2	8,6	7,9	6,7	5,1	2,9	1,7
Nettolöhne und -gehälter	9,0	6,2	2,1	9,5	8,7	7,1	5,4	2,5	1,8
Monetäre Sozialleistungen	6,6	4,9	2,3	6,7	6,5	5,8	4,0	3,0	1,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,5	3,4	1,6	5,8	7,2	5,1	1,7	0,6	2,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,2	-3,6	1,7	1,1	1,4	-3,3	-3,8	-2,2	6,1
Verfügbares Einkommen	6,0	3,1	2,1	7,3	4,9	3,7	2,5	1,5	2,7
Private Konsumausgaben 5)	5,6	2,4	3,4	7,2	4,2	2,6	2,3	3,1	3,7
Sparen	7,5	8,0	-7,8	6,1	9,2	11,3	4,2	-9,3	-5,9

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2023 (1)	2024 (2)	2025 (2)	2023 (1)		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	958,5	993,0	1042,4	465,4	493,1	477,8	515,2	499,4	543,0
Nettosozialbeiträge	709,4	746,0	775,5	342,0	367,4	360,6	385,5	377,4	398,1
Vermögenseinkünfte	30,9	34,5	36,3	15,8	15,1	18,2	16,2	19,3	17,1
Sonstige Übertragungen	31,3	32,2	32,4	13,7	17,6	14,5	17,7	14,6	17,8
Vermögensübertragungen	20,0	20,3	20,8	8,8	11,2	9,2	11,2	9,4	11,4
Verkäufe	157,6	175,1	184,6	72,4	85,2	80,8	94,3	85,5	99,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1908,0	2001,3	2092,2	918,3	989,7	961,2	1040,1	1005,7	1086,5
Ausgaben									
Vorleistungen	259,0	276,9	280,5	115,6	143,4	128,8	148,1	130,6	149,9
Arbeitnehmerentgelte	328,0	343,4	357,7	155,8	172,2	165,5	177,9	171,7	185,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	36,2	43,9	47,0	16,9	19,3	22,3	21,6	23,8	23,1
Subventionen	66,4	41,9	43,5	34,9	31,5	18,6	23,3	19,4	24,1
Monetäre Sozialleistungen	662,7	697,5	714,9	326,1	336,6	346,3	351,2	357,3	357,5
Soziale Sachleistungen	360,1	378,8	397,8	177,9	182,3	187,2	191,7	197,3	200,5
Sonstige Transfers	92,3	88,6	101,2	44,3	48,0	42,3	46,3	48,6	52,6
Vermögenstransfers	96,1	89,2	88,0	38,9	57,1	34,4	54,8	33,7	54,3
Bruttoinvestitionen	106,7	114,5	116,8	45,9	60,7	49,7	64,8	49,5	67,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,7	-0,9	-0,9	-0,2	-0,5	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5
Ausgaben insgesamt	2007,1	2074,1	2146,6	956,2	1050,9	994,8	1079,3	1031,6	1115,0
Finanzierungssaldo	-99,1	-72,8	-54,4	-37,9	-61,2	-33,6	-39,2	-25,9	-28,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	1,3	3,6	5,0	-0,5	2,9	2,7	4,5	4,5	5,4
Nettosozialbeiträge	6,4	5,2	3,9	6,3	6,5	5,5	4,9	4,7	3,3
Vermögenseinkünfte	75,5	11,4	5,4	73,3	77,8	15,1	7,5	5,6	5,2
Sonstige Übertragungen	11,8	2,8	0,5	13,6	10,4	5,7	0,5	0,5	0,5
Vermögensübertragungen	6,3	1,6	2,5	-1,4	13,2	3,7	-0,1	3,2	1,9
Verkäufe	10,1	11,1	5,4	8,5	11,5	11,6	10,7	5,7	5,1
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	4,8	4,9	4,5	3,6	5,8	4,7	5,1	4,6	4,5
Ausgaben									
Vorleistungen	8,7	6,9	1,3	5,3	11,5	11,4	3,3	1,4	1,2
Arbeitnehmerentgelt	6,5	4,7	4,2	4,7	8,2	6,3	3,3	3,8	4,5
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	36,6	21,2	7,0	34,0	39,1	31,7	12,0	7,0	7,0
Subventionen	-5,0	-36,9	3,8	22,1	-23,8	-46,6	-26,3	3,8	3,8
Monetäre Sozialleistungen	7,0	5,3	2,5	7,2	6,9	6,2	4,3	3,2	1,8
Soziale Sachleistungen	1,5	5,2	5,0	0,2	2,7	5,2	5,2	5,4	4,6
Sonstige Transfers	-17,2	-4,0	14,2	1,4	-29,2	-4,5	-3,5	14,8	13,7
Vermögenstransfers	7,1	-7,1	-1,4	66,3	-13,9	-11,6	-4,1	-2,1	-0,9
Bruttoinvestitionen	5,7	7,3	2,0	7,5	4,4	8,2	6,7	-0,3	3,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	4,6	3,3	3,5	7,3	2,3	4,0	2,7	3,7	3,3
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	-2,4	-1,7	-1,2	-1,9	-2,9	-1,6	-1,8	-1,2	-1,3

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des Ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).